

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

122.

SITZUNG

28-6-1967

Presidente: PUPP

Vicepresidente: BERTORELLE

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE



INDICE

Disegno di legge n. 60 :

**« Disposizioni in materia di uccellazione »
(presentato dai cons. reg. Posch, Gebert-
Deeg, Spögler e Bernhart)**

pag. 4

Disegno di legge n. 86 :

**« Interventi per il ripristino della viabilità
forestale danneggiata dalle alluvioni dei
mesi di agosto e novembre dell'anno
1966 »**

pag. 42

Disegno di legge n. 95 :

**« Norma integrativa dell'art. 1 della leg-
ge regionale 8 luglio 1966, n. 10, con-
cernente la concessione di contributi per
il miglioramento ed il potenziamento del-
le produzioni agricole pregiate »**

pag. 72

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 60 :

**« Bestimmungen gegen den Vogelfang »
(vorgelegt von den Regionalratsabgeord-
neten Posch, Gebert-Deeg, Spögler und
Bernhart)**

Seite 4

Gesetzentwurf Nr. 86 :

**« Finanzierungshilfen zur Wiederinstand-
setzung des im August und November
1966 unwettergeschädigten Waldwegen-
etzes »**

Seite 42

Gesetzentwurf Nr. 95 :

**« Ergänzungsbestimmung zu Artikel 1 des
Regionalgesetzes Nr. 10 vom 8. Juli 1966
über die Gewährung von Beiträgen zur
Verbesserung und Steigerung der Erzeu-
gung hochwertiger landwirtschaftlicher
Produkte »**

Seite 72

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.18.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): *(fa l'appello nominale)*.

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 27.6.1967.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): *legge il processo verbale*.

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Il cons. Pruner si scusa per malattia.

Fisso ora l'orario dei lavori per il mese di luglio:

6, 7, 11, 12, 13 luglio con seduta mattina e pomeriggio;

18, 19, 20, 21, 25 luglio con seduta unica dalle 10 alle 14.

Il giorno 30 è libero per le commissioni. Poi abbiamo altre giornate che sono ancora a disposizione per le commissioni.

La settimana dal 23 al 30 rimane libera per i Consiglieri provinciali, e poi dovremo fare seduta ancora in agosto, oppure fare seduta notturna.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ist also beschlossen worden, daß im August auch noch Sitzungen abgehalten werden?

(È stato stabilito dunque che si terranno altre sedute anche in agosto?)

PRESIDENTE: Wir müssen noch einige Wirtschaftsgesetze, die vorläufig noch in den Kommissionen sind, erledigen.

(Dobbiamo definire ancora alcune leggi, le quali sono tuttora in mano alle competenti commissioni.)

Nella riunione dei capigruppo non si è deciso niente per l'agosto ancora.

Riprendiamo ora l'esame del *disegno di legge n. 60: « Disposizioni in materia di uccellagione »* (presentato dai consiglieri regionali Posch, Gebert-Deeg, Spögler e Bernhart).

È stata letta la relazione dei presentatori e la relazione della commissione legislativa.

Chi chiede la parola in discussione generale? La parola al cons. Posch.

POSCH (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Begleitbericht, der Ihnen bereits bei der letzten Sitzung zur Kenntnis gebracht worden ist, möchte ich im Namen der Miteinbringer des Gesetzes noch einige Ergänzungen und Erwägungen hinzufügen. Ich bin mir voll bewußt, daß es darüber hinaus und grundsätzlich noch zahlreiche andere wichtigere Probleme sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Natur gibt, die wir zu lösen haben. Der vorliegende Gesetzentwurf bezieht sich aber auf allgemeine Maßnahmen, die nun einmal in allen Ländern Europas und in der übrigen Welt zum Schutz und zur Erhaltung der Natur ergriffen werden und ist, wenn ich so sagen darf, ein Bestandteil dieser Maßnahmen.

Wir wissen, daß mit dem Vordringen der Technik und dem Fortschritt und mit dem Ausbreiten der Zivilisation der Schutz der Natur unbedingt gewahrt werden muß; der Schutz der Landschaft, dargestellt in den Bergen, Wäldern, Almen, Gewässern ist heute ein dringendes Gebot. Auch die Tiere, wenn ich so sagen darf, stellen einen unverzichtbaren Bestandteil dieser Natur, dieser Landschaft dar und bedürfen des Schutzes, sofern sie sich nicht zum Schaden von Menschen und Kulturen auswirken. In den meisten zivilisierten Ländern — das wissen wir auch — fallen auch die Singvögel unter den Naturschutz, nachdem auch sie einen Bestandteil der uns umgebenden Natur darstellen.

Bereits nach dem Krieg, meine Damen und Herren, wurde ein fortschreitendes Absin-

ken der Anzahl der Zugvögel in unserem Land festgestellt und die Forderung auf Abschaffung der Vogelausrottung gestellt. Am 9. Mai 1949 forderte eine Versammlung der Gesellschaft für Naturwissenschaften in Trient die Erlassung von entsprechenden Gesetzen auf regionaler und staatlicher Ebene, damit der Massenvernichtung der Zugvögel endlich ein Ende gesetzt werde. Für diese Massenvernichtung werden heute bekanntlich zweierlei Systeme angewandt, und zwar das System der sogenannten Vogelhütten (italienisch: capanni), wo von festen oder beweglichen Jagdständen aus geschossen wird, und das System der Vogelherde (italienisch: roccoli), wo mit Lockständen und Netzplachen, also mit Netzfang den Zugvögeln zu Leibe gerückt wird. Ich glaube die Verpflichtung zu haben, über diese beiden Systeme etwas ausführlicher zu sprechen, nachdem ich der Überzeugung bin, daß den meisten hier anwesenden Herren und Damen das System der massenweisen Vernichtung von Zugvögeln, wie es heute im Großteil Italiens angewendet wird, nicht bekannt ist. Ich habe mir die Mühe genommen und einen Lokalausweis im Trentino vorgenommen und kann Ihnen die dabei gewonnenen Eindrücke hier nun kurz anführen.

Beim ersten System, den sogenannten Vogelhütten oder « capanni », handelt es sich um feste Häuser, die sich in der Landschaft wie Festungen ausnehmen. Sie sind grün getarnt, damit sie nicht zu sehr auffallen. Stellen Sie sich ein viereckiges Häuschen vor, in der Größe von 5 × 5 m, das nach allen vier Himmelsrichtungen Schießscharten aufweist. Diese Schießscharten sind in der toten Saison mit entsprechenden Holz- oder Eisenklappen von innen verschlossen. Um dieses Haus herum sind Bäume in kreisförmiger Anordnung gruppiert, die in ihren Wipfeln von Jägern befestigt

te dürre Baumstämme tragen, die über die gewachsenen Gipfel hinausragen. Unter diesen Bäumen werden Käfige mit Lockvögeln angebracht. Dazu darf ich folgendes sagen: die Lockvögel werden monatelang in finsternen Schränken oder in finsternen Räumen gefangen gehalten, sind also geblendet und ausgehungert. Im September werden diese Vögel dann herausgebracht und unter dem Gefühl und dem Eindruck der sie umgebenden Sonne, des sie umgebenden Lichtes beginnen sie zu singen und zu schreien.

Mit solchen Lockvögeln nun, die an den Bäumen hängen, wird der aus dem Norden kommende Vogelschwarm abgelenkt. Die Jäger in der Hütte warten, bis sich der Vogelschwarm auf die um die Hütte sich gruppierenden Bäume niedergelassen hat. Die Vögel gruppieren sich in diesen Fällen nicht in den bewachsenen Bäumen, sondern auf den dürren Ästen, die über die Wipfel hinausragen und werden so zur Zielscheibe der Jäger, die sich in ihrer Festung befinden.

Wir haben von diesen Vogelhütten in Italien schätzungsweise über eine halbe Million. In Italien haben wir über eine Million autorisierter Jäger, so daß es durchschnittlich 3 Jäger pro Quadratkilometer trifft. Wenn nun jeder dieser Jäger nur 10 Mal im Jahr auf die Jagd geht und dabei nur 10 Zugvögel mit Hilfe dieser « capanni » schießt, dann kommen wir auf eine Massenvernichtung von 100 Millionen Vögel pro Jahr. In der Region haben wir laut Aussage des nationalen Jagdverbands, Sektion Trient, zirka 10.000 Jäger, genau 9.928. Schätzungsweise vergibt der Jagdverband im Trentino 1.000 Lizenzen für den Gebrauch von Vogelhütten. Wenn in der Zeit des Einfluges im Herbst täglich nur 30 Zugvögel je Vogelhütte geschossen werden — die Zahl ist eher klein angenommen —, dann sind das täglich

30.000 Vögel, die auf die Märkte und in die Metzgereien gebracht und dort feilgeboten werden.

Hierzu kommt aber noch das zweite System, von dem ich gesprochen habe: die sogenannten Vogelherde (roccoli), oder mit anderen Worten, das System des Netzfanges. Wer dies noch nicht gesehen hat, stelle sich hierbei 2 bis 3 m hohe Netze vor, die auf einer Breite von zirka 50 bis 60 Metern gespannt sind und zwar jeweils ein engmaschiges und ein weitmaschiges Netz. Vor diesen Netzreihen befinden sich 2-3 Reihen von Bäumen oder Hecken, denen die Wipfel abgeschnitten sind, damit die Zugvögel beim Anlocken eine größere Niederlassungsfläche vorfinden. Unterhalb dieser Bäume sind Linckvögelkäfige aufgehängt, wo wieder diese armen Geschöpfe ihr vermeintliches Frühlingslied singen. Vor den Baumreihen befindet sich ein Platz, vielleicht mit kleinen Sträuchern bewachsen, wo — und das ist das Grausame an der Sache — Vögel an ihren Beinen mit dünnen Nylonfäden befestigt sind, so daß sie sich ungefähr einen Meter vom Boden in die Höhe bewegen können. Etwas ausgestreutes Futter, das dort liegt, sorgt dafür, daß diese Vögel, abgesehen davon daß sie von der Sonne geblendet sind, recht kräftig singen und schreien. In manchen Fällen sind diese bedauernswerten Kreaturen mit Fäden an Stöcken angebunden, die der dahinter befindliche Vogelfänger so zu dirigieren weiß, daß diese Vögel je nachdem wie er es wünscht auf- oder niederfliegen.

Den Abschluß dieser ganzen Inszenierung — ich wiederhole: Netz, Baumgruppe, Platz mit Futter — bildet dann ein turmartiges Häuschen, in dem der Vogelfänger sitzt und auf die Möglichkeit wartet, die sich ihm bietet. Wenn nun die Zugvögel in Sicht sind, dann beginnt folgendes: Der Vogelfänger läßt, während die

in den Käfigen und an den Fäden angebundenen Lockvögel weitersingen, einen Schrei los und wirft ein größeres Stück Holz unter die Baumgruppe. Die Zugvögel, die sich vorher dort in aller Ruhe niedergelassen hatten, weil sie das Zwitschern und Singen ihrer Kollegen gehört haben, glauben es nun mit einem Raubvogel zu tun zu haben und stürzen sich, nicht etwa hinauf in die Luft, sondern unter die Bäume, verfangen sich in den bereitstehenden Netzen und gehen dort praktisch ihrem bedauernswerten Schicksal entgegen und hier beginnt nun die widerlichste Arbeit, die sich die Vogelfänger leisten: sie gehen hin und drücken jedem einzelnen Vogel, der im Netz hängt, entweder den Kopf ein oder schleudern ihn zu Boden, damit er tot liegen bleibt. Dieses System nennt man dann noch Freizeitgestaltung und Sport.

Wir haben, meine Damen und Herren, in Italien über 5.000 autorisierte Vogelfänger (uccellatori, uccellinai), die auf diese Weise massenweise Vögel massakrieren und die Märkte beliefern. Eine zahlenmäßige Angabe wäre hier gar nicht möglich. Angenommen, jeder Vogelfänger würde im Herbst, also wahrscheinlich 120 Tage lang, nur 30 Tage von diesen 120 Tagen ausnützen und dort jedesmal 30 Zugvögel vernichten, dann entspräche dies einer Gesamtvernichtung von 4,5 Millionen Vögeln. In der Region, d.h. in der Provinz Trient wurden beispielsweise in der Jagdsaison 1964-1965 72 Lizenzen für die Vogeljagd, also für den Netzfang, vergeben. Ich glaube, daß sich diese Zahl bis heute kaum geändert hat; das hat ja auch der Herr Assessor in der zuständigen Kommission bestätigt. Die Besitzer oder Konzessionäre solcher Vogelhütten und Vogelherde stammen etwa nicht nur — das möchte ich hier betonen — aus dem Trentino, sondern auch aus der Provinz Bozen und in nicht geringen

Zahl auch aus anderen Provinzen. Ich weiß von Gasthofbesitzern und Hoteliers aus benachbarten Provinzen — Brescia, Bergamo usw. —, die im Trentino ihre Vogelstände haben und dort auf Beute gehen, um die erbeuteten Tiere dann in ihrem Betrieb zu verwerten.

Nun, diese Ausrottung, dieses System besteht nun schon seit Jahrzehnten in allen Gegenden Italiens und die Vogelfänger haben sich in den letzten Jahren, angesichts des zunehmenden Widerstandes weiter Kreise, auch wirklich gut organisiert — das muß man ihnen lassen. Sie haben sogar, wie ich vor einigen Tagen feststellen konnte — es wurde mir ein Exemplar zugeschickt —, eine eigene Monatszeitung; sie benennt sich « Uccellagione e piccola caccia », herausgegeben von der « Associazione Nazionale Uccellatori ed Uccellinai, Luigi Gasparotto ». Kein Mensch weiß, wer dieser Luigi Gasparotto ist; jedenfalls nicht ein tierliebenden Heiliger. Ich lese weiter vor: « Periodico bimestrale in omaggio ai soci. Direzione e amministrazione a Bergamo, via Mosone, 3 ». Wenn man sich diese Zeitung zu Gemüte führt, dann würgt es einem die Kehle ab; jedem recht denkenden Menschen muß es die Kehle abwürgen, wenn er sieht, daß so etwas im 20. Jahrhundert noch möglich ist. Bitte entschuldigen Sie — aber ich empfinde es so! Wenn Sie es anders empfinden, ist es wohl Ihre Sache, aber ich glaube, daß ich nicht der einzige bin, sondern daß weiteste Kreise der Bevölkerung Italiens und auch des Trentino diese Methoden und diese Systeme, diese wirklich unzivilisierten Systeme, entschieden ablehnen.

Die öffentliche Meinung hat sich immer mehr mit dieser Sache beschäftigt und in den letzten Jahren haben sich auch die Tierschutzverbände Italiens in besonderem Maße und auch der Verband gegen den Vogelmord mit

dieser Frage befaßt und immer mehr darauf gedrängt, daß auf nationaler und auf regionaler Ebene entsprechenden Gesetze erlassen werden. Auch die Proteste aus dem Ausland mehrten sich in zunehmender Weise. Ich kann Ihnen hier, meine Damen und Herren, aus der Abschrift eines Briefes der italienischen Botschaft von Bern etwas vorlesen, was Sie überzeugen wird, daß auch die italienischen Botschaften im Ausland wegen dieses Verhaltens und wegen einiger Jagdsysteme, die in unserem Lande heute gelten, nicht geringe Schwierigkeiten haben. Ich lese im Originaltext: « Ambasciata d'Italia, Berna. Al Ministero degli Affari Esteri, Roma. 6 aprile 1965. Oggetto: Ripercussioni all'estero conseguenti ad alcuni sistemi di caccia praticati in Italia.

Il fatto che codesto Ministero abbia preso l'iniziativa di indire la riunione il cui interessante verbale è stato diramato col telesspresso, in riferimento alla constatazione che ormai anche altri dicasteri, enti ed associazioni in Italia comincino a rendersi conto del danno sia morale sia materiale che al Paese deriva da quegli eccessi cinegetici che la maggioranza degli stranieri deplora vivamente ed a quei sistemi di uccellazione che ormai molte legislazioni proibiscono, inducono questa Ambasciata a segnalare una ennesima lettera pervenutale recentemente da un anonimo che ritiene di esprimere la riprovazione di molti svizzeri e svizzere. La protesta, un articolo di giornale ed un acre commento, dei quali si trasmettono fotocopia e traduzione, è stata fatta nel momento in cui più era intesa la campagna contro l'Accordo italo-svizzero di emigrazione e in cui quindi ogni pretesto era buono per certi elementi per porre gli stranieri e soprattutto gli italiani in cattiva luce. Ma ciò non toglie nulla della sua sincerità e della serietà con cui moltissimi svizzeri si adoperano per ottenere che anche in

Italia vengano aboliti certi metodi di caccia ritenuti indegni dei nostri tempi. Con documento-rapporto del 6 corr., di cui si allega copia, la nostra Ambasciata a Berna, richiamandosi al telesspresso sopracitato, ha segnalato che ulteriori proteste sono pervenute da parte svizzera contro gli eccessi cinegetici di cui viene accusato il nostro Paese. Le proteste in questione hanno un tono molto aspro e sottolineano ancora una volta l'importanza che può avere il boicottaggio sul piano turistico allo scopo di indurre l'Italia all'abolizione di metodi ritenuti indegni dei nostri tempi. Tanto si comunica per opportuna documentazione della amministrazione degli enti in indirizzo, con preghiera di volerne tenere in debito conto ai fini della concreta realizzazione delle misure ritenute più idonee, onde rimuovere i tanto lamentati inconvenienti che continuamente da più parti pervengono alle nostre rappresentanze diplomatiche e consolarie all'estero ».

Ich möchte, um Ihnen nicht zu viel Zeit wegzunehmen, vermeiden, nun auch die Zeitungsartikel und den Inhalt des Flugblattes bekanntzugeben, die ihrem Inhalt nach sehr, sehr kräftig sind. Z.B. ein Flugblatt, das in der Schweiz verteilt worden ist, beginnt mit folgenden Absätzen: « Vergogna e disonore sopra le autorità italiane e sopra una parte del popolo italiano. Nessuna vacanza in Italia finché non sarà cambiato il comportamento dell'italiano in riguardo alla protezione degli animali ». Er fährt hier weiter: « Ci sono degli Stati più belli e più umani per i turisti. Noi non vogliamo l'Accordo italo-svizzero di emigrazione con questo popolo incivile. Speriamo che il Consiglio nazionale respinga il progetto. Diminuzione dei lavoratori stranieri e soprattutto degli italiani. Firmato: Molti svizzeri e svizzere ».

Nachdem meine Damen und Herren, 1965 die vier größten wissenschaftlichen Körperschaften und die internationale Alpenkommission entsprechende Petitionen an den Präsidenten der Region zur Abschaffung der Fallnetze und Lockstände eingebracht hatten, ohne daß auf diese Petitionen je eine Antwort gegeben worden wäre, ohne daß sich ein Erfolg abgezeichnet hätte, haben wir — also meine Kollegen Gebert, Spögler, Bernhart und meine Wenigkeit — auf Ersuchen der Vereinigung gegen die Massenausrottung der Vögel, auf ausdrücklichem Ersuchen also der zuständigen Körperschaften des Trentino und im Bewußtsein der Verantwortung, die wir für ein so klar umrissenes Problem und außerhalb jeder politischen Spekulation haben, schon im Februar 1966 in unserer Fraktion diesen Gesetzentwurf eingebracht. Die Fraktion hat es uns freigestellt, diesen Gesetzentwurf in der Region einzubringen. Wir haben ihn dann auch im Mai 1966 eingebracht.

Ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß es nicht stimmt, daß dieser Gesetzentwurf, nachdem er im Protokoll der Region in der chronologischen Reihenfolge nach der Einbringung des Fischereigesetzes aufscheint, als ein Revancheakt hätte gelten sollen, wie uns das mehrere Male von bestimmter Seite gesagt worden ist. Der Beweis, daß das nicht so ist, daß wir hier frei von jeder politischen Spekulation als Gesetzeseinbringer gehandelt haben, ist der, daß der Gesetzentwurf bereits im Februar fix und fertig bei unserer Fraktion eingebracht war, aus technischen Gründen aber erst im Mai zur Vorlage kam. Sie wissen selbst aus den Zeitungen, daß nach der Einbringung des Gesetzentwurfes zahlreiche Telegramme der Zustimmung, des Beifalles, Briefe aus allen Teilen Italiens, aus dem Ausland und aus der Übersee eintrafen. Man darf ruhig behaupten, daß der

überwiegende Teil der Bevölkerung dieser Initiative positiv gegenüberstand.

Gestatten Sie mir nun, meine Damen und Herren, noch zu einigen Maßnahmen Stellung zu nehmen, die auf Staatsebene getroffen worden sind. Gott sei Dank hat man nun auch auf Staatsebene die Notwendigkeit solcher Vorkehrungen erkannt. In den letzten 20 Jahren wurden zahlreiche Gesetzentwürfe im Parlament eingebracht; diese scheiterten aber immer wieder an gewissen Sonderinteressen, sei es der verschiedenen Kategorien, des nationalen Jagdverbandes, oder auch seitens der Hersteller von Netzen und Waffen. Mit über 100.000 Unterschriften wurde dann der neue heute im Parlament vorliegenden Gesetzentwurf vom 20. Juli 1966 Nr. 1794 eingebracht, mit dem gesagt werden soll, daß die heute im italienischen Reichsgebiet geltenden Jagdbestimmungen reichlich überholt sind. Der Gesetzentwurf war bereits vom Parlament verabschiedet, ging dann zum Senat und kam dort neuerdings in die Senatskommission und soll nun nach verschiedenen Abänderungen wieder nach Montecitorio zurückkommen. Das Gesetz sieht im großen und ganzen gesehen zwei in unserem Falle ganz wesentliche, positive Bestimmungen vor: erstens den Vogelfang nur mehr bis zum 31. März 1969 zuzulassen, und die Ausgabe neuer Jagdlizenzen auf diesem Gebiet einzustellen; zweitens den Verkauf und den Handel toter Vögel zu untersagen. Ich zweifle aber — und ich glaube mit mir zweifeln viele —, ob es möglich sein wird und im Interesse verschiedener Leute liege, diesen Gesetzentwurf noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Das bezweifle ich ernstlich.

Ich muß sagen, daß dem Staat verschiedene Regionen voraus sind, z.B. das Aostatal. Seit 1949, wie Sie wiessen, ist in der autonomen Region Aosta die Jagd auf Vögel, und

zwar mit Mitteln, die außerhalb des Gewehres liegen, verboten. Einschränkende Bestimmungen ähnlicher Natur wurden auch in den Provinzen Turin und Vicenza bereits getroffen. In der Region Venezia-Giulia will man ein gleiches Gesetz wie bei uns einbringen und wartet nur, wie das Gesetz bei uns in seiner definitiven Form ausschauen wird.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Reaktion der Jäger und besonders der Vogeljäger über diese Einschränkung ihrer Tätigkeit — oder wenn man in Anführungszeichen sagen darf, ihres « Sportes » — ist verständlich. Bisher wurde dieses System in Italien und in unserer Region als Sport gepflegt und galt als eine Art Freizeitgestaltung; in allen anderen übrigen zivilisierten Ländern der Welt wurde dieser Sport als Unsitte abgetan, verurteilt und daher überhaupt nicht mehr gestattet. Die Hauptargumente der Vogeljäger beruhen auf einem sehr einseitigen Konzept, leider Gottes: nämlich, daß sie über die Jagd selbst zu bestimmen hätten. Ich lese da die Eisendung eines Jägers aus dem « Adige » vom 20. Oktober 1965, also als unser Gesetz noch nicht erschienen war, wo er von den Kompetenzen des Jagdverbandes schreibt und einen scharfen Angriff auf die nationale Tierschutzvereinigung losläßt und dann am Ende sagt: « Per finirla comunque crediamo sinceramente che nelle cose della caccia comandiamo noi, con gli organi preposti, esaminando con logica le cose senza per questo sentirci influenzati da pareri incompetenti di estranei, autorità, enti ecc. » Also auch über die Stellungnahmen der Behörden setzt sich dieser gute Mann im Namen seiner Kollegen hinweg.

Wir wissen, meine Damen und Herren, daß der Vogelbestand, wie ich schon eingangs erwähnen konnte, ein unveräußerliches Gut ist und daß er deshalb nicht nur den Jägern,

sondern allen Bürgern gehört; alle Bürger haben hier das Recht etwas zu sagen. Es ist nicht zumutbar, daß ein Großteil aller Menschen, der die Vögel als Geschöpfe Gottes ansieht und nicht als Zielscheibe und Leckerbissen betrachtet, sich nun der kleinen Minderheit eines Vogelfängerklubs oder eines Jagdvereines unterordnen soll. Das ist nicht zumutbar und ist auch wirklich in unserem demokratischen Zeitalter nicht vertretbar.

Am 28. Mai — immer im Zeichen der Reaktion des Jagdverbandes — versammelten sich die Jagdsektionen des Trentino, und zwar die kommunalen Jagdsektionen, und verlangten im Namen der 9.928 Jäger erstens, daß dieser Gesetzentwurf zurückgewiesen werde; zweitens, daß im Falle des Verbotes des Vogelfanges der vom Nationalgesetz vorgesehene Termin bis zum 31. März 1969 eingehalten werde. Eine ähnliche Forderung wurde am 4. Juni 1967 von den versammelten Jägern der alpinen Regionen in Castella gestellt. Diesen Zuwartevorschlag halte ich nicht für begründet. Den Zuwartevorschlag hat auch der zuständige Herr Assessor bei der zweiten gesetzgebenden Kommission schon vorgebracht. Ich darf aber dazu sagen, daß ein solches Zuwarten oder Abwarten auf staatliche Vorkehrungen, auf staatliche Gesetzgebung meiner Ansicht nach einem Verzicht auf unsere von der Verfassung vorgesehenen und im Statut verankerten autonomen Gesetzgebungsbefugnisse gleichkommt. Auf der anderen Seite wird uns auch vorgehalten, daß die Provinz Bozen sich nicht in Angelegenheiten einmischen solle, die sie nichts angehen; sie solle sich nicht in die Angelegenheiten der Provinz Trient einmischen. Ich kann dazu nur sagen, solange diese Region existiert, haben wir als Regionalräte — ganz gleich ob wir in Bozen oder in Trient sitzen — für das ganze Territorium der Region

die Verantwortung. Wenn dieses Gesetz eingebracht worden ist, dann sicher nicht als Einmischung, sondern wirklich, um einem humanen Bedürfnis weiter Kreise der Bevölkerung auch des Trentino und dem ausdrücklichen Wunsch der gerade im Trentino zuständigen Körperschaften für Tierschutz und für Vogelschutz entgegenzukommen. Wir haben dieses Gesetz sicher nicht aus der Luft gegriffen oder nur um irgendjemanden, wie man bei uns so schön sagt, zu « trätzen ».

Wenn man uns sagt — und ich glaube, der Herr Assessor hat es auch in der Kommission schon gesagt —, daß dieses Gesetz eine Diskriminierung gegenüber anderen Staatsbürgern südlich unserer regionalen Grenze bedeutet, dann muß ich mich auch hier auf das bereits vorhin Gesagte berufen und sagen: Bitte, entweder wir bekennen uns zu unseren autonomen Gesetzgebungsbefugnissen oder nicht! Ich kann mir nicht vorstellen, daß jemand, der die Region vertreten soll und muß, sagen kann: Nein, sehen wir ab von unseren Befugnissen und warten wir bis der Staat interveniert! Das ist meiner Ansicht nach unlogisch und unkonsequent. Wir besitzen die Befugnisse und müssen sie auch ausnützen. Die Regionen und autonome Provinzen sollen und müssen durch die Erlassung fortschrittlicher Gesetze dem Staatsverband mit gutem Beispiel vorangehen. Wir haben die Möglichkeit, Probleme, die auf staatlicher Ebene eben manchmal Schwierigkeiten begegnen, einer Lösung zuzuführen. Deshalb sind wir ja in der glücklichen Lage, einen autonomen Gesetzgebungsgewalt zu haben, um gewissen Notwendigkeiten, gewissen Bedürfnissen schneller nachkommen zu können, als es vielleicht die Staatsmaschine selber zu tun imstande ist.

Vor einigen Tagen ist mir das Werbeheft für die nationale, unter dem Patronat des

Staatspräsidenten seit Monaten geöffnete Ausstellung « Italia da salvare » zugegangen und ich darf daraus etwas vorlesen, das eine Art Gewissenserforschung sein könnte. Es heißt da: « La caccia diventa carneficina quando approfitta della stanchezza degli stormi migratori. Solo in Italia non rispettano neppure il periodo della nidificazione. » Contro questi sistemi di caccia spietati e crudeli e contro la conseguente distruzione di un patrimonio che appartiene a tutti si moltiplicano specie da parte di turisti stranieri le proteste che poi trovano eco nella stampa dei loro paesi. Si impongono quindi provvedimenti su scala nazionale, basati su una legislazione moderna e controlli rigorosi per la tutela della natura, per la scienza, per la sopravvivenza stessa dell'uomo e l'impiego del suo tempo libero. »

Beim Kongreß der Sektionen der Drei Venetien, der nationalen Vereinigung zum Schutz der Tiere in Vicenza, der am 23. April stattgefunden hat, wurde eine Tagesordnung beschlossen, die an den Senat und an das Parlament weitergeleitet wurde. In dieser Tagesordnung wird die vollständige Abschaffung jeglicher Form des Vogelfanges verlangt, der als Ausdruck der Grausamkeit anzusehen ist und dem Naturgut der ganzen Nation unschätzbaren Schaden zufügt, mit dem Ziel, sich an die übrige europäische Gesetzgebung sowie an eine europäische Gesinnung anzugleichen.

Wenn Herr Assessor Raffaelli in einer der letzten Sitzungen gesagt hat, es brauche Mut und eine moderne Gesinnung, um gewisse Schritte zu tun, dann möchte ich ihn hier beim Wort nehmen und sagen, daß es in diesem Falle, wo die Dinge ganz anders liegen als beim Fischereigesetz — man kann das nie auf die gleiche Ebene schieben —, nicht einmal viel Mut braucht und auch nicht viel moderne Gesinnung, sondern nur ein bißchen menschl-

ches Empfinden und die Überlegung, daß Italien sich gerade mit diesem Vogelfang bisher eine sehr unglückliche Visitenkarte ausgestellt hat. Wenn wir als Region die Möglichkeit haben, hier einen ersten Schritt zu tun, dann sollen wir ihn auch tun und können ihn mit ruhigem Gewissen tun. Es geht ja schließlich und endlich um die Erhaltung und um den Schutz der Natur. Es geht um die Erhaltung eines wertvollen Bestandteiles derselben, der wirklich unser gemeinsames und unersetzliches Eigentum darstellt. Ein jeder muß es selbst mit seinem Gewissen vereinbaren, ob er für dieses Gesetz stimmen kann oder nicht.

(Signor Presidente, Signore e Signori! A nome dei confirmatori della legge vorrei, a titolo integrativo, aggiungere alla relazione accompagnatoria già portata a Vostra conoscenza nel corso dell'ultima seduta, ancora alcune considerazioni. Sono perfettamente consapevole che abbiamo, in linea di massima, altri innumerevoli problemi sociali, economici e culturali da risolvere. Il presente disegno di legge si riferisce e rappresenta — se così posso dire — una parte costitutiva di quelle misure a carattere generale, ormai adottate per la tutela e la conservazione del paesaggio, sia in Europa che nel mondo intero.

Sappiamo che di fronte alla costante evoluzione tecnica, al progredire e dilagare della civiltà, bisogna assolutamente conservare le bellezze naturali, la tutela del paesaggio, configurato nei monti, nelle selve, nei pascoli alpini, nei corsi d'acqua; ciò è oggi come oggi un urgente imperativo. Anche le bestie — se così posso dire — costituiscono un indispensabile componente della natura, di questo paesaggio, ed anch'esse fin dove non risultino dannose all'uomo ed alle colture, necessitano di protezione. Nella maggior parte dei Paesi civilizzati,

la tutela delle bellezze naturali si estende anche agli uccelli canori, in quanto sono essi pure parte integrante della natura che ci circonda.

Già subito dopo la guerra, Signore e Signori, venne registrata nel nostro territorio una progressiva scomparsa degli uccelli migratori e venne avanzata la richiesta di abolire l'uccellazione. Il 9 maggio 1949, nel corso di una riunione dell'Associazione Scienze Naturali si reclamò a Trento l'emanazione, su piano regionale e nazionale, di adeguate leggi atte a porre fine una buona volta allo sterminio degli uccelli migratori. Per questo sterminio sono oggi notoriamente in uso due sistemi: quello dei cosiddetti capanni ed in questo caso viene sparato da appostamenti mobili o fissi; quindi il sistema dei « roccoli » nel qual caso gli uccelletti vengono presi mediante reti verticali fisse o mobili. Credo sia mio dovere parlare un poco più dettagliatamente di entrambi questi sistemi poiché sono convinto che la maggior parte dei signori presenti ignorino il sistema usato oggi in gran parte dell'Italia, per lo sterminio indiscriminato degli uccelli migratori. Mi sono preso la briga di procedere ad un sopralluogo nel Trentino e posso ora esporVi in breve le impressioni che ne ho riportato.

Nel primo sistema, quello dei cosiddetti « capanni », si tratta di costruzioni fisse che risultano nel paesaggio come piazze-forti. Sono mimetizzate in color verde per non risaltare troppo. Cercate di immaginarvi una casupola quadrata della grandezza di metri 5 X 5, munita su tutti e quattro i lati di feritoie volte al cielo. Queste feritoie sono, in stagione morta, sbarate dall'interno con appositi portelli in legno o ferro. Tutt'attorno alla capanna sono disposti degli alberi raggruppati in circolo, sulla cima dei quali i cacciatori hanno fissato dei rami, che sovranzano dalla cima stessa. Sotto questi alberi vengono collocate delle gabbie contenenti

ti uccelli canori. A tal proposito vorrei aggiungere che gli uccelletti, i quali dovranno servire da richiamo, vengono tenuti per mesi interi prigionieri entro buie cassette o in ambienti altrettanto bui, acciocché restino accecati ed affamati. A settembre li si toglie fuori e le bestiole, sentendosi di nuovo al sole e nella luce ma accecate, iniziano a cantare in tono lamentoso.

Questi uccelletti che penderanno, appiccicati dal vischio, ai rami degli alberi, serviranno poi da richiamo per lo stormo degli uccelli in arrivo dal Nord; i cacciatori, dentro i capanni, attenderanno che lo stormo vada a posarsi sugli alberi raggruppati attorno ai capanni stessi. Gli uccelli che in questi casi non andranno a posarsi fra i rami delle piante, ma si ammasseranno su quei rami fissati in modo da sovrastare le cime degli alberi, diverranno così facile bersaglio dei cacciatori in agguato dentro i loro capanni tipo fortino.

In Italia di questi capanni ne abbiamo, ad occhio e croce, oltre mezzo milione e vi sono oltre un milione di cacciatori muniti di regolare licenza di caccia, il che comporta una media di 3 cacciatori per ogni chilometro quadrato. Ammettendo che ogni singolo cacciatore vada a caccia solo dieci volte all'anno e, coll'aiuto dei succitati capanni, riesca a colpire soltanto 10 uccelletti, ci troviamo a registrare uno sterminio annuo di 100 milioni di uccelli. In Regione, stante le dichiarazioni della Associazione Nazionale Caccia - Sezione Trento - abbiamo circa 10 mila cacciatori (per la precisione 9.928). L'Associazione caccia rilascia nel Trentino approssimativamente 1.000 licenze per l'uso dei « capanni ». Qualora nel periodo autunnale in cui arrivano cioè gli uccelli migratori, i cacciatori ne colpissero giornalmente, dai capanni, anche solo 30 (è propabile anzi che la cifra sia superiore) ecco che avremmo gior-

nalmente 30.000 uccelletti destinati ai mercati ed al commercio nelle macellerie.

A tutto ciò si aggiunge inoltre il secondo sistema cui ho già accennato, e cioè quello dei « roccoli », e in altre parole, il sistema dell'uccellazione a mezzo reti. Chi non l'avesse ancora visto, cerchi di immaginarsi delle reti, a volte a maglia stretta ed a volte a maglia larga, alte dai 2 ai 3 metri, tese in un raggio di 50 o 60 metri, mimetizzate dietro a gruppi di alberi oppure di arbusti dalle cime rasate, onde poter offrire più spazio agli uccelli che allettati dal richiamo andranno a posarvi. Alla base di questi arbusti sono fissate le gabbie contenenti quelle povere bestiole il cui lamentoso cinguettio sarebbe il preteso canto primaverile di richiamo. Davanti agli arbusti vi è uno spiazzo sul quale sono disseminati dei piccoli cespugli ai quali — e qui sta il macabro della faccenda — vengono legati gli uccelli mediante un sottile filo di nylon il quale, fissato alle zampe, è lungo quel tanto che consenta ai volatili di sollevarsi circa un metro dal suolo. Un po' di mangime sparso tutt'attorno fa sì che gli uccelletti, già accecati dalla luce solare, cinguettino e gridino a squarcia-gola. In certi casi questi poveri esserini sono legati a delle assicciuole che l'uccellatore manovra, da dietro, in modo che gli uccelli volino a suo piacimento, più o meno alti o bassi.

Tutta questa messa in scena, ripeto: rete — gruppo di alberi — spiazzo e mangime — viene a formare un roccolo o paretia, entro il quale siede l'uccellatore in attesa. Allorché lo stormo degli uccelli migratori si poserà tranquillamente, allettato dal richiamo degli uccelletti chiusi in gabbia o legati, l'uccellatore getterà sotto il gruppo degli alberi un grosso pezzo di legno che gli uccelli crederanno un rapace per cui, spaventati, tenteranno di librarsi in volo e finiranno miseramente prigionieri nelle reti approntate allo scopo; prenderà così il via l'ope-

razione più ripugnante degli uccellatori; essi infatti schiacceranno il capino, uno ad uno, a quelle bestiole appiccicate alle reti oppure le scaraventeranno con forza al suolo ove giaceranno morte. E tutto ciò viene chiamato pasatempo e sport.

Noi, Signore e Signori, abbiamo in Italia 5.000 uccellatori autorizzati, che con i suddetti sistemi massacrano uccelli in massa e ne riforniscono i mercati. Sarebbe impossibile fare in merito un computo esatto. Ammettendo che ogni uccellatore sfruttasse, dei presumibili 120 giorni di stagione autunnale, solo 30 giorni e distruggesse ogni volta 30 uccelli ciò comporterebbe complessivamente uno sterminio di 4, 5 milioni di uccelli. Nella Regione, o meglio in Provincia di Trento, vennero ad esempio rilasciate, nella stagione di caccia 1964-1965, 72 licenze per l'uccellazione e non credo che tale cifra si sia da allora modificata di molto; questo è stato peraltro confermato, in sede di commissione, anche dal competente Assessore. Non si creda — e ciò vorrei sottolinearlo — che i proprietari o concessionari dei citati capanni o roccoli, provengano solo dal Trentino; ve ne sono infatti della Provincia di Bolzano, e non pochi anche di altre Province. Mi risulta che titolari di alberghi e pensioni di province limitrofe — quali Brescia, Bergamo ecc. — hanno i loro capanni o roccoli nel Trentino, ove vanno a predare per poi sfruttare il bottino nelle loro aziende.

Questo sterminio, questo sistema, vige già da decine di anni in tutte le Regioni italiane e gli uccellatori, di fronte alla crescente opposizione di vaste cerchie, si sono negli ultimi anni organizzati veramente bene — di questo bisogna dar loro atto —. Come ho potuto constatare giorni orsono, essi hanno addirittura dato vita ad un proprio periodico bimestrale — di cui mi è stata fatta pervenire

appunto una copia — che si intitola « Uccellazione e piccola caccia », ed è pubblicato a cura « dell'Associazione Nazionale Uccellatori ed Uccellinai, Luigi Gasparotto ». Nessuno sa chi sia questo Luigi Gasparotto, in ogni caso non si tratta certamente di qualcuno che ama le bestie. Leggo ancora: « Periodico bimestrale in omaggio ai soci. Direzione e amministrazione a Bergamo, via Mosone, 3 ». Chiunque abbia a cuore la sorte degli uccelletti non può, guardando a quel giornale, e pensando come sia ancora possibile una cosa del genere nel XX secolo, non può ripeto, non sentirsi salire un nodo alla gola. Chiedo scusa ma questo è quanto sento entro di me. Se le sensazioni di lor Signori sono diverse, non posso farci nulla, comunque ritengo di non essere solo, ma credo invece che in vaste cerchie della popolazione italiana, come pure di quella trentina, siano decisamente contrari a sistemi del genere.

L'opinione pubblica si è andata via via sempre più interessando della faccenda ed in particolare le associazioni italiane per la protezione degli animali, nonché l'Associazione contro la distruzione degli uccelli, si sono occupate di questo problema, pressando sempre più affinché si provvedesse, in campo regionale e nazionale, all'emanazione di leggi adeguate. Anche le proteste pervenute dall'estero sono andate via via aumentando. Infatti, Signore e Signori, ho qui la copia di una lettera dell'Ambasciata italiana a Berna, il cui testo, che ora Vi leggerò, potrà convincerVi come, causa questo stato di cose e causa alcuni sistemi di caccia in uso oggigiorno nel nostro Paese, anche le ambasciate italiane all'estero vengono a trovarsi in non indifferenti difficoltà. Vi leggo dunque l'originale del testo: « Ambasciata d'Italia, Berna. Al Ministero degli Affari Esteri, Roma. 6 aprile 1965. Oggetto: ripercussioni al-

l'estero conseguenti ad alcuni sistemi di caccia praticati in Italia ».

Il fatto che codesto Ministero abbia preso l'iniziativa di indire la riunione il cui interessante verbale è stato diramato col telespresso, in riferimento alla constatazione che ormai anche altri dicasteri, enti ed associazioni in Italia comincino a rendersi conto del danno sia morale sia materiale che al Paese deriva da quegli eccessi cinegetici che la maggioranza degli stranieri deplora vivamente ed a quei sistemi di uccellazione che ormai molte legislazioni proibiscono, inducono questa Ambasciata a segnalare una ennesima lettera pervenutale recentemente da un anonimo che ritiene di esprimere la riprovazione di molti svizzeri e svizzere. La protesta, un articolo di giornale ed un acre commento, dei quali si trasmettono fotocopia e traduzione, è stata fatta nel momento in cui più era intensa la campagna contro l'Accordo italo-svizzero di emigrazione e in cui quindi ogni pretesto era buono per certi elementi per porre gli stranieri e soprattutto gli italiani in cattiva luce. Ma ciò non toglie nulla della sua sincerità e della serietà con cui moltissimi svizzeri si adoperano per ottenere che anche in Italia vengano aboliti certi metodi di caccia ritenuti indegni dei nostri tempi. Con documento-rapporto del 6 corrente, di cui si allega copia, la nostra Ambasciata a Berna, richiamandosi al telespresso sopracitato, ha segnalato che ulteriori proteste sono pervenute da parte svizzera contro gli eccessi cinegetici di cui viene accusato il nostro Paese. Le proteste in questione hanno un tono molto aspro e sottolineano ancora una volta l'importanza che può avere il boicottaggio sul piano turistico allo scopo di indurre l'Italia all'abolizione di metodi ritenuti indegni dei nostri tempi. Tanto si comunica per opportuna documentazione della amministrazione degli Enti in indirizzo, con pre-

ghiera di volerne tenere in debito conto ai fini della concreta realizzazione delle misure ritenute più idonee, onde rimuovere i tanto lamentati inconvenienti che continuamente da più parti pervengono alle nostre rappresentanze diplomatiche e consolari all'estero ».

Onde non rubare troppo tempo a lor Signori, eviterò di dar lettura degli articoli di stampa e del contenuto di certi manifestini molto ma molto significativi. Uno di questi manifestini distribuiti in Svizzera, inizia, ad esempio, con le seguenti frasi: « Vergogna e disonore sopra le Autorità italiane e sopra una parte del popolo italiano. Nessuna vacanza in Italia finché non sarà cambiato il comportamento dell'italiano in riguardo alla protezione degli animali ». Prosegue quindi: « Ci sono degli Stati più belli e più umani per i turisti. Noi non vogliamo l'Accordo italo-svizzero di emigrazione con questo popolo incivile. Speriamo che il Consiglio nazionale respinga il progetto. Diminuzione dei lavoratori stranieri e soprattutto degli italiani. Firmato: Molti svizzeri e svizzere ».

Dopo che le 4 maggiori Associazioni scientifiche e le Commissioni alpinistiche internazionali ebbero, nel 1965, inoltrato al Presidente regionale delle petizioni volte alla soppressione di roccoli e capanni, senza aver peraltro ottenuto una risposta in merito o un qualsiasi esito, abbiamo provveduto noi, cioè la Collega Gebert, i Colleghi Spögler, Bernhart ed il sottoscritto, a sottoporre, già nel febbraio 1966 un progetto di legge al nostro Partito, progetto di legge che con il consenso del Partito stesso, presentammo nel maggio dello stesso anno in Regione. Ciò lo abbiamo fatto su richiesta dell'Associazione contro lo sterminio in massa degli uccelli, dunque dietro specifica domanda dei competenti organi del Trentino; lo abbiamo fatto coscienti della responsabilità nei

confronti di un problema tanto chiaramente delineato, ed al di fuori di qualsiasi speculazione politica.

Vorrei esplicitamente sottolineare come non sia affatto vero che figurando il presente disegno di legge nel protocollo della Regione, in progressione cronologica, sotto la presentazione della legge sulla pesca, ciò debba sottintendere, secondo quanto ci è stato più volte fatto capire da determinate cerchie, un atto di rivincita da parte nostra. La prova che questo è errato, che noi presentando il disegno di legge in parola, abbiamo agito senza alcun fine di speculazione politica, sta nel fatto che il disegno di legge era, bello e pronto stato sottoposto già nel febbraio al nostro gruppo politico e che solo per motivi tecnici ne venne protratta la presentazione fino a maggio. Voi sapete, per averlo letto anche sulla stampa, quanti telegrammi di approvazione, di plauso e quante lettere sono pervenute, dopo la presentazione del disegno di legge, da tutta l'Italia, dall'estero e da Paesi di oltremare. Si può tranquillamente affermare che parte preponderante della popolazione ha approvato questa iniziativa.

Consentitemi ora, Signore e Signori, di prendere posizione nei confronti di altre misure che sono state prese in campo nazionale e della cui necessità ci si è resi conto, grazie al Cielo, appunto anche in campo nazionale. Negli ultimi 20 anni vennero presentati in Parlamento numerosi progetti di legge, i quali continuarono però a naufragare in quanto contrari a certi particolari interessi, vuoi delle diverse categorie dell'Associazione nazionale caccia, vuoi anche dei fabbricanti di reti e fucili. Corredato da 100.000 firme venne quindi presentato in Parlamento il nuovo presente progetto di legge del 20 luglio 1966, n. 1794, preposto a render noto che le norme sulla caccia, attualmente vigenti in Italia, sono

ormai di gran lunga sorpassate. Il progetto di legge, approvato dal Parlamento, passò al Senato ove venne di nuovo sottoposto alla Commissione e dovrebbe ora, dopo svariate modifiche, ritornare a Montecitorio. La legge, vista nel suo complesso, prevede per noi due positive misure di sostanziale importanza: con la prima verrà permessa l'uccellazione ancora soltanto fino al 31 marzo 1969 e si provvederà al rilascio, in questo campo, di nuove licenze di caccia; con il secondo provvedimento verrà fatto divieto di vendita e commercio degli uccelli morti. Dubito però — e credo di non essere il solo — che l'approvazione di questa legge, la quale contrasta gli interessi di svariata gente, possa rientrare ancora nel corso dell'attuale legislatura; ne dubito seriamente.

Devo proprio dire che diverse Regioni sono più avanti rispetto allo Stato. Prendiamo ad esempio l'autonoma regione della Val d'Aosta ove, come sapete, dal 1949 è vietato per la caccia agli uccelli l'uso di qualsiasi mezzo che non sia il fucile. Analoghe disposizioni restrittive sono già state prese anche nelle province di Torino e Vicenza. Pure nella Venezia Giulia è prevista la presentazione di una legge simile alla nostra, e per farlo si attende soltanto di conoscere la definitiva stesura della nostra.

Signor Presidente! Signore e Signori! La reazione dei cacciatori, e particolarmente dei cacciatori di uccelli, nei confronti delle norme restrittive sulla loro attività o, se si può dirlo fra virgolette, sul loro « sport », è comprensibile. Finora questo sistema è stato adottato in Italia come uno sport, è equivalso ad un certo tipo di passatempo; considerato invece in tutti gli altri civilizzati Paesi del mondo come una barbarie, lo si è abbandonato, condannato e quindi addirittura vietato. I principali argomenti dei cacciatori di uccelli si basano, purtroppo, su di un concetto piuttosto unilaterale

e cioè che soltanto essi stessi possano dettar legge su quanto riguarda la caccia. Leggo qui la corrispondenza di un cacciatore, riportata sull'« Adige » del 20 ottobre 1965, vale a dire prima dell'apparizione della nostra legge; uno scritto in cui il cacciatore, dopo un pungente attacco contro l'Associazione nazionale per la protezione degli animali, conclude dicendo: « Per finirla, comunque, crediamo sinceramente che nelle cose della caccia comandiamo noi, con gli organi preposti, esaminando con logica le cose senza per questo sentirci influenzati da pareri incompetenti di estranei, autorità, enti ecc. ». Dunque, il buon uomo parlando in nome dei suoi colleghi, non tiene in alcun conto neppure la presa di posizione delle autorità.

Noi sappiamo, Signore e Signori, che il patrimonio avicolo, come ho già detto in apertura, è un bene inalienabile, per cui non appartiene solo ai cacciatori ma a tutti i cittadini, i quali hanno pertanto il diritto di dire la propria parola in merito. Non si può pretendere infatti che tutta quella maggioranza di persone che considera gli uccelletti creature di Dio e non solo bersagli e leccornie, si sottragga alla piccola minoranza di un circolo cacciatori o di una Associazione per la caccia. Ciò è inammissibile nonché insostenibile, nell'era di democrazia in cui stiamo vivendo.

Il 28 maggio — sempre all'insegna della reazione dell'Associazione per la caccia — si riunirono le sezioni caccia del Trentino, ossia quelle comunali, per esigere a nome dei 9.928 cacciatori: in primo luogo la non accettazione di questo progetto di legge, ed in secondo luogo che, in caso di divieto di uccellazione, venisse protratto al 31 marzo 1969 il termine previsto dalla legge nazionale. Un'analoga richiesta venne avanzata il 4 luglio 1967 a Castello, durante la riunione dei cacciatori delle regioni alpine. Questa richiesta di proroga del termine

— che il competente Assessore ha peraltro già presentato nella seconda Commissione legislativa — io la ritengo ingiustificata; mi si consenta di aggiungere in merito, che acconsentire alla richiesta di attendere le disposizioni nazionali, la legislazione nazionale equivale per noi, a mio avviso, ad una rinuncia ai poteri di legislazione autonoma previsti dalla Costituzione ed ancorati nello Statuto. D'altronde ci viene anche fatto osservare come la provincia di Bolzano non debba immischiarsi in faccende che non la riguardano, ovvero non immischiarsi nelle faccende della provincia di Trento. In merito posso solo dire che fintanto che esisterà questa Regione, noi, quali consiglieri regionali ed indipendentemente dal fatto che si sia seduti a Trento od a Bolzano, avremo la responsabilità sull'intero territorio regionale. Presentando questa legge non lo abbiamo certamente fatto allo scopo di immischiarci ma davvero per andare incontro alle umanitarie esigenze di vaste cerchie della popolazione, compresa quella trentina, ed all'espresso desiderio proprio delle organizzazioni competenti, nel Trentino, per la protezione degli animali e degli uccelli. Questa legge non l'abbiamo certo fatta così semplicemente campata in aria o come si suol dire qui da noi soltanto per « prendere in giro » qualcuno.

Se ci dicono — e credo che anche il signor Assessore lo abbia già detto in commissione — che questa legge rappresenta una discriminazione nei confronti dei cittadini a sud del nostro confine regionale, devo, richiamandomi a quanto già detto dianzi, rispondere: ebbene, o li riconosciamo i nostri poteri di autonomia legislativa o li sconfessiamo. È inimmaginabile per me che qualcuno possa dire: no, rinunciamo ai nostri poteri ed aspettiamo l'intervento dello Stato! Ciò sarebbe a mio avviso illogico ed incoerente, in quanto possedia-

mo questi poteri e dobbiamo quindi sfruttarli. Le Regioni e le Province autonome devono, mediante l'emanazione di leggi progressiste, dare il buon esempio allo Stato. Noi abbiamo la possibilità di portare alla soluzione problemi che sul piano nazionale qualche volta incappano appunto in difficoltà. Ed è proprio la felice condizione di possedere un autonomo potere legislativo, che ci consente di soddisfare a certe esigenze più celermente di quanto potrebbe essere in grado di farlo la macchina dello Stato.

Alcuni giorni fa mi è pervenuto un fascicolo propagandistico relativo alla mostra nazionale « Italia da salvare », aperta da mesi sotto il patrocinio del Presidente dello Stato. Consentitemi, al riguardo, di leggervi qualcosa che potrebbe suonare come un esame di coscienza: « La caccia diventa carneficina quando approfitta della stanchezza degli stormi migratori. Solo in Italia non rispettano neppure il periodo della nidificazione. Contro questi sistemi di caccia spietati e crudeli e contro la conseguente distruzione di un patrimonio che appartiene a tutti si moltiplicano specie da parte di turisti stranieri le proteste che poi trovano eco nella stampa dei loro paesi. Si impongono quindi provvedimenti su scala nazionale, basati su una legislazione moderna e controlli rigorosi per la tutela della natura, per la scienza, per la sopravvivenza stessa dell'uomo e l'impiego del suo tempo libero ».

Al Congresso delle Sezioni delle Tre Venezie della riunione nazionale per la protezione degli animali, tenutosi a Vicenza il 23 aprile, venne fissato un ordine del giorno inoltrato poi al Senato ed al Parlamento, in cui si esige la totale abolizione di tutti quei sistemi di caccia agli uccelli che siano da ritenersi manifestazioni di crudeltà e che apportano danno incalcolabile al patrimonio naturale di tutta la nazione; esigenze volte alla meta di equipa-

rarsi alle restanti legislature europee, come pure ad un sentimento europeista.

Visto che l'assessore Raffaelli ha detto, nel corso di una delle ultime sedute, che per intraprendere certi passi è necessario avere del coraggio e dei principi moderni, vorrei, prendendolo in parola, dirgli che in questo caso in cui cioè le cose vanno del tutto diversamente di quanto vadano quelle concernenti la legge sulla pesca, non si potranno mai porre le due questioni sullo stesso piano; in questo caso, ripeto, non occorre proprio questo gran coraggio e neppure una concezione moderna, ma solamente un pizzico di spirito umanitario e la riflessione che i menzionati sistemi di caccia non sono propriamente un bel biglietto da visita per l'Italia. Se noi, quale Regione, si ha la possibilità di fare in merito il primo passo, e visto che possiamo farlo in piena coscienza, ebbene facciamolo dunque! Qui ne va in definitiva della conservazione e protezione della Natura. Qui si tratta di conservare gran parte di quel patrimonio naturale che rappresenta per tutti noi in generale, un bene insostituibile. Per quanto riguarda l'approvare o meno questa legge, ognuno dovrà quindi vedersela con la propria coscienza.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Raffener.

RAFFEINER (T.H.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, daß dieser Gesetzentwurf nur zu begrüßen ist. Ein Gesetz, das den Fang und die massenweise Tötung unserer kleinen Sing- und Zugvögel verbietet, entspricht durchaus dem Verlangen und den Erwartungen weiter Kreise des Volkes. Es wäre bedauerlich, wenn diese Erwartungen des Volkes enttäuscht würden.

Der Geist, der die massenweise Tötung der Sing- und Zugvögel verurteilt, hat sich im Laufe der Zeit immer mehr ausgebreitet und es gibt immer weniger Staaten, die diese Jagd nicht gesetzlich verbieten. So soll endlich auch bei uns mit diesem Verbot der Anfang gemacht werden. Zwar werden in Italien nicht geringe Widerstände zu überwinden sein, zumal hier die kleinen gebratenen Vögel eine besondere Delikatesse sind, auf die viele Italiener, die bekanntlich große Feinschmecker sind, nicht gerne verzichten werden. Immerhin ist es erfreulich, feststellen zu können, daß es auch im Trentino und darüber hinaus in ganz Italien weite Kreise und zahlreiche Vereinigungen gibt, die sich den Schutz der Vogelwelt und den Kampf gegen die Jagd auf die durchziehenden Vögel zur Aufgabe gestellt haben. Immer einmütiger wird die Jagd auf die kleinen Vögel verurteilt.

Es war nicht immer so. Es gab einmal eine Zeit, im hohen Mittelalter, da galt der Vogelfang als ein vornehmes Weidwerk. Ich erinnere an das Gedicht « Heinrich der Vogler », das wir in der Schule auswendig leben mußten: « Herr Heinrich sitzt am Vogelherd, recht froh und wohlgemut... ». Unser Deutschprofessor erklärte uns, daß Vogelherd dasselbe bedeute wie Vogelweide, nämlich ein mit Netzen umgebener Platz, auf dem das Weidwerk auf Vögel, also der Vogelfang, ausgeübt wird. Der Vogelherd ist also etwas Ähnliches wie das, was im Trentino « roccolo » genannt wird. Herr Heinrich, Herzog von Sachsen, war also gerade beim Vogelfang, als ihm die Reichsinsignien und die Krone überbracht wurde, daß er zum König und Kaiser des römisch-deutschen Reiches erwählt worden sei. Er hat dann auch in der deutschen Geschichte den Namen « Heinrich der Finkler » oder « Heinrich der Vogler » erhalten.

Auch einer unserer größten deutschen Dichter hat seinen Namen nach einer Vogelfangstätte erhalten, nämlich unser Walther von der Vogelweide.

Seither sind viele ahrhunderte vergangen. Seit der Wahl Heinrichs des Voglers mehr als tausend Jahre. Die Sitten und Gebräuche aber haben sich verändert, nicht auf einmal, sondern allmählich im Laufe der Jahrhunderte und auch der Jahrzehnte. Ich erinnere mich, daß in meiner Heimatgemeinde Deutschnofen, als ich noch klein war und dort die Volksschule besuchte (also bis zum Jahre 1906), der Vogelfang, wenn auch nicht mit Netzen, so doch mit Leimruten und Schlingen oder « Lätzen », wie man dort die Schlingen nannte, emsig betrieben wurde. In den Beeren tragenden Sträuchern, besonders auf den Vogelbeerbäumen (« Moschen ») waren immer wieder solche Lätze anzutreffen, und selbst die Schulbuben wußten, wie aus einem bestimmten Strauch, der auf dem « Regglberg » häufig vorkommt, Vogelleim gemacht wird. Aber es war längst kein aristokratischer Sport mehr, diese Vogelfang, denn es waren eigentlich fast nur mehr Kleinhäusler, Tagwerker und ärmere Leute, die diese Jagd betrieben. Sie waren auch nicht Selbstverzehrer der erbeuteten Vögel, sondern verkauften sie meistens in das benachbarte Dorf Leifers, wo sie sichere Abnehmer wußten. Die großen Bauern, die auf die Jagd gingen, jagten Hasen und Rehe, Hühner, Schnepfen und Tauben, und sahen mit Geringschätzung auf die Leute herab, die mit Leimruten und Schlingen den kleinen Vögeln nachstellten. Auch in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg wurde diese Vogelfang noch vereinzelt betrieben. Aber mit dem Aussterben der älteren Generation hörte sie vollständig auf.

Ich hatte schon zur Zeit, als ich noch die Volksschule besuchte, eine Abneigung gegen

all die Leute, die mit Schlingen und Leimiruten Vogeljagd betrieben. Wahrscheinlich war mir diese Abneigung im Elternhaus von meinem Vater eingepflichtet worden. Meine Abneigung wurde noch größer, als ich später im Süden unseres Landes auf richtige, mit Netzen umgebene Gehege stieß und sehen mußte, wie in ganz kleinen Käfigen, die weniger als eine Spanne breit und hoch waren, je ein Singvogel, dem man die Augen ausgestochen hatte, gefangen gehalten wurde und der mit seinem Gesang andere Vögel in die Netze locken mußte. Ich war über diese Grausamkeit der Menschen empört und fast noch mehr über die Hinterhältigkeit, mit der die kleinen Sänger um ihr Augenlicht beraubt und gezwungen wurden, mit ihrem Gesang ihre Artgenossen in den Tod zu locken, um nachher selbst umgebracht und verspeist zu werden. Es mag sein, daß vorwiegend sentimentale Gründe meine Haltung in dieser Sache bestimmt haben. So wie ich die Jagd auf die kleinen Vögel verurteile, verurteile ich wegen ihrer Grausamkeit auch das sogenannte Taubenschießen (*il tiro al piccione*), das trotz aller Proteste immer noch ausgeübt und als hocharistokratischer Sport angesehen wird, bei dem man nämlich gefangene Tauben vor den Rohren der Schützen frei in die Luft fliegen läßt, damit diese Schützen den Schießsport auf lebende Ziele ausüben können. Mit nicht weniger Abscheu hat mich die Grausamkeit erfüllt, mit der bis vor kurzem — und, wer weiß, vielleicht jetzt noch — die Robbenjagd betrieben wurde, bei der jährlich vielen Tausenden — man spricht sogar von Hunderttausenden — von Robbenkindern bei lebendigem Leib die Haut abgezogen wird.

Um diese fürchterliche Grausamkeit abzustellen, wurde über Antrag der kanadischen Regierung ein internationales Abkommen geschlossen, das endlich im April des vergangenen

Jahres 1966, mit der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde seitens Italiens, in Kraft getreten ist.

Die Natur hat es nun einmal so eingerichtet, daß der Mensch, um leben zu können, andere Lebewesen der Tier- und Pflanzenwelt vernichten muß. Daran ist, weil es sich um ein Naturgesetz und eine Lebensnotwendigkeit handelt, nichts zu ändern. Aber dies rechtfertigt keineswegs unnötige Grausamkeiten oder die massenweise Ausrottung anderer Lebewesen, insbesondere dann nicht, wenn es sich nur um einen Sport oder ein Vergnügen und nicht um eine Lebensnotwendigkeit handelt.

Der Taubenmord von Meran, über den vor einigen Tagen die Zeitungen geschrieben haben und durch den Hunderte von Tauben infolge Vergiftung einen qualvollen Tod gefunden haben, gibt Zeugnis von der Grausamkeit und Feigheit gewisser Menschen, die sich im Dunkel der Nacht und in der Anonymität verstecken müssen, um ihre Untaten zu begehen, weil sie sich bei Tageslicht derselben schämen müßten.

Unwillkürlich kommen einem da die Terroristen und sogenannten Freiheitskämpfer für Südtirol in den Sinn, die gleichfalls im Dunkel der Nacht ihre feigen und hundertmal schandvolleren — weil gegen Menschenleben gerichtet — Anschläge verüben, mit dem Unterschied allerdings, daß sie jenseits der Grenze, in Österreich, nicht einmal das Tageslicht zu scheuen brauchen und sogar im Gerichtssaal — ähnlich wie Schauspieler nach einer wohl gelungenen Theateraufführung — gefeiert werden und im Fernsehen dem ganzen Volk vorgestellt werden, als ob es sich um besonders verdienstvolle Männer handeln würde. Kein Wunder, daß sie sich durch diese Ehrungen zur Begehung neuer Verbrechen ermutigt sehen, wie die jüngsten Sprengstoffanschläge, besonders der gräßliche

Mordanschlag auf der Porzescharte, bewiesen haben. Wundern muß man sich nur, wie lange Italien geduldig diesem Treiben zusieht.

Aber zurück zum Thema. Leider neigt der Mensch von Natur aus zur Gewalttätigkeit und Grausamkeit. Er muß erst durch Sitte und Gesetz zur wahren Menschlichkeit, zur Liebe zur Natur und den anderen Lebewesen erzogen werden. Es ist dies eine Aufgabe der Erziehung, ja ihre vornehmste Aufgabe. Auch dieses Gesetz ist geeignet, dazu beizutragen, die Menschen diesem Ziel näherzubringen und verdient schon deswegen genehmigt zu werden.

Wenn ich am Gesetzesantrag etwas auszusetzen habe, so ist es dies, daß er keine Unterschriften von Abgeordneten des Trentino trägt. Die Sache geht nämlich hauptsächlich die Provinz Trient an, weil in der Provinz Bozen die Vogeljagd schon längst nicht mehr ausgeübt wird. Die Initiative für dieses Gesetz hätte daher eigentlich von Trient ausgehen müssen. Nun könnten die Trentiner Abgeordneten in diesem Gesetzentwurf eine Einmischung in ihre internen Angelegenheiten erblicken und aus politischer Empfindsamkeit dagegen stimmen, obschon sie in der Mehrzahl mit dem Inhalt des Gesetzes einverstanden sind. Freilich, ein solches Verhalten wäre kleinlich und ließe sich nur aus einer betont provinziellen Einstellung heraus erklären, aus der Mentalität derjenigen, die die Region ablehnen und die vollständige Trennung der Provinzen fordern. Wenn man nämlich in den Proponenten nur die Vertreter der Provinz Bozen, nur die Landtagsabgeordneten sieht, dann würde der Antrag wirklich wie eine Einmischung in die Angelegenheiten der Nachbarprovinz aussehen; aber die Proponenten haben — wie der Kollege Posch soeben gesagt hat — als Regionalabgeordnete gehandelt, und als solche vertreten sie die ganze Region. Ihr Gesetzesantrag ist

daher, ob gewollt oder ungewollt — wahrscheinlich ungewollt —, in seiner Substanz ein Bekenntnis zur Region. Durch das beantragte Gesetz soll in der ganzen Region, was den Vogelfang und die Vogeljagd betrifft, eine einheitliche Rechtslage geschaffen werden. Die Interessenahme der Proponenten an dem, was in der Provinz Trient vorgeht, darf daher nicht negativ beurteilt werden. Diese Interessenahme muß vielmehr positiv bewertet werden, denn die ihr zugrundeliegende Geisteshaltung steht durchaus in Widerspruch zur sonstigen Abstinenz- und Apartheidspolitik der SVP. Daher sollten jene Abgeordneten des Trentino, denen daran gelegen ist, daß die Einheit der Region irgendwie erhalten bleibt, diese Geisteshaltung entsprechend würdigen und für das Gesetz stimmen, weil durch dasselbe für die ganze Region eine Vereinheitlichung der Sitten und Gebräuche auf dem Gebiete der Vogeljagd und des Vogelfanges herbeigeführt wird.

Der Umstand, daß gegenwärtig im Senat eine Gesetzesvorlage über die Jagdreform behandelt wird, welche vorsieht, daß mit Ende März 1969 die Vogeljagd aufhören soll und nicht länger geduldet wird, ist kein Grund, in unserer Region die Vogeljagd und den Vogelfang nicht schon jetzt zu verbieten. Es ist fürs erste nicht gewiß, daß dieser Gesetzentwurf von beiden Häusern des Parlaments genehmigt werden wird. Es ist dies wahrscheinlich, aber durchaus nicht gewiß. Fürs zweite aber ist es nicht zu rechtfertigen, daß die Region, die in dieser Sache primäre Gesetzgebungsgewalt besitzt, ihre Haltung von der Haltung des Nationalparlaments abhängig macht. Wenn der Regionalrat in seiner Mehrheit der Ansicht ist, daß dieses Gesetz gut sei, dann hat er es zu beschließen, ohne Rücksicht darauf, welche die zukünftige Haltung des Nationalparlamentes

sein wird. Denn dies ist der Sinn der legislativen Autonomie.

Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht, wie ich bereits gesagt habe, durchaus dem Verlangen und den Erwartungen weiter Kreise des Volkes, vielleicht nicht aller Jäger, wohl aber der überwiegenden Mehrheit des Volkes, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch im Trentino, also weit über die Grenzen unserer Provinz hinaus. Und wir haben gehört, daß die Proponenten von Vereinigungen außerhalb unserer Provinz dazu bestimmt worden sind, diesen Gesetzesantrag einzubringen. Der Regionalrat wird also gut daran tun, dieses Gesetz vorbehaltlos zu genehmigen. Er soll sich nach meiner Ansicht diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, vielen anderen Provinzen in diesem Punkt voranzugehen. Wir haben gehört, daß bereits andere Provinzen und andere Regionen in ihrem Gebiet den Vogelfang verboten haben. Will die Region Trentino-Südtirol wirklich als letzte kommen und abwarten bis das Nationalparlament ein ähnliches Gesetz erlassen wird? Ich glaube, das dürfen wir um der Ehre unserer Region willen nicht tun. Ich bin der Ansicht, daß der Regionalrat, wenn er dieses Gesetz genehmigt, sich ein Denkmal setzt, das ihm nur zur Ehre gereichen wird.

(Signor Presidente! Signore e Signori! Ritengo che a questo disegno di legge non si possa guardare che con compiacimento. Una legge che vieti lo sterminio in massa dei nostri piccoli uccelletti canori e migratori, corrisponde appieno alle richieste ed all'aspettativa di vaste cerchie della popolazione. Sarebbe deplorabile se tale attesa andasse delusa.

Lo spirito di condanna contro il citato sterminio è andato via via estendendosi, e sono sempre meno gli Stati che non vietino legalmente questo tipo di caccia, per cui è ora che

si provveda noi pure analogamente. È vero che non pochi saranno in Italia gli ostacoli da superare, considerato che qui gli uccelletti arrosto rappresentano per molti italiani, notoriamente gran mangiatori di carne, un delizioso bocconcino cui non rinunceranno tanto volentieri. Fa piacere, comunque, constatare che anche nel Trentino, come in tutta Italia, sussistono vaste cerchie e numerose associazioni che si sono prefisse il compito di proteggere il patrimonio avicolo e di combattere la caccia agli uccelli migratori. Si fa sempre più unanime la condanna contro la caccia agli uccelletti.

Non sempre però le cose sono andate così. Vi fu un tempo, nel medio evo, in cui l'uccellazione rappresentava un'arte nobile. Ricordo la poesia « Heinrich l'uccellatore » che a scuola dovemmo imparare a memoria: « il sor Heinrich sta seduto nel capanno, tutto contento e pieno di buon umore . . . ». Il nostro professore di tedesco ci spiegò che capanno ha lo stesso significato di pascolo degli uccelli, ossia uno spiazzo circondato da reti, in cui viene praticata l'uccellazione. Nel Trentino un qualcosa di simile viene denominato « roccolo ». Il signor Heinrich — duca di Sassonia — stava proprio uccellando allorché gli vennero consegnate le insegne imperiali e gli venne comunicato di esser stato eletto imperatore dell'impero italo-tedesco, per cui passò poi alla storia con il nome di « Heinrich l'uccellatore ».

Anche uno dei nostri più grandi poeti ha preso il nome da un territorio in cui si praticava l'uccellazione: mi riferisco al nostro Walther von der Vogelweide.

Sono trascorsi da allora parecchi secoli. Più di mille anni sono passati dalla nomina di Heinrich l'uccellatore. Usi e costumi sono andati, nel corso del tempo, gradualmente mutando. Ricordo che anche a Nova Ponente — mio Comune d'origine — ove frequentavo

allora (parlo quindi del 1906) la scuola elementare, veniva praticata assidutamente l'uccellazione, se non proprio con reti, pur sempre con calappi e panioni. Non era difficile trovare nei cespugli di bacche — in particolare in quelli di sorbe — questi calappi, ed i ragazzini stessi sapevano come andassero fatti, con un certo tipo di arbusto che cresce in abbondanza sul monte « Reggel », i panioni. Comunque in quel periodo l'uccellazione non era, già da tempo, più considerato uno sport aristocratico poiché, in effetti, lo praticavano quasi soltanto i piccoli contadini, i lavoranti a giornata, insomma la gente più povera. Non è che mangiassero essi stessi gli uccelletti catturati, ma li vendevano per lo più nel vicino paese di Laives, ove sapevano esservi sicuri acquirenti. I contadini più grossi, che cacciavano invece conigli, galline, beccacce e colombi, guardavano con disprezzo a quelle persone che con panioni e calappi facevano la posta agli uccelletti. Questo tipo di uccellazione venne praticato sporadicamente anche negli anni immediatamente susseguenti alla prima guerra mondiale, ma cessò completamente con l'estinguersi della vecchia generazione.

Fin dai tempi in cui frequentavo la scuola elementare, sentii dell'avversione verso tutti coloro che praticavano l'uccellazione mediante calappi e panioni, avversione trasmessami forse da mio padre. Tale avversione si accrebbe allorché più tardi incappai, a sud del nostro territorio, proprio in una chiusa circondata da reti, e mi fu dato di vedere delle gabbiette, alte e larghe una spanna, contenenti ognuna un uccelletto canoro al quale erano stati cavati gli occhi e che doveva servire ad attirare nella rete, con il suo canto, gli altri uccelli. Mi sentii sdegnato dalla crudeltà della gente, e forse ancor più dalla perfidia con la quale quei piccoli esseri canterini venivano pri-

vati della vista e costretti a servire, con il loro canto, da richiamo per i loro simili, dei quali avrebbero poi fatto la stessa fine, cioè uccisi e mangiati. Può darsi che la mia presa di posizione nella faccenda sia determinata soprattutto da motivi sentimentali. Del resto, come condanno la caccia agli uccelli, condanno parimenti, per la sua atrocità, pure il cosiddetto tiro al piccione che, malgrado tutte le proteste, viene ancora praticato e considerato uno sport aristocratico; in questo caso, i piccioni chiusi in apposite cassettoni, poste ad una certa altezza dal suolo e con l'apertura manovrata automaticamente, vengono lasciati liberi su comando del cacciatore, già in attesa con la doppietta spianata, del suo bersaglio vivo. Né minor orrore mi incuteva l'atrocità con la quale, fino a poco tempo fa, e chissà forse tuttora, veniva praticata la caccia alle foche, i piccoli delle quali, catturati annualmente a migliaia — si parla addirittura di centinaia di migliaia — vengono scuoiati vivi.

Per porre fine a queste atrocità venne, su proposta del governo canadese, stipulato un accordo che nell'aprile del 1966, mediante il deposito dell'atto di ratifica da parte dell'Italia, entrò finalmente in vigore.

La Natura, si sa, è disposta in modo tale che l'uomo è costretto, per vivere, a sopprimere vite, sia in campo animale che in quello vegetale, come vuole appunto l'immutabile legge di natura. Ma ciò non giustifica assolutamente le assurde atrocità o lo sterminio in massa di altri esseri viventi, in particolare poi allorché lo si fa solamente per sport o per passatempo e non per necessità di sopravvivenza.

L'uccisione, a Merano, dei piccioni, della quale i giornali hanno dato notizia alcuni giorni orsono, e che ha provocato la penosa morte per avvelenamento di centinaia di piccioni, dimostra la cattiveria e la vigliaccheria di quella

categoria di gente che è costretta ad agire di notte ed a trincerarsi dietro l'anonimato poiché alla luce del giorno dovrebbe vergognarsi dei propri misfatti.

Senza volere vien fatto di pensare ai terroristi, ai cosiddetti combattenti per la libertà del Sudtirolo che perpetrano, essi pure, i loro attentati nell'ombra della notte, attentati vili e di una infamia centuplicata in quanto compiuti contro la vita umana; con la differenza tuttavia, che oltre confine, ossia in Austria, non hanno nulla da paventare neppure alla luce del giorno, ed in tribunale vengono, al pari di attori dopo un successo teatrale, festeggiati e mostrati in TV a tutta la popolazione, come si trattasse di uomini particolarmente meritevoli. Nessuna meraviglia quindi che questi onori loro tributati li incoraggino a nuovi misfatti, come dimostrato dai più recenti attentati dinamitardi — in particolare quello atroce perpetrato a Cima Val-lona —. C'è solo da meravigliarsi nel constatare da quanto tempo l'Italia assiste pazientemente a questo andazzo.

Ma torniamo ad hoc. Purtroppo l'uomo è portato per natura alla violenza ed alla crudeltà, per cui è necessario anzitutto educarlo, mediante norme morali e legislative, onde inculcargli un reale spirito di umanità, nonché l'amore verso la Natura e verso tutto ciò che è vitale. Ciò rientra nell'educazione morale, è uno dei suoi più nobili principi. Anche questa legge potrà contribuire ad avvicinare gli uomini alla meta, per cui merita già per questo di essere approvata.

L'unica mia osservazione sulla proposta di legge è che essa non è stata sottoscritta da nessun consigliere trentino. La faccenda, infatti, riguarda essenzialmente la provincia di Trento poiché in provincia di Bolzano l'uccellazione non si pratica più già da tempo, per cui l'iniziativa di questa legge sarebbe dovuta in effetti

partire da Trento. I consiglieri trentini potrebbero considerare questo disegno di legge come un'intrusione nelle loro questioni interne e votare contro per puro sentimentalismo politico. Un comportamento del genere sarebbe, in verità, indice di grettezza e potrebbe venire addebitato solo ad un accentuato spirito provincialistico, alla mentalità di coloro che rifiutano la Regione e reclamano una netta divisione fra le Province. Se infatti fra i firmatari figureranno solo i rappresentanti della provincia di Bolzano, solo i consiglieri provinciali, la proposta apparirà davvero come una intrusione nelle faccende della Provincia confinante con la nostra. Ma i firmatari — come poc'anzi ha detto il collega Posch — hanno agito quali consiglieri regionali, e come tali rappresentano quindi l'intera Regione.

Voglia o non voglia il loro disegno di legge è in sostanza un riconoscimento alla Regione. Con la legge in parola dovrebbe venir creata in tutta la Regione, nei confronti dell'uccellazione, una unitaria situazione giuridica, per cui l'interessamento dei proponenti su ciò che avviene in provincia di Trento, non deve venir giudicato negativamente. Si deve anzi guardare a questo interessamento come ad un alto valore positivo, fondato su principi che sono in netta contraddizione con l'abituale politica di astensione e di Apartheid della S.V.P. Quei consiglieri trentini cui sta a cuore che venga in qualche modo mantenuta l'unità regionale, dovranno valutare appropriatamente questo concetto morale ed approvare la legge con la quale si conseguirà in tutta la Regione una unificazione negli usi e costumi relativi all'uccellazione.

Il fatto che attualmente sia in discussione al Senato un disegno di legge concernente altre riforme sulla caccia, legge che prevede il divieto assoluto di uccellazione a partire da fine

marzo 1969, non è un motivo per non proibire fin d'ora l'uccellazione nella nostra Regione. D'altronde non è neppur certo che il suddetto disegno di legge venga approvato da entrambi le Camere del Parlamento: lo potrebbe, ma non è assolutamente cosa certa. In secondo luogo poi, non è giustificabile che la Regione, la quale possiede in materia potere di legislazione primaria, subordini il proprio operato a quello del Parlamento nazionale. Se il Consiglio regionale è, nella sua maggioranza, dell'avviso che questa legge sia buona, sta a lui decidere, senza tener conto di quello che potrà essere il futuro atteggiamento del Parlamento nazionale. Questo è infatti il concetto della legislazione autonoma.

Il presente disegno di legge corrisponde per intero — come ho già detto — alle esigenze ed alle aspettative, se non forse dei cacciatori, certo comunque della maggioranza della popolazione, e ciò non soltanto qui da noi bensì anche nel Trentino, vale a dire molto al di là dei confini della nostra Provincia. Abbiamo appreso che sono stati designati a presentare questo disegno di legge i promotori di associazioni che si trovano fuori dalla nostra Provincia, per cui il Consiglio regionale farà bene ad approvare, senza riserve, la legge in parola. Esso non deve, a mio avviso, lasciarsi sfuggire questa occasione di precorrere molte altre Province; infatti ci è giunto all'orecchio che altre Province e Regioni hanno già vietato l'uccellazione nel loro territorio. La Regione Trentino-Alto Adige vuol dunque proprio arrivare ultima, restandosene ad attendere che sia prima il Parlamento ad approvare una legge analoga? Ritengo che se il Consiglio regionale approverà questa legge, la cosa non potrà che tornare a suo onore.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Vinante.

VINANTE (P.S.U.): No, rinuncio.

PRESIDENTE: Rinuncia. La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, parlo a titolo personale: in sede di commissione ho votato a favore di questo disegno di legge e se la discussione proseguirà voterò ancora a favore di questo disegno di legge. Però sinceramente non mi sento oggi l'animo di star qui a piangere sulla morte dei poveri uccelletti e perciò rinuncio a parlare.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? La parola al dott. Spögl.

SPÖGLER (S.V.P.): Meine Damen und Herren! Ich werd sehr kurz sein, weil ich mir erlauben werde, nur einen Aspekt ganz kurz aufzuzeigen. Viele Kollegen sind der Ansicht, daß es sich bei diesem Gesetzentwurf doch vornehmlich nur um die Befriedigung von einer puren Sentimentalität handele; wir behandeln hier einen Gesetzentwurf, bei dem es um Lebewesen gehe, die doch einer ganz niederen Kategorie angehören, also Lebewesen, die an und für sich doch auf Grund ihrer Entwicklungsstufe kaum etwas spüren oder empfinden; es könne bei diesen Methoden des Vogelfanges höchstens passieren, daß diese Geschöpfe vielleicht einen körperlichen Schmerz empfinden, aber das dürfte doch nicht so tragisch sein. Seelischen Schmerz, so wird häufig

behauptet, könnten diese Tiere, die Vögel, doch überhaupt nicht empfinden und somit schause alles viel grausamer aus, als es in Wirklichkeit ist.

Ich möchte zu diesem Aspekt nur sagen, daß die Tierpsychologen schon lange erkannt und festgestellt haben, daß es sich auch bei den Tieren, und zwar nicht nur bei den Säugern, sondern auch bei den Vögeln um beseelte Lebewesen handelt. Wir wissen aus Versuchen und Beobachtungen, die gemacht worden sind, daß auch die Vögel das Gefühl der Angst kennen. Und ich erlaube mir zu behaupten, daß das Gefühl der Angst, das ja ein seelischer Schmerz ist, schlimmer ist als der körperliche Schmerz, der natürlich auch vorhanden ist. Wir wissen, daß auch bei den Vögeln genauso wie bei den Säugern der gleiche sympathikotonische Zustand eintritt, der im Tiergesicht zum Ausdruck kommt, ein Zustand, der gewöhnlich mit Angst bezeichnet wird. Das Verhalten der Vögel in einer Zwangslage, so wie eben im Netz, ist vor allem vom Fluchttrieb beherrscht, und solange diese Tiere die Möglichkeit zum Flüchten haben, nützen sie diese natürlich aus. Ist die Flucht aber nicht möglich, dann folgt das Tier dem Selbstverteidigungstrieb. Ist weder der Kampf noch die Flucht möglich, so kommt es, wie es die Tierpsychologen ausdrücken, zur Triebhemmung. Und gerade durch diese Triebhemmung, durch die Ausschaltung also des Kampfes und der Fluchtmöglichkeiten wächst in den Tieren das Angstgefühl sehr rasch, und wir wissen alle, daß gerade dieses Angstgefühl viel schlimmer ist als ein bewußter körperlicher Schmerz.

Ich wollte das nur ganz kurz mit wenigen Worten aufzeigen, um zu sagen, daß es sich hier nicht um gewöhnliche Sentimentalität handelt, sondern daß es bei diesem Gesetzentwurf wirklich darum geht, in echter Menschlichkeit

zu handeln und Dinge abzuschaffen, die zivi- lisierte Menschen schon lange nicht mehr be- treiben sollten.

Der Herr Assessor Raffaelli hat bei der Behandlung des Fischereigesetzes der Tageszei- tung « Dolomiten » eins ausgewischt, weil die- se beim Fischereigesetz geschrieben hatte, man solle doch mit der Genehmigung dieses Geset- zes abwarten bis die Neuordnung der Autono- mie zustandekäme, bis also das sogenannte Paket erledigt würde. Er hat dann daraus die Folgerung gezogen, genauso verhielte es sich beim Gesetz, das den Vogelfang betrifft. Herr Assessor! Ich glaube, daß hier ein grundle- gender Unterschied besteht und zwar darin, daß die Kollegen des Trentino den Kollegen der Provinz Bozen in der Zahl überlegen sind; außerdem kommen zu den Kollegen des Tren- tino fast notwendigerweise, politisch gesehen, ein Teil der Kollegen der Provinz Bozen, sodaß es also den Trentinern wohl möglich ist, der Provinz Bozen Gesetze aufzuzwingen, umge- kehrt aber, wie in diesem Falle, uns nicht möglich ist, den Trentinern einen Gesetzent- wurf aufzudiktieren. Deswegen, meine sehr ve- rehrten Damen und Herren, liegen die Dinge doch etwas anders. Wenn Sie diesen Gesetzent- wurf als Trentiner nicht wollen, weil Sie sagen: « Wir lehnen ihn jetzt ab, weil wir diese Din- ge später, wenn wir eine eigene Autonomie haben, in unserem Hause selbst regeln wollen », bitte, dann lehnen Sie diesen Gesetzentwurf eben ab. Die Verantwortung für die Ablehnung dieses Gesetzentwurfs trifft natürlich Sie. Wenn Sie die Dinge, die den Vogelfang in der Provinz Trient betreffen, so belassen wollen, dann müssen Sie sich bei der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs eben dementsprechend verhalten. Wir wollen Ihnen nichts aufdiktiert. Wenn Sie glauben, daß dieser Gesetzentwurf der Bevölkerung des Trentino nicht zugemutet

werden kann, dann müssen Sie eben, unter Erwägung der politischen wie menschlichen Aspekte, Ihre Entscheidung dementsprechend treffen.

Nachdem dieser Gesetzentwurf auch meine Unterschrift trägt, möchte ich noch hinzufügen, daß derselbe von mir aus gesehen zum Unterschied von der Meinung des Kollegen Raffener nicht ein Bekenntnis zur Region darstellen soll, sondern daß wir geglaubt haben, den Trentinern, da sie vielleicht Schwierigkeiten psychologischer Natur hatten, einen dertartigen Gesetzentwurf einzubringen, damit eine Gefälligkeit zu erweisen. Sollte aber das Gegenteil der Fall sein, dann, bitte, haben Sie ja durch Ihre Stimmabgabe die Möglichkeit die Dinge so zu regeln, wie Sie sie als Trentiner wollen und wünschen.

(Signore e Signori! Sarò breve in quanto mi limiterò ad illustrare un solo aspetto della questione. Molti colleghi ritengono, in merito a questo disegno di legge, che si tratti solo di sentimentalismo; stiamo infatti trattando una legge che riguarda, è vero, esseri vitali, ma appartenenti comunque ad una specie delle più piccole, esseri dunque che, dato il loro grado di sviluppo, riescono appena appena a sentire o percepire qualcosa; questi sistemi di uccellazione potrebbero procurar loro, al massimo, forse un dolore fisico, il che non dovrebbe costituire poi una tragedia! La sensazione del dolore morale, questi animaletti, questi uccelli, non sarebbero in grado di percepirlo, contrariamente a quanto si suole spesso affermare, per cui la faccenda non è in realtà così atroce come può sembrare.

Io vorrei, in merito, far solo presente che gli psicologi degli uccelli hanno già da tempo accertato e stabilito che gli animali — e non solo i mammiferi — ma anche gli uccelli sono

esseri vitali dotati di una propria sensibilità. Noi sappiamo come da esperimenti ed esami sia risultato che anche gli uccelli possiedono l'istinto della paura. E mi permetto di affermare che la paura, la quale è appunto una dolorosa sensazione dello spirito, è peggio del dolore fisico, anch'esso presente s'intende. Noi sappiamo che negli uccelli, esattamente come nei mammiferi, subentra la identica condizione di simpaticotonia che negli animali traspare dalla fisionomia, quella condizione interiore, cioè, definita comunemente paura. Nella reazione degli uccelli predomina anzitutto l'istinto di evasione, per cui cercano di sfruttare qualsiasi possibilità di fuga. Non dovessero riuscirvi, subentra nei volatili l'istinto dell'autodifesa. Qualora si trovino nell'impossibilità sia di scappare che di difendersi, si giunge a quello che gli psicologi studiosi del regno animale definiscono impulso inibitorio. E proprio questo impulso inibitorio, queste cadute possibilità di lotta e di difesa, aumenta rapidamente negli animali l'istinto della paura, e noi tutti sappiamo quanto peggiore sia la sensazione della paura, del dolore fisico.

Ho voluto fare queste brevi premesse onde chiarire che qui non si tratta di comune sentimentalismo, ma che agendo in senso altamente umanitario, si intende solo abolire delle cose cui la gente civile non dovrebbe più dedicarsi già da tempo.

Nella trattazione della legge sulla pesca, l'assessore Raffaelli ha dato una solenne lavata di capo ai responsabili del quotidiano « Dolomiten », in quanto sul giornale era riportato che sarebbe stato conveniente, prima di approvare quella legge, attendere la messa a punto del riordinamento dell'autonomia, attendere cioè fino a che fosse conclusa la faccenda del cosiddetto « Pacchetto ». L'assessore Raffaelli ne ha tratto quindi le conclusioni, ed analogamente

si è comportato poi nei confronti della legge relativa all'uccellazione. Signor Assessore! Credo sussista in questo una basilare differenza, la quale consiste nel fatto che i colleghi trentini sono assai più numerosi dei colleghi di Bolzano; inoltre, dato che sotto il profilo politico, i colleghi trentini annoverano nelle loro fila, giocoforza, anche una parte dei colleghi della provincia di Bolzano, ciò li mette ovviamente in condizione di poter imporre l'emanazione di leggi in provincia di Bolzano, mentre, per contro, a noi non è possibile, come appunto in questo caso, di imporre un disegno di legge ai trentini. Pertanto, miei esimi colleghi, le cose non stanno propriamente sullo stesso piano. Se, come trentini, questo disegno di legge non lo volete perché a quanto dite: « lo rifiutiamo adesso in quanto intendiamo regolare la questione più avanti, a casa nostra, allorché disporremo di una propria autonomia », ebbene fate come vi pare! La responsabilità di aver rigettato questo disegno di legge ricade ovviamente su di voi. Visto che secondo voi le faccende relative all'uccellazione in provincia di Trento, devono restare immutate, è ovvio che il vostro comportamento in merito all'approvazione di questo disegno di legge debba conformarsi alle vostre idee. Noi non intendiamo farvi imposizioni. Se credete che non sia accettabile per la popolazione trentina questo disegno di legge, è chiaro che dobbiate, previo attento esame dell'aspetto politico nonché umanitario della questione, decidere in conformità.

Poiché il presente disegno di legge porta anche la mia firma, vorrei soggiungere come esso, secondo il mio punto di vista che si differenzia da quello del collega Raffeiner, non dovesse significare un riconoscimento della Regione, ma che anzi, noi si riteneva, pensando che i trentini si stessero forse dibattendo in difficoltà di natura psicologica, di far loro un favore pre-

sentando un disegno di legge del genere. Qualora le cose stiano diversamente, avete comunque la possibilità, votando, di regolarle come desiderato e richiesto dai trentini.)

PRESIDENTE: La parola al sen. Carbonari.

CARBONARI (A.C.A.): Signor Presidente, egregi colleghi, io saluto con soddisfazione questo progetto di legge che è stato presentato dai colleghi tedeschi del Consiglio regionale. È inutile e mi sembra superfluo aspettare la legge nazionale, quando tutti siamo coscienti che la competenza primaria in materia di caccia e anche della pesca, spetta alla Regione stessa. Io concordo con le idee espresse dagli egregi colleghi dott. Posch e dott. Raffeiner e mi sento in dovere di dichiarare che ho l'impressione che la maggioranza del popolo trentino e specialmente delle categorie dei lavoratori della terra e degli artigiani sono favorevoli a questa legge, che è certamente utile e credo anche necessaria al progresso della nostra agricoltura. Quindi votare a favore di questa legge io credo che sia un onore per la Regione stessa e per i consiglieri regionali che la compongono e che sia assai utile per l'agricoltura di tutta la regione.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? La parola al cons. Jenny.

JENNY (S.F.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß ehrlich sagen, daß wir in unserem Parteiausschuß etwas darüber gelacht und gelächelt haben, daß so ein

Gesetz den Regionalrat beschäftigen soll. Diese schon längst liquidationswürdige Region hätte ganz andere, wesentliche Probleme als den Vogelfang, zu besprechen. Aber da nun einmal das Gesetz besteht, müssen wir auch als politische Gruppe dazu Stellung nehmen.

Wir wollen vorwegnehmen, daß diese Stellungnahme bestimmt kein Bekenntnis zu dieser Region ist, denn wenn die Region nur auf die gemeinsamen Vögel angewiesen wäre — so wie es beinahe den Anschein hat —, dann ist es um sie schlecht bestellt. Wenn wir — als soziale Fortschrittspartei Südtirols — nun von ganzem Herzen diesem Gesetzesantrag zustimmen, so ist es aus der Erkenntnis heraus, daß damit wirklich etwas Positives erreicht werden könnte. Jeder von uns ist sich der Bedrohung der Natur bewußt, die durch den technischen Fortschritt immer größer wird, und wir alle wissen, daß das biologische Gleichgewicht so schwer gestört ist, daß heute z.B. die Wasserversorgung, dieser extrem lebenswichtige Faktor, für uns auf dem Spiel steht. Ich habe das auch in der Kommission betont: Wenn wir diese Dinge behandeln, müssen wir uns auch vor Augen halten, welche gefährliche Schäden nicht allein durch die Jagd, sondern durch bestimmte Chemikalien, durch bestimmte Mittel, die in der Landwirtschaft verwendet werden, unseren Vögeln, unseren Bienen, unseren Insekten, die gerade für dieses biologische Gleichgewicht in der Natur entscheidend sind, zugefügt werden.

Nun, um ganz kurz zu bleiben: wir unterstützen durchaus diesen Gesetzesantrag. Wir sind der Meinung, daß heute kein Grund mehr besteht Vögel auf diese Art zu fangen oder zu schießen und daß die Leute, die solchen — möchte ich sagen — Emotionen nachgehen, dessen wirklich nicht mehr bedürfen. Es besteht keine Rechtfertigung mehr dafür, und

es entspricht einem allgemeinen humanitären Gefühl, das für alle Menschen gleich sein sollte, solche Exzesse effektiv abzustellen. Diese Serien von Vögeln, die in Trient am Markt ausgestellt sind, ergeben wirklich ein grausames Bild. Ich glaube, daß auch die Trentiner Kollegen dieser Meinung durchaus zustimmen werden und ich erinnere daran, daß namhafte, wichtigere und größere Leute, als wir es sind, für diese Sache gekämpft haben; ich erinnere an den langwierigen Kampf, den ein Axel Munte auf der Insel Capri vor 50 Jahren geführt hat, um solche unnütze, sinnlose, möchte ich sagen, unerklärliche Überbleibsel aus früheren Zeiten zu beseitigen. Also die Soziale Fortschrittspartei tritt unmißverständlich aus humanitären Gründen, die mit der Region überhaupt nicht zu tun haben, für die Abschaffung des Vogelermordes ein.

(Signor Presidente! Signore e Signori! Devo confessare che in seno al nostro Partito abbiamo un poco riso e un po' sorriso per il fatto che il Consiglio regionale debba occuparsi tanto di una legge del genere. Questa Regione, che andrebbe liquidata già da tempo, avrebbe tutt'altri problemi di sostanziale importanza da discutere, anziché l'uccellazione. Ma visto che la legge ormai c'è, dobbiamo pure noi, quale gruppo politico, prendere posizione in merito.

Desideriamo premettere che questa nostra presa di posizione non vuole certamente essere un riconoscimento della Regione, poiché qualora l'importanza della Regione stessa fosse subordinata solo al destino degli uccelli — almeno a quanto quasi, quasi può sembrare — sarebbe proprio mal combinata. Se noi, quale Partito social-progressista sudtirolese, approveremo di tutto cuore questa legge, lo faremo partendo esclusivamente dalla considerazione che con ciò si possa veramente conseguire qualcosa

di positivo. Ognuno di noi è consapevole del pericolo che minaccia la Natura, pericolo che va aumentando con il progredire della tecnica moderna, e tutti sappiamo, altresì, che l'equilibrio biologico ne sta risentendo fino al punto che oggi giorno è in gioco, ad esempio, quel fattore estremamente importante ai fini dell'esistenza, costituito dall'approvvigionamento idrico. Questo io l'ho sottolineato anche in sede di commissione; trattando tali problemi dobbiamo necessariamente tenere presente quali pericolosi danni vengano apportati non soltanto dalla uccellazione, bensì anche da determinate sostanze chimiche, usate nel settore dell'agricoltura, ai nostri insetti, che rappresentano elementi di vitale importanza ai fini appunto dell'equilibrio biologico.

Dunque, per farla breve: noi appoggiamo incondizionatamente questo disegno di legge poiché siamo del parere che non vi sia più motivo, oggi come oggi, di uccidere, mediante sistemi del genere o con il fucile, tutti questi uccelli, e che coloro i quali si abbandonano, diciamo così, ad emozioni del genere possono ormai davvero farne a meno. Infatti non sussiste in merito alcuna giustificazione, per cui l'abolizione di tali eccessi si conferma ad un generale principio umanitario che dovrebbe essere rispettato in egual misura da tutti. Quella serie di uccelli esposti al mercato di Trento è veramente orribile a vedersi. Credo che anche i colleghi trentini condideranno appieno questa opinione, e vorrei ricordare a proposito che persone di grido, certo più importanti di noi, hanno lottato per questa faccenda; basti ricordare la lotta sostenuta 50 anni fa, nell'isola di Capri, da Axel Munte e protrattasi per 4 anni, al fine di eliminare un tale inutile, insensato e, vorrei dire, inspiegabile residuo d'altri tempi. Il Partito sudtirolese social progressista dunque, per inequivocabili motivi umanitari che

nessuno ha a che vedere con la Regione, si dichiara pertanto favorevole al divieto di uccellazione.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore Raffaelli.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Io vorrei dire, preliminarmente, per inquadrare la risposta, che vorrei fosse piuttosto breve — cercherò di tenerla breve — che c'è un'impostazione data dai colleghi presentatori e sostenitori di questo disegno di legge che va rifiutata. Esplicitamente, più o meno, si è cercato di istituire una contrapposizione fra buoni e cattivi, fra moderni e retrivi, a seconda di coloro che appoggiano o, si presume, non appoggiano questo disegno di legge o comunque il fine a cui il disegno di legge tende. Si è parlato addirittura di civiltà, e quindi si è inteso contrapporre gente civile a gente incivile o barbara, di sensibilità, quindi contrapposizione fra astinenti e continenti e ghiottoni. Signori, è da rifiutare sicuramente questo tipo di discorso, perché né la Giunta né altri, io penso, che non condividano il progetto di legge in discussione, possono essere chiamati in causa, né come poco buoni, né come incivili, né come ghiottoni, anche se il peccato di aver fruito di qualche pasto di uccelletti, probabilmente l'abbiamo commesso tutti quanti. Ma da questo a questa rappresentazione manichea del mondo pro o contro il disegno di legge di iniziativa di alcuni colleghi della S.V.P., c'è una distanza enorme, incolmabile. Io penso che sia il caso di ridimensionare, di vedere il progetto di legge nella sua reale portata, per cui non è il caso di eccitarsi e di evocare distinzioni di questo tipo; senza

voler svalutare pregiudizialmente gli argomenti e la nobiltà anche delle intenzioni dei proponenti, dico che la cosa va diversamente dimensionata. Perché è facile fare i « De Amicis » in questa materia. Ma vi pare che non saremmo capaci tutti di fare della cattiva letteratura sentimentale in materia di uccelletti, di queste graziose creature di Dio? Il collega Posch ha volutamente usato più volte questa definizione. Ma forse che i ranocchi non sono creature di Dio? Forse che i conigli, le lepri, non sono creature di Dio, se sono creature di Dio gli uccelli? Io penso che tutte, indistintamente, le creature viventi . . .

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): E le vacche in India sono sacre!

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): E le vacche in India sono addirittura sacre, comunque, senza essere induisti, dobbiamo considerarle alla stessa stregua. Quindi c'è tanto dell'artificioso in questa sottintesa polemica, che va tolto di mezzo, che va sgonfiato, perché diversamente, signori, non esaminiamo il problema nei suoi termini. Si sono messe le mani avanti, dicendo: non è che facciamo del sentimentalismo, non dovete dirci che facciamo del sentimentalismo. Io non ve lo dico, ma io vi dico che la mia ragione — e non sono uno sterminatore di uccelletti, se lo sono stato in misura molto moderata e modesta, da giovane, ho fatto anche ammenda onorevole, son disposto a farla; personalmente non sono con loro che vogliono perpetuare la uccellazione — ma dico, il mio raziocinio, per quanto modesto, si rifiuta di ritenere crudeltà, barbarie, inciviltà l'uccisione degli uccelli fino alla misura del

tordo, secondo il primo disegno di legge, e non più dalla misura del tordo in su, fino ai corvidi, secondo la misura attuale, e non dai corvidi in su, perché evidentemente tutte le leggi di psicologia degli animali, che sono state invocate qui dentro dal collega Spögler, come gli altri argomenti, valgono sicuramente, indipendentemente dalla misura dell'uccello e indipendentemente dalla possibilità di utilizzazione del volatile medesimo, signori. Perché l'oca è sicuramente un uccello, la gallina, il gallo, il pollo sono uccelli e nessuno ha mai posto questo problema. Ora, signori, è un problema di carattere sentimentale, che come tale ha diritto di cittadinanza come gli altri problemi, ma non si gabelli per un problema di altra natura. È un problema di carattere sentimentale, di fronte al quale mi levo tanto di cappello. Non è un problema di equilibrio biologico, sicuramente, perché è stato dimostrato che quando l'uccellazione era permessa su larghissima scala c'erano più uccelli di oggi. È dimostrato che i problemi della diminuzione degli uccelli esistono indipendentemente dal permesso o no di catturarli. Guardate il caso delle rondini, che non si catturano neanche dai barbari italiani, in nessun posto, e sono largamente diminuite e in continua diminuzione anche nel nostro paese. Vedi anticrittogamici, vedi igiene — guarda caso — igiene crescente, nutrimento calante per le rondini. Leggi di natura. Noi ci laviamo di più, ci teniamo più puliti, puliamo le strade, puliamo le case, viviamo in maniera più civile di quanto vivevamo vent'anni fa, e le rondini decrescono perché non trovano il loro cibo nei letamai, non trovano il loro cibo in quello che i letamai e la sporcizia producevano: zanzare e mosche. Ho detto anticrittogamici, ho detto veleni. Evidentemente il problema va posto in questi termini. Sono state dette delle cose che forse era meglio non scomodare, perché quando

si vuol convincere qualcuno, non gli si deve pestare sui piedi. Ora questo qualcuno, che siamo noi, parte del popolo italiano chiamato in causa, non ama sentirsi chiamare in causa dagli svizzeri che stampano i manifesti a nostra vergogna, perché a quegli svizzeri, signori, noi chiediamo di avere comprensione, prima che per gli uccelli, per gli uomini, per i lavoratori italiani, che sono in Svizzera sfruttati in mille maniere. E vi sono state denunce circostanziate circa ignobili sfruttamenti, sugli alloggiamenti, per esempio; ne sono nati scandali, noti in tutta Europa. A questi signori svizzeri, prima di insegnarci come si difendono gli uccelli, chiediamo di smettere di fare i razzisti, perché è noto che in Svizzera ci sono dei movimenti politici nettamente razzisti, i quali dicono: facciamo senza di quello che ci serve di manodopera italiana, greca, spagnola, ecc., purché se ne vadano via, perché sono razze inferiori. E dovremmo commuoversi e muoverci di fronte al richiamo che ci venga della nostra barbarie, perché in Italia è permessa l'uccellazione? Scegliete diversamente gli argomenti, per piacere, perché sono argomenti che possono indurre a reazioni diverse da quelle che vi aspettate. E soprattutto io dico: proporzione, senso delle dimensioni, senso della realtà. I paesi civili non praticano l'uccellazione e la caccia agli uccelli? Ebbene, l'Italia consente l'uccellazione e la caccia, però ha dato, e lasciatemelo dire, non sono nazionalista, non credo di poter essere tacciato di ciò, non mi agito per queste cose, ma quando mi si viene a mettere sotto il naso l'esempio di civiltà di chi non pratica l'uccellazione, non posso non dire che l'Italia ha dato migliaia di esempi di altissima civiltà, quando altri, che non praticavano l'uccellazione, erano nella barbarie, o erano risprofondati nella più nera e più orribile delle barbarie. E lasciamo stare questo tipo di richiami. Lasciamo lì il problema nei

suoi termini, senza fare confronti e raffronti, perché altrimenti, ripeto, io vi pongo il problema dell'uccisione degli agnelli e vediamo chi di voi è capace di dimostrarmi che lo sgozzamento di un agnello belante è qualche cosa di meno crudele, di meno barbaro che una schioppettata ad un uccello. E poi nelle citazioni letterarie: le avevo tirate fuori le lettere di Machiavelli, e poi ho rinunciato a portarle qui, perché mi avreste detto: in fondo cosa ce ne importa se Machiavelli, quattrocento anni fa si divertiva ad andare a uccellare? Però era un uomo non sicuramente barbaro; era un uomo di altissima civiltà, Nicolò Machiavelli, di altissimo sentire, eppure scriveva compiaciuto, nelle lettere ai familiari e agli amici, delle sue partite di caccia non so se nel Casentino, mi pare, o nella valle del Mugello, sulle colline appenniniche; e si divertiva un mondo e non si poneva problema di umanità, di civiltà o di altro. Quindi son tutti argomenti che io considero inconfidenti. Il problema, ripeto, esiste in se stesso. È meglio non uccidere gli uccelletti. Su questo, signori, sfondate una porta aperta. O comunque è meglio, quanto meno, evitare quel tipo di uccellazione che va sotto il nome di uccellazione vera e propria con reti. Perché? Perché siamo d'accordo in molti, ormai è d'accordo la coscienza del legislatore nazionale che è un tipo di passatempo superato; siamo d'accordo, per esempio, che non si deve consentire che questo passatempo si trasformi in un commercio, o sia nello stesso tempo che un passatempo anche un guadagno e un commercio. Siamo d'accordo che ci sono altri modi di passare il proprio tempo, ma bisogna tener conto anche di altri aspetti del problema, come quello del fatto che si tratta di una tradizione per il Trentino. Di una tradizione che va lentamente scomparendo, con l'aiuto anche dell'amministrazione, che già da anni ha po-

sto delle restrizioni drastiche: la non concessione di nuove licenze, la eliminazione completa, già da anni nel Trentino, di tutte le postazioni di uccellazione, sui valichi e ad altitudini superiori ai 1.000 metri. Verrà proposto, con ogni probabilità, un ordine del giorno, che la Giunta accetta, un ordine del giorno che invita la Giunta a ulteriormente limitare le concessioni. Io l'avevo già detto in commissione che si può fare con atto amministrativo. Vogliamo che questa gente la smetta così, in pace, senza eccessivi traumi? Il trauma di un anziano uccellatore io lo considero altrettanto degno di considerazione quanto il trauma della sua vittima, quanto meno il trauma della sua vittima. E lo considero effettivamente un trauma. Voi così rispettosi delle tradizioni, indipendentemente dal fatto se siano consone o no coi tempi moderni, rendetevi conto che valgono anche nella vicina provincia di Trento per certa gente; gente abituata da decenni a considerare lecito, ad avere come unico svago questo. Riduciamolo a puro e semplice svago, oneroso finanziariamente perché, guardate, voglio darvi un'idea di che cosa costa questo capriccio. La sezione di Trento della Federazione della caccia ha incassato quest'anno, avendo fatto anticipare per ragioni di cassa il pagamento dei canoni ai cacciatori e agli uccellatori, ha già avuto 2 milioni 563 mila 700 lire dai titolari dei roccoli e 440 mila e 100 lire dai titolari delle reti a copertone. Se questi signori si vedranno, tra quindici giorni, un mese, un decreto della Giunta regionale che riduce a pochi metri quadrati le reti consentite, con ogni probabilità, o chiederà il rimborso della quota già versata e rinuncerà all'uccellazione, oppure insisterà, dimostrando con ciò di accontentarsi effettivamente di questo limitato uso delle reti con un onere pari a quello degli anni scorsi, quando queste limitazioni non c'erano. Questo

è praticamente l'orientamento della Giunta, che non è pregiudizialmente contrario. Se non ci fosse il disegno di legge parlamentare, approvato ieri dal Senato con qualche modifica e quindi destinato a tornare alla Camera, che secondo ogni previsione lo dovrebbe approvare tale e quale, nei prossimi mesi, se non ci fosse quindi la prospettiva, tassativamente indicata in quel disegno di legge, di chiusura definitiva della uccellazione in tutto il territorio nazionale col 1969, potrebbero valere i ripetuti appelli alla iniziativa autonoma della Regione. Potremmo cioè dire: non guardiamo quello che si fa altrove; facciamolo noi e diamo il buon esempio. Ma c'è un fatto particolare che non avete voluto considerare, ed è questo: che non si tratta di regolamentare in maniera diversa la caccia agli animali stanziali, o la pesca ai pesci che non emigrano, il che potrebbe essere fatto, ed è già in parte fatto, con regole ben diverse da quelle vigenti in campo nazionale. Basta guardare, per esempio, il divieto di caccia col fucile a pallettoni al capriolo; basta guardare lo stesso calendario venatorio, che è diverso dal calendario venatorio delle altre province e regioni; basta guardare una serie di altre limitazioni poste dalla Regione autonoma in materia di caccia e di pesca. Ma qui qual è la differenza? Che in tema di caccia generica, agli animali più grandi che non siano gli uccelli, agli animali stanziali e in materia di pesca, il sacrificio, l'autodisciplina o la disciplina imposta ai cacciatori e pescatori locali ridonda in definitiva a loro vantaggio, o ridonda a vantaggio di tutta la collettività perché si traduce in un arricchimento del patrimonio faunistico, mentre se noi facciamo delle restrizioni in materia di uccellazione, alle quali non corrispondano restrizioni analoghe in campo nazionale, noi regaliamo un po' più di selvaggina, di uccelli, agli uccellatori di Brescia, di

Verona, di Belluno e di Sondrio. Non ci si scappa. L'unico risultato sarebbe imporre un sacrificio ai nostri concittadini, senza un corrispettivo vantaggio che non sia per gli uccellatori delle province finitime. Ed è l'aspetto che più ha dato fastidio e più dà fastidio agli interessati, i quali dicono: il giorno in cui la disciplina sarà nazionale, pazienza, ci dispiacerà, ma non faremo niente per protestare. Faranno la protesta sui giornali, faranno quel che vogliono, faranno i comitati di difesa che ci sono già; affar loro, lo fanno tutti i cittadini del mondo, però sanno che la partita sarà chiusa e lo accetteranno anche con una certa tranquillità. Quello che veramente li infastidisce, e che io trovo giustificato, è il fatto che noi con questa restrizione diamo un gratuito, ma completamente gratuito e inutile buon esempio. Dico inutile perché lo Stato non ha bisogno di questo buon esempio, avendo già praticamente votato ieri in un ramo del Parlamento questa fine dilazionata, e non di molto, della uccellazione. E anche il discorso sulla iniziativa regionale: non è che la Giunta rinunci a una iniziativa possibile e buona nelle sue prerogative della sua facoltà legislativa; lo sappiamo che avremmo potuto farlo anche prima, ma a questo momento è proprio voler precedere di una incollatura il Parlamento nazionale, dando soltanto dei dispiaceri ad alcuni pochi — perché sappiamo tutti che sono alcuni pochi — appassionati di questo che non definisco né sport, né divertimento, né altro, di questa attività, che ha avuto diritto di cittadinanza in tutto il mondo civile fino a pochi anni fa o fino a pochi decenni fa. Quindi mi pare di aver detto le cose essenziali che si dovevano dire per illustrare l'atteggiamento della Giunta, che, ripeto, non è pregiudizialmente contrario, perché evidentemente il problema è un problema maturo nell'aria. Io questo sono

andato a dirlo anche per smentire certi discorsi circa gli interessi, circa il timore di affrontare determinate reazioni. Personalmente — consentitemi questa nota di carattere personale — sono forse il più vicino per estrazione sociale, se volete, per origine, per *Geburtsort*, se si dice così, o per il luogo di nascita e per tante altre ragioni a chi difende ancora questo tipo di attività. Eppure io sono andato all'assemblea generale dei cacciatori trentini, meno di un mese fa, e glielo ho detto tranquillamente: rassegnatevi, se non dovesse passare il disegno di legge di iniziativa consiliare dei colleghi della S.V.P. oggi, passerà un altr'anno, perché passerà anche con il voto di molti, se non di tutti i consiglieri non di lingua tedesca. Fate conto che questa è una sopravvivenza di tempo ormai molto limitata. Quindi non è che noi abbiamo questo fastidio. Vogliamo soltanto evitare — e ci pare giusto evitare — di procedere con eccessiva celerità e in maniera brusca, dato che la prospettiva è già fissata dal progetto di modifica del testo unico sulla caccia in campo nazionale, il quale verrà a sistemare le cose in maniera uguale, e io direi equa in questo caso, per tutto il territorio della nazione.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa.

È stato presentato un ordine del giorno, che dice: « *Il Consiglio regionale, ai termini della discussione generale del progetto di legge n. 60,*

considerato che è in approvazione al Parlamento un progetto di legge tendente ad aggiornare la disciplina della caccia e dell'uccellazione su scala nazionale,

tenuto conto che è logico armonizzare la disciplina in materia di caccia sul territorio regionale col resto del territorio nazionale,

sopraffiede al passaggio alla discussione articolata del disegno di legge e invita la Giunta regionale ad approntare per la prossima stagione venatoria un regolamento che preveda la limitazione delle dimensioni delle reti in attesa dell'abolizione dei roccoli prevista per la primavera del 1969, abolizione sulla quale il Consiglio regionale concorda ».

Chi chiede la parola su questo ordine del giorno, firmato da Manica, Vinante, Martinelli?

La parola al cons. Manica.

MANICA (P.S.U.): Signor Presidente, due parole solamente perché mi pare che l'ordine del giorno in sé sia sufficientemente chiaro e che non meriti quindi essere illustrato con abbondanza di particolari. Comunque mi pare di dover sottolineare che l'ordine del giorno accoglie nella sostanza e nello spirito l'abolizione di un sistema di uccellazione qual è quello dei roccoli, ma che lo subordina in certo qual senso e lo trasferisce nel prossimo futuro, proprio in previsione della legge in campo nazionale. Le argomentazioni che a questo proposito ha portato il signor assessore adesso nella sua replica, mi esimono dall'illustrare ulteriormente la cosa, perché io sono perfettamente d'accordo con le argomentazioni che sono state fin qui esposte dall'assessore competente.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Ho già dichiarato che la Giunta accetta l'ordine del giorno. Forse è opportuno precisare che l'intenzione è quella di porre le seguenti limita-

zioni su di una dimensione media corrente di 100 m. di roccolo, qual è quella pratica attuale: ridurle a 40 m. per le reti a copertone, cioè quelle orizzontali, che fino ad oggi sono state senza limiti, cioè potevano essere estese nel raggio di 300 m. dal capanno, porre la limitazione di due coppie, il che vuol dire nella pratica ridurre più o meno a un quarto o un quinto di quelle che erano attualmente. Questo per la stagione prossima, che è l'autunno 1967, anno corrente.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'ordine del giorno? La parola al dott. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Die Tagesordnung ist sehr geschickt verfaßt, weil man mit ihr der eigentlichen Frage aus dem Wege gehen will. Sicherlich ist in der Tagesordnung manches enthalten, was gegenüber der heutigen Lage einen Fortschritt bedeutet. Nur eines können Sie von uns nicht verlangen: daß wir mit der Behandlung eines Regionalgesetzentwurfs zuwarten bis ein nationales Gesetz genehmigt ist. Sie alle wissen, daß wir auf diesem Sachgebiet primäre Gesetzgebungsbefugnis haben. In den letzten Tagen hat sich die Region, auch seitens des Präsidenten Dr. Dalvit in Rom energisch gegen eine Einschränkung der Gesetzgebungsbefugnisse auf gewisse Sachgebiete verwahrt. Nun verstehen wir beim besten Willen nicht, daß wir von uns aus mit einer Tagesordnung auf die Gesetzgebungsbefugnis verzichten sollen um ein Gesetz auf nationaler Ebene abzuwarten. Das ist gegen den Geist der Verteidigung der autonomen Rechte. Deswegen wird die Fraktion der Südtiroler Volkspartei gegen die Tagesordnung stimmen.

(Signor Presidente! Colleghe e Colleghi! L'ordine del giorno è redatto in maniera assai abile, tale da consentire cioè di scansare la questione vera e propria. Certo esso contiene qualcosa che, nei confronti dell'attuale situazione, rappresenta già un progresso. Vi è una cosa però che non potete pretendere da noi e cioè, che per discutere un disegno di legge regionale noi si debba attendere fintanto che non venga approvata una legge nazionale. Voi tutti sapete come noi si abbia in questa materia la competenza di legislazione primaria. Negli ultimi giorni pure la Regione ha protestato, a Roma, anche a nome del Presidente dott. Davit, contro una limitazione delle competenze legislative nei confronti di determinate materie. Non riusciamo quindi, pur con la miglior volontà, a comprendere il perché noi si debba spontaneamente rinunciare, mediante un ordine del giorno, alla competenza legislativa per attendere una legge nazionale. Questo è contrario ai principi che regolano la difesa del diritto autonomo. La S.V.P. voterà pertanto contro l'ordine del giorno.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Presidente, non riesco sinceramente a capire quali sono state le preoccupazioni dei consiglieri proponenti l'ordine del giorno, quali siano state le preoccupazioni che han dettato la presentazione del documento. Perché evidentemente alla fine della discussione generale il Presidente del Consiglio mette in votazione il passaggio o meno alla discussione articolata: il Consiglio si esprime con voto manifesto se ha da essere discussa la legge o se la legge non ha da essere discussa. Dopo di che si ottiene esattamente lo stesso risultato che si ottiene votando l'ordine

del giorno proposto all'attenzione del Consiglio regionale, perché con esso noi chiediamo di non passare alla discussione articolata, quando già c'è previsto dal Regolamento che questo debba necessariamente avvenire su manifestazione del Consiglio. E io ho una strana impressione, e cioè che quelle famose cortesie o quelle famose regole di civiltà, cui prima con amabile spirito l'on. assessore preposto alla materia faceva cenno allorché discuteva delle lettere di Machiavelli o della opinione dei letterati italiani sulla uccellazione, si siano impadronite anche delle nostre attività legislative, per cui nella tema magari di poter offendere lo spirito sensibile di qualcuno o di poter determinare drammi e patemi d'animo perché una legge viene respinta, si presenta un ordine del giorno che attua esattamente quello che il regolamento già prescrive che venga attuato. Per cui veramente io non riesco a capire quale sia stato il motivo, se non questo desiderio di essere essenzialmente amabili, che ha spinto i presentatori dell'ordine del giorno a presentarlo.

PRESIDENTE: La parola al dott. Jenny.

JENNY (S.F.P.): Herr Präsident! Auch im Namen der gesamten gemischten Gruppe möchte ich betonen, daß wir auf der Behandlung dieses Gesetzesantrages beharren. Wir sehen wirklich nicht ein, warum wir, auch wenn die Angelegenheit auf nationaler Ebene behandelt werden soll, hier nicht jetzt schon klare und objektive Verhältnisse schaffen sollen. Warum die Sache noch hinausziehen? Das ist mir unverständlich. Ich möchte dazu folgendes sagen: Herr Assessor, ti rispondo francamente in italiano per chiarire le cose. L'Assessore Raffaelli ha detto delle cose che mi sono dispiaciute. Ha fatto una contrapposizione non

voluta fra sudtirolesi e trentini. Ora io conosco nel Trentino moltissima gente che francamente non approva per nessun motivo la uccellazione. Perciò non diamo un carattere nazionale agli uccelli che, poveretti, non ce l'hanno. E poi dice, l'unico svago sia la caccia . . .

(Unterbrechung).

JENNY (S.F.P.): . . . L'unico svago sia la caccia agli uccelli. Va bene, Raffaelli, io mi convinco che Trento sia un po' morta, un po' chiusa e che Bolzano potrebbe sembrare una « Brodway » al confronto di Trento. Ma proprio questo potrebbe essere motivo per un'iniziativa che tu potresti prendere per creare qualche svago in più e non solo dire che l'unico svago per i trentini nel 1967 sia la caccia agli uccelli. Non mi sembra che questo si possa prendere sul serio. Also aus diesen eindeutigen Gründen möchte ich im Namen der gemischten Gruppe darauf beharren, daß dieser Gesetzesantrag abgestimmt wird.

(Signor Presidente! Vorrei sottolineare, anche a nome dei complessivi gruppi misti, che noi insitiamo sulla trattazione di questo disegno di legge. Non vediamo il motivo per cui, anche se la questione deve essere discussa su piano nazionale, non debbano potersi creare, fin da adesso, dei rapporti chiari ed obiettivi. Perché prostrarre la faccenda? Ciò mi resta proprio inspiegabile. In merito io vorrei dire quanto segue: Signor Assessore, ti rispondo francamente in italiano per chiarire le cose. L'Assessore Raffaelli ha detto delle cose che mi sono dispiaciute. Ha fatto una contrapposizione non voluta fra sudtirolesi e trentini. Ora io conosco nel Trentino moltissima gente che francamente non approva per nessun motivo la uc-

cellazione. Perciò non diamo un carattere nazionale agli uccelli che, poveretti, non ce l'hanno. E poi dice, l'unico svago sia la caccia . . .

(Interruzione).

JENNY (S.F.P.): . . . L'unico svago sia la caccia agli uccelli. Va bene, Raffaelli, io mi convinco che Trento sia un po' morta, un po' chiusa e che Bolzano potrebbe sembrare una « Brodway » al confronto di Trento. Ma proprio questo potrebbe essere motivo per un'iniziativa che tu potresti prendere per creare qualche svago in più e non solo dire che l'unico svago per i trentini nel 1967 sia la caccia agli uccelli. Non mi sembra che questo si possa prendere sul serio. Per questi inequivocabili motivi, dunque, vorrei, a nome dei gruppi misti, insistere a che si approvi il presente disegno di legge.)

PRESIDENTE: Io dico una cosa: che il passo che dice: « soprassiede al passaggio alla discussione articolata », questo deve sparire dall'ordine del giorno. Noi votiamo separatamente il passaggio alla discussione articolata, perché è previsto dal Regolamento. Non si può introdurre questo in un ordine del giorno. Rimane poi la seconda parte: « invita la Giunta regionale ad approntare per la prossima stagione venatoria un regolamento che preveda la limitazione delle dimensioni delle reti in attesa dell'abolizione dei roccoli prevista per la primavera del '69, abolizione sulla quale il Consiglio regionale concorda ».

La parola al cons. Vinante.

VINANTE (P.S.U.): La motivazione della presentazione dell'ordine del giorno era proprio quella di invitare la Giunta a emanare un regolamento che disciplini l'uso dei roccoli e della caccia in modo di non creare dei conflitti, dei contrasti aspri sia nei confronti dei cacciatori, sia nei confronti dei protezionisti. Ora che cosa si è voluto con quell'ordine del giorno? È esatto il dire che è prevista nel Regolamento la votazione del passaggio alla discussione articolata, ma con l'ordine del giorno si invitava il Consiglio a soprassedere alla discussione articolata, però impegnando la Giunta ad emanare un regolamento che soddisfacesse le esigenze dei presentatori. Ora io dico che si può anche togliere la parte del rinvio, ed eventualmente lasciare quella riferentesi all'impegno della Giunta. Per parte mia io sono d'accordo; non so cosa ne pensa il cons. Manica. Io mi ero preparato a parlare su questo progetto di legge e ho rinunciato per non dilungare molto la discussione. Un'unica cosa che non mi pare valida è quella di dire: sì, abbiamo la competenza autonomista, è una competenza nostra, noi non dobbiamo seguire quello che è dello Stato. No, non è questo il solo argomento. La valutazione è una valutazione di fondo, in quanto noi diciamo: non dobbiamo avvalerci di una competenza autonomista per creare, nell'ambito della provincia di Trento soprattutto, questi conflitti che purtroppo creano dei disagi, delle reazioni. Vediamo se si può avvalersi delle competenze autonomistiche, soprattutto per creare qualche cosa che crei un'armonia, che migliori le situazioni di vita delle nostre popolazioni. Ora non è che noi diciamo: non rinunciamo. Noi diciamo: dato che lo Stato ha in previsione, anzi è stato approvato ieri, pubblicato stamattina attraverso il giornale radio, il progetto nazionale, diciamo: perché noi dobbiamo essere i primi del-

la scuola e creare questi conflitti? Fra un anno, fra due anni, tutta la popolazione italiana, quindi sia i protezionisti, sia i cacciatori, saranno posti sullo stesso piano senza creare delle diversità di trattamento. Questo vorrei dire. Quindi mi pare che dovrebbe essere accettato l'ordine del giorno, perché ha questa specifica intenzione.

PRESIDENTE: Io metto in votazione l'ordine del giorno, senza la frase: « soprassiede al passaggio ». Chi è d'accordo con questo ordine del giorno?

VOLGGER (S.V.P.): Ich möchte den Präsidenten bitten, noch einmal zu sagen, wie die Tagesordnung jetzt genau lautet.

(Vorrei pregare il Presidente di ripeterci come vada ora inteso esattamente l'ordine del giorno.)

PRESIDENTE: Lo rileggo: « Considerato che è in approvazione al Parlamento un progetto di legge tendente ad aggiornare la disciplina della caccia e dell'uccellazione su scala nazionale, tenuto conto che è logico armonizzare la disciplina in materia di caccia sul territorio regionale col resto del territorio nazionale, invita la Giunta regionale ad approntare per la prossima stagione venatoria un regolamento che preveda la limitazione delle dimensioni delle reti in attesa dell'abolizione dei roccoli prevista per la primavera del '69, abolizione sulla quale il Consiglio regionale concorda ».

Chi chiede ancora la parola? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, non è possibile mettere in votazione questo ordine del giorno, lo creda, perché per la prima parte, che è stata tolta, ha già detto esattamente il collega Ceccon e lei ha riconosciuto che era improponibile. Votare questa parte residua, anzi tutto il testo dell'ordine del giorno, significa già presupporre, il che è anche possibile visti gli orientamenti, che il disegno di legge sia respinto in sede di passaggio alla discussione articolata. Per cui io propongo — questa è una questione di regolamento che va chiarita — questo: passiamo alla discussione articolata, il disegno di legge cade, questi stessi contenuti di proposte che i presentatori hanno riassunto nell'ordine del giorno lo presentino con una mozione, e la discutiamo, e la mozione impegna la Giunta. Questa è la procedura corretta. Altrimenti che cosa facciamo noi qui? Approviamo un ordine del giorno che dice alla Giunta di regolamentare in un determinato modo le reti per la cattura degli uccelli e stiamo ancora discutendo, per cui ipoteticamente potremmo anche approvare una legge che addirittura abolisce la uccellazione con le reti. Questa è una assurdità. Che cosa si perde? Si perdono dieci giorni di tempo; si rappresenta, in dieci giorni si discute la mozione e trovate evidentemente il consenso di tutti, una volta che questa legge non è passata. Questa mi pare la logica delle cose.

PRESIDENTE: Io direi che ogni consigliere ha il diritto di presentare un ordine del giorno attinente alla materia in discussione. E poi, vada come vada questo disegno di legge, si approvi o non si approvi, vale sempre che la discussione del disegno di legge costituisca un procedimento esattamente disciplinato dal regolamento interno, vale a dire che pertanto,

estinto il procedimento a seguito di una votazione negativa, per il Consiglio sono estinti anche gli atti parziali o incidentali del procedimento stesso.

CORSINI (P.L.I.): E allora cade anche questo!

PRESIDENTE: Dopo cade. Dopo cade, è chiaro.

La parola al dott. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube auch, daß dieses Verfahren nicht unserer Geschäftsordnung entspricht. Es versteht sich von selbst, daß man mit dieser Tagesordnung den Gesetzesantrag als solchen zu Fall bringen will. Dann wäre es doch einfacher, zuerst abzustimmen, ob man zur Diskussion der Artikel übergehen soll oder nicht. Ich bringe nun den Antrag ein, daß zuerst über die Diskussion der einzelnen Artikel abgestimmt wird.

PRESIDENTE: Non si può più presentare ordini del giorno.

VOLGGER (S.V.P.): Gut, dann geht es also verfahrensmäßig nicht mehr. Aber ich bestehe darauf, daß zuerst darüber abgestimmt wird, ob wir die Artikel des Gesetzes behandeln sollen. Wenn ja, dann würde sich die Tagesordnung erübrigen. Das ist doch ganz klar. Erst wenn der Übergang zur Diskussion der Artikel abgelehnt wird, dann hat diese Tagesordnung einen Sinn.

(Signor Presidente! Colleghe e Colleghi! Credo che questo procedimento non sia conforme all'ordine del giorno. È chiaro che con il presente ordine del giorno si intende far cadere il disegno di legge. Sarebbe più semplice, perciò, votare se si debba, o meno, passare alla discussione degli articoli. Io propongo solo che si voti anzitutto sulla discussione dei singoli articoli.)

PRESIDENTE: *Non si può più presentare ordini del giorno.*

VOLGGER (S.V.P.): *Bene, secondo il procedimento non è dunque più possibile. Però io insisto a che si decida, mediante votazione, se si debbano trattare gli articoli di legge. In caso affermativo si renderebbe superfluo l'ordine del giorno. Solo qualora venga rifiutato il passaggio alla discussione degli articoli, questo ordine del giorno potrà avere un senso.)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Herr Präsident! Ich glaube, die logischste Auslegung des einschlägigen Artikels der Geschäftsordnung ist die, daß zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen werden kann. Derselbe besagt, daß sofern ein Gesetz abgewürgt werden soll, eine entsprechende Tagesordnung eingebracht werden kann. Wenn ich also die Behandlung des Gesetzes verhindern will, dann kann ich entweder bei der Abstimmung zum Übergang in die Diskussion der Artikel dagegenstimmen, oder ich kann eine Tagesordnung einbringen, die besagt, daß wir zum

nächsten Punkt übergehen. Das bedeutet aber nicht, daß ich keine andere Tagesordnung einbringen kann, die, wenn auch mit anderen Worten, denselben Inhalt hat. Wenn diese Tagesordnung genehmigt wird, dann ist die Behandlung des Gesetzes überflüssig und ich bekunde damit den Willen, die Behandlung des Gesetzes vertagen zu wollen. Also kann nach meiner Ansicht in diesem Zusammenhang nicht eine Tagesordnung zur Abstimmung gebracht werden, die implizite oder explizite — in diesem Fall implizite — die Behandlung des Gesetzes überflüssig macht. Darum geht es doch, denn sonst müßte ich ja auf Grund der Geschäftsordnung eine Tagesordnung einbringen, die besagt: Übergang auf den nächsten Punkt der Tagesordnung.

(Signor Presidente! Credo che la spiegazione più logica degli articoli relativi al regolamento interno, sia quella che si possa passare al punto successivo dell'ordine del giorno. Nel regolamento è detto infatti che allorché una legge deve essere bloccata, si può presentare un ordine del giorno in conformità. Se io voglio quindi impedire la trattazione della legge, posso o votare contro nella votazione per il passaggio alla discussione sugli articoli, oppure posso presentare un ordine del giorno in cui è indicato che si passa al punto seguente. Ciò non significa però che io non possa presentare un altro ordine del giorno analogo all'altro, se pur espresso con altre parole. Qualora questo ordine del giorno venisse approvato, si renderebbe superflua la discussione della legge ed io avrei in tal modo espresso la mia volontà di voler rinviare il dibattito sulla legge stessa. A mio avviso, dunque, non può, in tal connessione, venire approvato un ordine del giorno che implicitamente — rende superfluo il dibattito sulla legge. Così stanno in effetti le cose, poiché altrimenti io dovrei, in

base al regolamento interno, presentare un ordine del giorno in cui sia detto: Passaggio al punto successivo dell'ordine del giorno.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere de Carneri.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Io invito i presentatori dell'ordine del giorno a ritirarlo. Quello che conta è la sostanza, cioè decidere se questa legge debba passare o meno. È evidente però che qualora permanesse questo ordine del giorno, coloro che sono contrari alla legge voterebbero automaticamente anche contro il loro ordine del giorno, il quale verrebbe ad avere una efficacia giuridica nulla. Quindi è inutile perdere tempo e fare anche questioni caudiche, che a un certo punto non si addicono all'Assemblea, la quale dovrebbe avere una procedura piuttosto snella. Si presenti una mozione fra qualche giorno, in modo che la materia venga trattata con un impegno verso la Giunta, ma in questa sede è semplicemente assurdo proporre un ordine del giorno che a un certo punto verrebbe inficiato e annullato con lo stesso voto di coloro che lo presentano. Siccome oltretutto il tempo passa, io inviterei i proponenti a ritirarlo e a passare alla discussione articolata, votando. Per conto nostro voteremo contro il passaggio alla discussione articolata.

PRESIDENTE: Sull'ordine del giorno non si può più parlare.

VOLGGER (S.V.P.): *(Interrompe)*.

PRESIDENTE: Sul regolamento?

VOLGGER (S.V.P.): Der Art. 87 der Geschäftsordnung besagt: « Gli ordini del giorno sono votati subito dopo la chiusura della discussione generale ». Das soll jetzt ja auch passieren. « L'ordine del giorno puro e semplice propone il passaggio al punto successivo dell'ordine del giorno della seduta ed ha la precedenza nella trattazione su tutti gli altri relativi all'argomento ». Man kann also eine Tagesordnung einbringen, die vorsieht daß man auf den nächsten Punkt der Tagesordnung übergeht. Das ist laut Geschäftsordnung korrekt — aber nicht diese Tagesordnung.

PRESIDENTE: Tale ordine del giorno non è stato presentato da nessuno, e adesso non si può più presentare ordini del giorno.

VOLGGER (S.V.P.): Diese Tagesordnung ist unzulässig laut Geschäftsordnung. Eine Tagesordnung, die vorsieht, daß man zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergeht, die ist zulässig, nicht aber diese Tagesordnung.

PRESIDENTE: Si può presentare ordini del giorno di ogni tipo, ma io non vedo niente di male su questo ordine del giorno . . .

(Unterbrechungen).

(L'art. 87 del regolamento interno dice: « Gli ordini del giorno sono votati subito dopo la chiusura della discussione generale ». E ciò dovrebbe verificarsi appunto ora. « L'ordine del giorno puro e semplice propone il passaggio al punto successivo dell'ordine del giorno della seduta ed ha la precedenza nella trat-

tazione su tutti gli altri relativi all'argomento ». Si può presentare quindi un ordine del giorno il quale preveda che si passi al punto successivo dell'ordine del giorno stesso. A norma del regolamento interno questo sarebbe corretto — ma non per quanto riguarda questo ordine del giorno.

PRESIDENTE: *Tale ordine del giorno non è stato presentato da nessuno, e adesso non si può più presentare ordini del giorno.*

VOLGGER (S.V.P.): *A norma del regolamento interno questo ordine del giorno è inammissibile. Ammissibile sarebbe un ordine del giorno il quale prevedesse che si passi al punto successivo dell'ordine del giorno, ma non questo ordine del giorno.*

PRESIDENTE: *Si possono presentare ordini del giorno di ogni tipo, ma io non vedo niente di male su questo ordine del giorno . . .)*

(Interruzioni).

PRESIDENTE: *La parola al cons. Agostini sul regolamento.*

AGOSTINI (P.L.I.): *Signor Presidente, per un richiamo all'art. 88 del Regolamento.*

PRESIDENTE: *La seduta è sospesa.*

(Interruzioni).

PRESIDENTE: *Dobbiamo discuterla questa questione. Adesso si riunisce la commissione alle finanze. La seduta riprende alle ore 15.30.*

(Ore 12.40).

Ore 15.40.

PRESIDENTE: *La seduta riprende. Si passa alla votazione dell'ordine del giorno. Non sono più ammesse dichiarazioni.*

(Interruzioni).

PRESIDENTE: *No, non sono più ammesse dichiarazioni.*

RAFFEINER (T.H.P.): *Io propongo la votazione per appello nominale.*

(Interruzioni varie).

MANICA (P.S.U.): *Vorrei fare una proposta . . .*

PRESIDENTE: *Siamo in votazione . . .*

MANICA (P.S.U.): *Se siamo in votazione, va bene, posso anche sedermi. Spero che la Presidenza mi consentirà magari di fare una proposta che forse può giungere inaspettata . . .*

(Interruzioni).

MANICA (P.S.U.): Io volevo, se la Presidenza mi consente, fare alcune considerazioni brevissime. Primo: sulla proponibilità dell'ordine del giorno come tale, che io ritengo senz'altro proponibile, anche così, come è stato formulato. L'intendimento dell'ordine del giorno era quello di creare nel Consiglio regionale una certa atmosfera, vorrei dire di distensione, perché in definitiva si accoglievano i desiderata dei vari gruppi politici, anche se qualcuno ha voluto vedere dietro questo innocentissimo ordine del giorno chissà che cosa. Tuttavia ci sono state delle perplessità nei vari gruppi. A fronte di ciò io penso che non occorra in certo qual senso irrigidirsi su certe posizioni e anche per trarre in un certo modo d'impaccio la Presidenza, che mi pare — mi scusi — non ha dimostrato molta decisione nella direzione dei lavori, per lo meno in questa occasione, io ritiro l'ordine del giorno, anche a nome degli altri firmatari.

PRESIDENTE: Ecco, questo l'avevo atteso. Secondo me l'ordine del giorno sarebbe sempre decaduto, in ogni caso.

Passiamo ora alla votazione del passaggio all'esame articolato: è respinta con 26 voti contrari e 18 favorevoli.

Passiamo ora all'esame del *disegno di legge n. 86: « Interventi per il ripristino della viabilità forestale danneggiata dalle alluvioni dei mesi di agosto e novembre dell'anno 1966 »*.

La parola alla Giunta per la lettura della relazione.

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): (*legge*).

Tengo a precisare — e questo non è scritto nella relazione — che a proposito della commissione competente, che riguarda la ammissione ai benefici di questa legge anche per i patrimoni che non sono regolati da piano economico, la maggiore entità di spesa si è ripetuta — ed è nell'ordine di 45 milioni circa — attraverso un emendamento che la Giunta proporrà all'art. 9 della legge e che consente appunto di aggiungere allo stanziamento originariamente previsto la ulteriore disponibilità di 45 milioni.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Commissione legislativa finanze, patrimonio, per la lettura della relazione.

MARGONARI (D.C.): (*legge*).

PRESIDENTE: Chi prende la parola in discussione generale? La parola al cons. Martinelli.

MARTINELLI (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, del problema delle strade si è già parlato molto in questo Consiglio, sia in senso generale che particolarmente della viabilità forestale, alla quale giustamente non si guarda solo per gli aspetti silvicoltureali, ma anche alpicolturali, turistici e sociali, che ormai questa viabilità rappresenta. La contingenza dell'alluvione che ha danneggiato lunghi tratti di questa viabilità forestale — si parla di 700 km., nella relazione, fra asportate e danneggiate — ha portato la Giunta a questo disegno di legge, il disegno che affronta il ripri-

stino delle strade e non affronta il problema della viabilità forestale. L'attuale provvedimento di legge, quindi, che stiamo discutendo, è uno di quelli conseguenti alle alluvioni, perché fa coppia in particolare con quello ormai discusso e approvato delle agevolazioni ai comuni e agli altri enti per il recupero del legname abbattuto dal tornado del novembre scorso. Abbiamo approvato quel disegno di legge per i contributi alle amministrazioni e al recupero del legname schiantato e mi sembrerebbe illogico non approvare questo disegno di legge, perché spesso il recupero di quel legname si lega praticamente al ripristino delle strade. E penso che tutti, negli immediati giorni dopo l'alluvione, abbiano avuto modo di vedere e quindi anche di constatare l'improrogabile necessità del ripristino di questa viabilità forestale. Non è superfluo ricordare quindi lo stato di certi tratti di queste strade forestali dopo il diluvio del novembre, perché ogni ruscello si era trasformato in torrente e aveva scavato solchi o alle volte riversato valanghe di massi e di sabbia al posto delle strade, ricoprendole o asportandole. Così le frane che hanno interrotto queste strade forestali non si contavano più, tanto erano numerose, e a tratti strade stesse erano, più che danneggiate, completamente sparite. È opportuno in questo momento quindi operare con sollecitudine, stando le cose appunto così, perché i nostri Comuni sono quasi tutti più o meno interessati, perché, come si ricorda anche nella relazione alla legge, le strade forestali danneggiate sono sparse più o meno omogeneamente in tutta la regione. È anche abbastanza comprensibile il fatto che le strade siano state più o meno danneggiate in tutte le valli della regione, perché dopo tre giorni di acqua, e di quella intensità, i ruscelli si erano trasformate in torrenti e quella acqua aveva gonfiato certi terreni marnosi, trasfor-

mandoli, sui pendii delle nostre valli e delle nostre montagne, in tante piccole e grandi frane che hanno travolto tutto quanto era sulla loro strada, compreso le strade di cui oggi si parla. Bisogna ripristinare le strade interrotte della montagna, e noi auspichiamo che da parte della Giunta sia quanto più consistente possibile l'intervento economico, che nella misura in cui ci è proposto dà già atto di uno sforzo notevole, ma forse non è sufficiente a dare uno stimolo di ripresa che vogliamo vada oltre il semplice ripristino delle strade in sé. Raccomandiamo quindi alla Giunta che il problema strade vada tenuto in costante attenzione, per ulteriori interventi in una visione globale del problema.

Per quanto riguarda il merito di questo provvedimento di legge, io voglio sottolineare due punti: la progettazione da parte degli uffici forestali, che viene oltre che ad alleggerire le amministrazioni di una certa spesa, spesso anche gravosa, specialmente in certi nostri enti locali che non sanno più come far fronte agli impegni finanziari, viene anche a dare un preventivo delle singole opere più realistico e più vicino alla oggettiva necessità. Si evitano cioè dei progetti gonfiati. Qui non è che si voglia entrare nel merito di questa questione, perché magari potrebbe sembrare offensiva per qualcuno, ma sta di fatto che tra progetti di professionisti e l'analoga progettazione da parte degli uffici forestali nel preciso campo della viabilità forestale, ci sono sempre stati notevoli margini, sempre a vantaggio dell'economicità di quelli degli uffici forestali. Quindi diamo merito a questi uffici che hanno elaborato i piani, gli studi e che li hanno poi realizzati, perché una certa pratica agli uffici forestali deve essere da tutti riconosciuta, nell'attuazione di queste strade forestali. Non voglio portare degli esempi, che mi permetterebbero proprio di documentare questa mia affermazione, e sa-

rebbe d'altra parte una offesa al Consiglio, ritenere che i consiglieri non conoscano queste cose. Effettivamente la realizzazione di certe strade da parte della forestale, ha fatto restar stupiti, di fronte ai preventivi che certi professionisti avevano presentato e che praticamente sono stati qualche volta anche dimezzati nella reale spesa di realizzazione. Mi preme invece in questo campo insistere di più presso l'assessore perché veda di favorire, dove è possibile, gli enti proprietari di queste strade forestali, che quando chiedono che il ripristino sia fatto direttamente dagli uffici forestali, ciò sia possibile. Perché credo che nelle realistiche previsioni di spesa che gli uffici forestali hanno fatto sia un vantaggio se poi c'è la possibilità che questi uffici forestali eseguano, e ne hanno la capacità e l'han dimostrato, eseguano direttamente queste opere di ripristino.

Il secondo aspetto che io desidero sottolineare, è quello di aver cercato con questo provvedimento di legge una semplificazione burocratica, che credo vada sottolineata e approvata, cioè nell'evitare di far sottoporre i progetti all'esame dei comitati tecnici, così come sono previsti dalla legge regionale 31 del 25 novembre '63. È un aspetto che si connette direttamente col fatto che la progettazione è fatta direttamente dagli uffici, che non possono avere un obiettivo diverso dall'esecuzione migliore nel massimo di economicità. Mi sembra giusto poi che da questo provvedimento non siano esclusi gli enti privi di piano economico, perché se nella disgrazia sono stati accumulati nel vedersi distrutta o danneggiata la strada o le strade, lo siano anche nel beneficio di godere di aiuti per ripristinarle. Piuttosto, se altri provvedimenti dovessero essere studiati, di incentivazione per la viabilità, o la selvicoltura, o l'alpicoltura, l'assessorato in quel caso tenga presenti le amministrazioni disposte a usare di

questo strumento — cioè io considero strumento l'aver a disposizione il piano economico, perché è veramente uno strumento di miglior governo del bosco — e quindi l'amministrazione pensi in quel caso di usare certe agevolazioni, caso mai anche discriminate, per agevolare chi veramente segue le indicazioni che l'assessorato dà in questo campo. Oggi sono talvolta senza piano quei comuni o enti con boschi poveri, che finirebbero ancora più poveri senza la possibilità di un aiuto nel ripristinare la viabilità distrutta. Mi auguro poi che questo intervento contingente sia parte di un piano, e l'ho già detto all'inizio, di un piano quale a grandi linee era stato ricordato dall'assessore durante la discussione del bilancio regionale ultimo. Si parlava allora che la nostra rete stradale forestale è di 6 mila Km. circa, e che in un ventennio si vorrebbe giungere all'obiettivo di un 12 mila Km. di strade forestali. Io mi auguro che questo si realizzi, perché così le nostre popolazioni avranno senz'altro un beneficio; le nostre popolazioni e le nostre montagne avranno il beneficio della disposizione di questi mezzi tecnici di una selvicoltura economica e d'avanguardia e potremmo così in questo modo dare anche gli strumenti per il potenziamento delle loro risorse turistiche e in ultima analisi contribuire a migliorare le condizioni economico-sociali di quelle genti di montagna, che sono moralmente e socialmente le più sane, ma spesso sono anche le più povere.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Io voglio dire due parole, signor Presidente. Noi votiamo a favore di questo disegno di legge, solo resto un

po' preoccupato di fronte a un sistema che è stato introdotto eccezionalmente in un momento particolare della congiuntura economica e che adesso vedo che va traducendosi di disegno in disegno di legge e che sta per diventare, in sostanza, un metodo. Parlo della concessione dei contributi in conto interesse. Noi tutti ricordiamo che la concessione dei contributi in conto interesse, fatta direttamente al beneficiario delle disposizioni di legge, invece che all'ente che concede i mutui, è stata introdotta con una variazione a una precedente legge per il credito alberghiero, nel momento in cui c'era la stretta creditizia e gli istituti di credito si trovavano effettivamente nella difficoltà a concedere i mutui che erano ad essi richiesti. E allora per cercare di agevolare, vuoi enti, vuoi operatori privati, in quella situazione si era determinato, con una legge successiva per il credito alberghiero, di poter concedere i contributi in conto interesse direttamente agli operatori. La cosa non è fra le più regolari e fra le più normali, perché in sostanza, a ben guardare, una volta che si concedono a coloro che non accendono i mutui, questi cosiddetti contributi in conto interesse si risolvono un'altra volta in contributi in conto capitale. Specialmente la formulazione presentata dalla commissione legislativa è estremamente ambigua e anche mi pare che dovrebbe essere ritoccata indubbiamente, perché non si prevede soltanto di concedere il concorso in conto interessi a quegli enti che non possano accendere il mutuo — e fino qui io arriverei ad ammettere questa tesi, perché evidentemente qualche comune o qualche ente non è in grado di dare le delegazioni per accendere il mutuo e allora, proprio perché più povero degli altri, resterebbe escluso dai benefici di legge — ma questo concorso viene corrisposto direttamente anche agli enti interessati che non intendano accendere il mu-

tuo, e questo vuol dire che in qualche modo riescono ad avere la possibilità per fare i lavori da soli. « Non intendono fare il mutuo » vuol dire che, pur avendo la possibilità, non vogliono ricorrere al mutuo stesso. Il che significa che questo concorso, come ho già detto, invece che essere in conto interessi si riduce ad essere un concorso in conto capitale. Per cui faccio osservare, senza star qui a fare una questione di principio od altro, che la Giunta regionale si è messa da alcuni anni su una strada che non ci pare molto corretta da questo punto di vista, e proporremo perciò anche ai presentatori di questo emendamento e alla Giunta stessa di sopprimere almeno la dizione « enti interessati che non intendano accendere il mutuo » e lasciare caso mai la possibilità di corrispondere il concorso direttamente a quegli enti che non siano nella possibilità di accendere il mutuo stesso. Per il resto ogni disegno di legge — questo è uno di quelli che si inquadra nel numero piuttosto ampio di disegni di legge che cercano di sovvenire a quelli che sono stati i disastri e i danni creati dalle alluvioni — ogni disegno di legge in questo senso è salutato benevolmente dal gruppo liberale e per questo daremo a questo disegno di legge il nostro voto favorevole.

PRESIDENTE: La parola al cons. Vinante.

VINANTE (P.S.U.): La relazione di questo progetto di legge parla di danni notevoli, ammontanti a circa 2 miliardi. Io mi auguro che si possa rimanere entro i limiti di questi danni e di queste spese, però ritengo che man mano che si verificano i controlli, queste spese vadano sempre più aumentando. Io l'ho constatato

personalmente e purtroppo le difficoltà vanno sempre più aggravandosi. Ho visto dalla relazione che la Regione deve intervenire in tutta la provincia. Infatti se i danni ci sono in tutta la provincia è logico che l'intervento deve essere fatto ovunque. Però io vorrei dire al signor assessore che nell'ambito di un esame globale della situazione si veda la necessità e l'opportunità di intervenire in via prioritaria soprattutto nei casi in cui queste sistemazioni di strade costituiscano la condizione *sine qua non* per muovere un po' l'attività nel campo forestale, quindi l'abbattimento, l'allestimento, il trasporto del legname. Perché io so che ci sono delle strade alluvionate che con una provvisoria sistemazione consentono il transito; altre strade viceversa sono talmente alluvionate, che se non sono sistemate nella stragrande maggioranza di tutto il percorso, il trasporto non è possibile. La relazione dice che ci occorrono 700 milioni per la riattazione delle strade, e anche qui mi auguro che la previsione sia più realistica possibile. Io esprimo tutte le mie riserve, ma anche fossero 700 milioni, lo stanziamento dei 275 milioni non consente nel modo più assoluto di intervenire in quelle previsioni massime consentite alla Giunta, e cioè 50% in conto capitale, 4,75% in conto interessi. E difatti se qualche comune ha voluto accelerare, — dico qualche comune, perché purtroppo sono molto rari quelli che hanno già iniziato una certa attività di sistemazione — se qualche comune ha chiesto, così, a titolo orientativo quale sarà l'intervento della Regione, dell'assessorato, questi sono notevolmente inferiori al 50% previsto e al 4,75%. Quindi io dico che dovendo intervenire in questo specifico campo del pubblico interesse, si dovrebbe ricercare la possibilità di poter aumentare questo stanziamento, perché diversamente io ho il grave timore che molti comuni non affrontino il problema, in quanto

sanno benissimo che il realizzo della vendita del legname — se questo avverrà, in quanto sentiamo già appesantirsi il mercato del legname, perché manifesta già la difficoltà del collocamento — dato che il valore del materiale alluvionato è notevolmente inferiore all'ordinario e c'è inoltre un maggior costo per il ricupero e quindi un notevole inferiore margine che rimane di utile ai comuni, porterà fatalmente a delle gravi difficoltà nei confronti dei bilanci dei comuni. Già oggi notiamo, signor assessore, il manifestarsi del deterioramento di questo legname. Già oggi, signor assessore, notiamo il verificarsi, per fortuna di zone limitatissime, delle infezioni del bostrico, e noi abbiamo un grande timore che questo prenda campo. È stata data notizia dell'esistenza di un antibostrico, se così si può chiamare. Il sistema normale era quello di bruciare la zona infetta, però riteniamo che questo sistema possa costituire grave pericolo per la distruzione della foresta. Quindi sorgono già fin d'ora, signor assessore, delle notevoli difficoltà e preoccupazioni, preoccupazioni che speriamo si possano superare soprattutto con la decisa attività degli enti, che oggi non c'è.

Io vorrei chiederle, signor assessore, se forse qualche comune della provincia ha affrontato il problema dei trasporti. Per fortuna nel campo della fatturazione, nei limiti delle possibilità della manodopera esistente, si è già iniziata questa attività, però la sistemazione delle strade non si è vista. Io ho girato un po' i boschi della zona nella quale vivo e francamente, tolto qualche lavoro di una certa consistenza per le strade di fondovalle, nelle altre strade non si vede ancora che sia dato inizio con qualche attività di sistemazione. Io vedo quindi, signor assessore, minore valore del legname, maggior costo del recupero, difficoltà di collocamento; io vedo il manifestarsi di una

estrema difficoltà da parte dei bilanci comunali, di poter fronteggiare queste esigenze, queste necessità, soprattutto per l'ammortizzazione del capitale, dei mutui. Ci sarà anche qualche difficoltà nel campo della delegazione, ma anche sussistendo le delegazioni, quando il bilancio è stato impostato, soprattutto per la rendita patrimoniale del legname, se questo subirà disgraziatamente quell'aggravamento, io penso che prossimamente, nei prossimi anni, i comuni saranno in notevole difficoltà. Quindi, signor assessore, se veramente le notizie che noi conosciamo sono esatte — e non conosciamo ancora gli interventi nel campo degli interessi — lo stanziamento è assolutamente insufficiente, se noi consideriamo soprattutto che qui si interviene nel campo del pubblico interesse e quindi nel campo dei comuni. Io ho l'impressione che si sia stati molto più generosi nel campo dei privati, soprattutto nel settore commerciale, industriale. Mi pare che la Regione abbia avuto una maggiore consistenza di intervento e vedremo prossimamente quando sarà presentato il progetto di legge per quanto riguarda gli interventi nel campo commerciale e industriale. Dalla relazione appare che la compilazione delle perizie viene fatta d'ufficio, e questo indubbiamente è un notevole vantaggio. Però io le vorrei chiedere, signor assessore: è veramente attrezzato l'assessorato ad affrontare, con le sue responsabilità, tutto questo lavoro? Nel caso in cui entro i 60 giorni previsti dalla legge non si possa arrivare a presentare le perizie, a presentare i preventivi, per consentire alla Giunta tutti gli elementi di decisione, io penso che nessuna responsabilità possa essere attribuita agli enti, dato che qui si è assunto tutto il compito la Regione, e bene ha fatto. Io ritengo che qui si dovrebbe dare una certa tranquillizzazione in quanto qualche amministratore venuto a conoscenza non so come del progetto

di legge, ha espresso la necessità e l'opportunità che venga chiarito in questa sede che cosa succederebbe nel caso in cui il termine previsto dei 60 giorni non fosse sufficiente per affrontare detto lavoro. Le strade — è inutile che noi lo diciamo — hanno un valore determinante oggi; anche se io sono convinto — e questa convinzione non è stata contestata da nessuno — che la costruzione delle strade costituisce una ferita nella continuità del terreno, ed è stato proprio nelle immediate vicinanze delle strade che molte volte sono iniziate le manifestazioni delle frane. Pur tuttavia le strade oggi sono indispensabili. Diversamente il costo di ricupero e di realizzazione del legname, sarebbe tale che verrebbe ad assorbire quasi il suo valore; oltre al fatto del suo grave deperimento, perché i vecchi sistemi di avvallamento erano meno costosi sì, ma portavano poi alla fine anche alla creazione di molte rotture e quindi a una svalutazione qualitativa del legname. Oltre a questo, le strade hanno un valore turistico. Ecco perché, signor assessore, questa mancanza di inizio di attività da parte degli enti, è anche comprensibile, perché non sanno ancora in che modo, in che forma, in quale entità otterranno l'intervento della Regione e allora rimangono in attesa. Oltre al fatto poi che diverse strade fondamentali, di valle, sono sovvenzionate dalla 1142, quindi rimangono in attesa di approvazione dei progetti, approvazione che avviene con una certa lentezza, dovuta forse al fatto che il Genio civile manca delle forze necessarie per approvarli. Oggi ci troviamo ancora alla fine di giugno a iniziare qualsiasi attività, come la sistemazione delle strade di fondovalle, tolta nella nostra zona, per fortuna, l'arteria principale che è la strada del Manghen. Ora, signor assessore, io vorrei concludere col dire: le strade bisogna sistemarle. Abbiamo già sentito manifestare dai villeggianti che hanno iniziato qualche

gita e si son trovati bloccati, una viva preoccupazione, perché uno dei motivi per cui si sentono affezionati alle zone di montagna, è proprio quello di poter accedere con i mezzi meccanici anche nei boschi. Se la ricostruzione non avvenisse, l'alluvione avrebbe creato doppio danno: primo, quello del ritardo nel ricupero del legname, costo del ricupero del legname e anche una ripercussione nel campo turistico.

Io penso quindi, signor assessore, che alla fine, quando dovrà raccogliere tutti gli elementi per intervenire, vedrà che la disponibilità finanziaria le lascerà poco margine. E allora mi auguro che lei, insieme alla Giunta, trovi la possibilità di ottenere fondi maggiori per poter intervenire, se si vuole veramente stimolare, spingere questa amministrazione ad affrontare questi lavori; troverà forse qualche disponibilità e qualche 50 milioni da qualche parte per intervenire in questo settore, perché questo, secondo me, è uno dei necessari interventi a favore delle popolazioni montane. Io non ho alcuna preoccupazione nel dirle, signor assessore, che si è intervenuti con maggiore decisione a favore del settore commerciale e industriale, in quanto questo è stato spinto soprattutto dai grossi centri, ma è anche giusto non dimenticare sempre le zone delle vallate, le quali sono quelle che soffrono sempre di più e sopportano sempre di più i maggiori disagi.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Es ist für die Region und damit für den Regionalrat ganz bestimmt eine Ehrensache, eine ehrenhafte Pflichterfüllung diese Gesetzesvorlage eingebracht zu haben. Es wird doch immer wieder

betont, daß unsere Region vor allem eine Region der Berge und der Wähler ist. Mit diesem Gesetz wird die Voraussetzung geschaffen, das Waldwegenetz, so spärlich es heute auch ist, wenigstens wieder instandzusetzen. Nach all den erlittenen Verwüstungen ist dies wohl eine der kleinsten Selbsteverständlichkeiten. Die Waldwege bilden nicht nur die Voraussetzung dafür, das Produkt des Waldes, das Holz, überhaupt zu gewinnen und dem Markt zuzuführen, sondern sie sind auch Voraussetzung für die Qualität der Waldernte, d.h. des Holzes. Wir wissen, daß gerade heutzutage durch die gedrückten Preise im Holzhandel die Qualitätsfrage ganz besonders wieder in den Vordergrund gerückt ist.

Ich möchte dabei auch noch erwähnen, daß der Waldweg auch die Voraussetzung für die Pflege des Waldes ist, denn gerade unser etwas mittelalterliches System der Holztrift durch die wilde Waldbahn hat die Voraussetzung für Waldverwüstungen, für Vermurungen und Verschüttungen geschaffen. Deshalb die besondere Vordringlichkeit und Wichtigkeit, das Waldwegenetz wenigstens wieder instandzusetzen.

Das kurz allgemein gesagt. Bei der Wiederherstellung dieser Waldwege, glaube ich, ist es notwendig, auch die neuen technischen Erkenntnisse zu berücksichtigen. Wiederherstellung darf in diesem Fall aber nicht bedeuten, die Trassierung das zerstörten Waldweges wieder genau in derselben steilen Lage vorzunehmen, wie diese vorher bestand. Es muß auch eine vernünftige Berichtigung, eine rationelle Verbesserung dieses Waldweges vorgenommen werden.

Besonders begrüßenswert finde ich es, daß der Herr Assessor die Empfehlungen der zuständigen Kommission sich zu eigen gemacht hat und daß in diesem Fall davon Abstand ge-

nommen wird, diese Beiträge, diese finanziellen Begünstigungen nur für diejenigen Eigentümer oder Körperschaften vorzusehen, die mit einem Wirtschaftsplan ausgestattet sind. Ich glaube, es ist wohl genügend bekannt, daß ich bei jeder Gelegenheit für die Errichtung von Waldwirtschaftsplänen, die die Voraussetzung für eine richtige Waldpflege sind, eingetreten bin. Soll nun aber dem Waldeigentümer, der schon durch die Naturgewalt großen Schaden erlitten hat, noch ein zweiter Schaden hinzugefügt werden, dadurch, daß ihm, weil er keinen Wirtschaftsplan errichtet hat nicht geholfen wird? Das, glaube ich, wäre — wenn ich das große Wort gebrauchen darf — moralisch nicht gut vertretbar gewesen, und der Herr Assessor hat in dieser Hinsicht ja auch in der Kommission ohne weiteres davon Abstand genommen. Ich glaube, wir hätten uns hier wirklich als zu hart gezeigt, wenn wir alle jene Waldeigentümer, die noch keinen Wirtschaftsplan errichtet haben, von diesen Begünstigungen ausgeschlossen hätten. Daß das ganz besonders in Südtirol praktisch zu einer Nichtanwendung dieses Gesetzes geführt hätte, sei nur nebenbei erwähnt. Denn es ist ja bekannt, daß die Waldwirtschaftspläne in der Provinz Bozen im Verhältnis leider, leider noch viel spärlicher sind als wie zum Beispiel in der Nachbarprovinz Trient.

Was ich des weiteren für besonders günstig finde, ist der Umstand, daß der Regionalausschuß, durch ihn der zuständige Assessor, auch den anderen Abänderungsvorschlag der Kommission angenommen hat, nämlich den des direkten Zinsenzuschusses. Hier befinde ich mich zwar in absolutem Widerspruch mit dem Herrn Kollegen Corsini, der gerade das zu beanstanden gewußt hat. Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Herrn Kollegen Corsini, falls es notwendig sein sollte, in Erinnerung bringen, daß die Anwendung dieser Methode — di-

rekter Zinsenzuschuß an den Interessierten — nicht durch die letzte « stretta creditizia » erfolgt ist, sondern, Bescheidenheit beiseite, bereits seit dem Jahre 1957 stattfindet. Vielleicht fragen wir einen der anwesenden Herren Assessoren der Landesausschüsse, ob diese Methode Vorteile gebracht hat oder nicht. Gerade hier haben viele gesehen, daß wir eine Möglichkeit besitzen, auf lokaler Ebene Geld für die Landwirtschaft flüssig zu machen. Denn bis heute ist es wohl immer so gewesen, daß das Geld von dem Sparer vom Land den Bankinstituten gebracht wurde, gewiß nicht im selben Verhältnis wieder dem Land zurückgegeben wurde. Gerade hier besteht die Möglichkeit, finanzielle Reserven — denken wir an Raiffeisenkassen, denken wir auch an private Kreditmöglichkeiten — auf lokaler Ebene flüssig zu machen. Dadurch haben wir die Gewähr, daß dieser Zinsenzuschuß wirklich auf dem Lande bleibt. Es wird uns ja immer und überall der Vorwurf gemacht, die ganzen Finanzierungsgesetze seien vor allem eine Finanzierung für die Geldinstitute.

Wie gesagt, es kommt viel mehr Geld vom Land herein, als wie durch diese finanziellen Förderungsmaßnahmen aufs Land wieder zurückkommt. Wenn schon die Möglichkeit besteht Kapital zu 5%igem Zins auf dem Land aufzunehmen, wie dies in vielen Fällen bei den Raiffeisenkassen möglich ist, warum sollen wir die Leute zwingen, Darlehen bei einem Bankinstitut in der Stadt zu 7-8% Zins aufzunehmen. Ich glaube, daß wir hier zweimal die Möglichkeit haben, helfend entgegenzukommen. Ich kann nicht glauben, Herr Kollege Corsini, daß Sie sich solchen Gedankengängen verschließen können. Sie schütteln nein — da kann man nichts machen. Wir haben aber schon viele Beweise, daß gerade diese direkte Zuweisung der Zinsenzuschüsse an die Interes-

sierten wesentlich dazu beigetragen hat, wirtschaftliche Unternehmungen anzukurbeln und zu fördern.

In diesem Gesetzentwurf ist dann vorgesehen, daß die Forstämter dem beschädigten Waldeigentümer direkt behilflich sein werden bei den Berechnungen usw. Ich glaube auf diese günstige Maßnahme ist ganz besonders hinzuweisen. Die Forstämter möchten hier möglichst großzügig sein und diesen Waldeigentümern, diesen Körperschaften vor allem bei der Projektierung, bei der Trassierung der Straßen bereits an die Hand gehen! Auch dadurch lassen sich viele Spesen einsparen, sodaß dieser bescheidene Betrag, wie er auch gerade von meinem Vorredner beurteilt worden ist, eine wirkungsvollere Verwendung finden kann. Denn wir wissen, wie groß die Spesen für die Projektierung gerade im schwer zugänglichen, gebirgigen Gelände sind, wo die Tarife notwendigerweise auch bis zu 40-50% erhöht werden.

Abschließend, indem ich meine Anerkennung für die Einreichung dieses Gesetzes zum Ausdruck bringe, möchte ich noch etwas sagen, Herr Assessor. Ich hoffe, daß die hier von Ihnen bereits geäußerte Absicht, ehestmöglich ein funktionelles Gesetz zur Erbauung von Güterwegen, von Waldwegen einzubringen, nicht in Vergessenheit gerate, bzw. daß die Verwirklichung dieses Plans nicht zu lange hinausgezögert werde. Wesentlich dabei ist, daß Güterwegenetz — ich spreche hier von den Berggebieten —, noch um vieles verbessert werden muß. Vorhin ist von 600 km Waldwegen gesprochen worden. Wenn wir die Güterwege noch dazunehmen, dann würde sich diese Kilometerzahl bestimmt vervielfachen. Es nützt nichts, hier immer wieder zu sagen: Hilfe für den armen Bergbauern! Wir müssen dafür Sorge tragen, daß der Bergbauer auf seinem Hof existieren kann und müssen ihm dementsprechend

entgegenkommen. Die erste Voraussetzung dafür ist wohl die, ihm zu helfen, einen Weg zu seinem Hof zu bauen. Bereits vor bald 100 Jahren glaube ich hat es in der Schweiz schon den Spruch gegeben: « Ein guter Weg ist die halbe Wirtschaft, ist vor allem die halbe Alp, ist die halbe Waldwirtschaft ». Und das gilt in unserer Gegend, glaube ich, wohl uneingeschränkt für jede Gemeinde. Es ist selbstverständlich, daß ich nach diesen hier gemachten Feststellungen für dieses Gesetz stimmen werde.

(L'aver presentato questo disegno di legge è stata, per la Regione, certamente una questione d'onore, l'adempimento di un dovere. Viene sempre sottolineato che la nostra Regione è anzitutto un territorio boschivo e montano, per cui vengono a crearsi con questa legge, quantomeno le premesse per la sistemazione dei sentieri boschivi, pur scarsi che siano. Dopo tutte le devastazioni sofferte, il ripristino diventa una fra le più ovvie necessità. I sentieri boschivi non rappresentano soltanto i presupposti per guadagnare al mercato il prodotto dei boschi, il legname, ma rappresentano altresì le premesse per la qualità della produzione boschiva, ovvero per il legname. Sappiamo come proprio oggi, causa il deprezzamento del legname, sia sul mercato tornato particolarmente in primo piano il problema qualitativo.

Vorrei inoltre ricordare in merito, che il sentiero boschivo è necessario anche ai fini della manutenzione del bosco, poiché proprio nel nostro medievale sistema di fluitazione del legname attraverso incolti malagevoli passaggi boschivi, vanno ricercate le cause delle devastazioni, dello sfasciame e degli interramenti nei boschi. Da qui la particolare urgenza ed im-

portanza di ripristinare almeno i sentieri in parola.

Questo brevemente detto in linea generale. Nella sistemazione delle strade boschive, credo sia necessario tenere in considerazione anche i principi della tecnica moderna. Sistemazione non deve infatti significare, in questo caso, provvedere al ripristino dei devastati sentieri boschivi seguendone lo stesso tracciato. È necessario invece procedere ad una assennata rettifica e ad un razionale miglioramento di quei tracciati.

Trovo particolarmente degno di plauso il fatto che il signor Assessore abbia fatto proprie le raccomandazioni della competente Commissione, e che in questo caso si desista dal prevedere l'erogazione di questi contributi, di queste agevolazioni finanziarie solo per quei proprietari o per quelle associazioni già dotate di un piano economico di sviluppo. Credo sia sufficientemente noto che io sono, in ogni occasione, intervenuto onde si provvedesse all'elaborazione di un piano economico di sviluppo. Ed ora, al proprietario boschivo già danneggiato dalle calamità atmosferiche, si dovrebbe arrecare ulteriore danno negandogli l'aiuto, solo perché non dispone di un piano economico di sviluppo. Io credo che un motivo del genere non sarebbe stato, sotto il profilo morale — se così posso dire — facilmente sostenibile, ed in merito il signor Assessore ha infatti desistito, anche in sede di Commissione. Ritengo che ci saremmo dimostrati veramente troppo rigidi qualora avessimo escluso dalle citate facilitazioni finanziarie tutti quei proprietari boschivi non ancora in possesso di un piano economico di sviluppo. Detto per inciso, ciò avrebbe portato, specie in Sudtirolo, alla non applicazione di questa legge, poiché è noto come in provincia di Bolzano i piani economici di sviluppo siano assai più scarsi rispetto a

quelli, per esempio, della vicina provincia di Trento.

Ciò che inoltre ritengo di particolare utilità, è il fatto che la Giunta regionale abbia accolto anche l'altra proposta di modifica presentata, dal competente Assessore, alla Commissione la proposta relativa cioè al diretto contributo in conto interessi. Su questo sono in assoluto contrasto con il collega Corsini, il quale ha trovato da ridire proprio su ciò. Vorrei cogliere questa occasione per ricordare al collega Corsini — qualora ce ne fosse bisogno — che questo metodo del diretto contributo in conto interessi, agli interessati, non è stato applicato solo tramite l'ultima stretta creditizia, ma che, modestia a parte, viene seguita fin dal 1957. Volendo, possiamo chiedere ai signori Assessori della Giunta provinciale se questo sistema abbia apportato, o meno, dei vantaggi. Proprio in questo, parecchi hanno potuto riscontrare che una possibilità ce l'abbiamo di rendere disponibili, su piano regionale, i fondi necessari per il settore dell'agricoltura. Fino ad oggi, infatti, si è sempre verificato che il denaro del risparmiatore agricolo è stato, sì, portato nelle Banche, ma che non è certamente tornato alla campagna nella stessa proporzione. Proprio in questo metodo risiede la possibilità di creare localmente delle riserve finanziarie; basti pensare alle Casse Rurali nonché alla possibilità di crediti privati. In tal modo avremmo la garanzia che tale contributo in conto interessi resti veramente dove deve restare. D'altronde è notorio come ci venga sempre ed ovunque mosso il rimprovero che tutte le leggi di finanziamento siano anzitutto un finanziamento per Istituti di Credito.

Come già detto, proviene dalle zone rurali assai più denaro di quanto ne ritorni alle stesse attraverso queste misure di incremento. Visto che sussiste la possibilità di contrarre un

prestito nelle zone agricole, ad un tasso d'interesse del 5%, la qual cosa è, in molti casi, fattibile presso le Casse Rurali, perché dovremmo costringere la gente ad accendere mutui presso Istituti di Credito cittadini, ad un tasso del 7-8%? Ritengo che si avrebbe così la possibilità di aiutare doppiamente le persone e non credo, collega Corsini, che lei voglia ignorare tali concetti. Lei sta facendo cenni di diniego, intendendo che non vi è in merito nulla da fare. Noi, per contro, abbiamo già molte prove come proprio una diretta assegnazione, agli interessati, di contributi in conto interessi, sia stata di sostanziale aiuto per dare impulso, per favorire iniziative economiche.

Nel presente disegno di legge è inoltre previsto che gli uffici forestali presteranno diretta assistenza ai danneggiati proprietari boschivi, aiutandoli nei computi ecc. Credo che questo vantaggioso provvedimento meriti particolare menzione. Gli uffici forestali vorrebbero, quanto più largamente possibile, dare una mano a questi proprietari di boschi, a queste associazioni, specie in quanto riguarda la progettazione, il tracciato delle strade. Anche ciò consentirebbe un grosso risparmio di spese, cosicché questo modesto importo — come ha voluto definirlo il precedente oratore — potrebbe venire utilizzato con più profitto. Noi sappiamo, d'altronde, quanto grandi siano le spese per la progettazione, specie se relative a zone montuose difficilmente accessibili, ove le tariffe vengono necessariamente aumentate dal 40 al 50%.

Per concludere, ed esprimendo a priori la mia riconoscenza per la presentazione di questo disegno di legge, vorrei dire ancora qualcosa, signor Assessore. Spero che l'intenzione, da lei già manifestata in questa sede, di voler presentare quanto più presto possibile una legge funzionale, avente per fine la costruzione di

strade poderali e boschive, non cada nell'oblio, ovvero che la realizzazione di quanto lei ha in mente di fare non si prolunghi troppo nel tempo.

Essenzialmente importante nella faccenda è che la rete delle strade poderali — mi riferisco qui alle zone montagnose — deve essere migliorata ancora di molto. Si è parlato dianzi di 600 Km di strade boschive; aggiungendovi le strade poderali, il chilometraggio risulterebbe quadruplicato. Non serve, pertanto, continuare a dire: « Aiutiamo il povero contadino di montagna! ». Dobbiamo invece provvedere, aiutandolo adeguatamente, a garantirgli l'esistenza nel suo maso; e la premessa per il conseguimento di tale fine consiste appunto nella costruzione di una strada d'accesso al maso. Credo che all'incirca 100 anni fa, fosse in Svizzera già in uso il detto: « Un buon sentiero rappresenta metà dell'economia, vuol dire soprattutto metà malga, rappresenta metà dell'economia boschiva ». Io ritengo che nel nostro territorio ciò si addica in senso assoluto a tutti i Comuni. È ovvio che dopo le mie qui esposte argomentazioni, voterò a favore di questa legge.)

PRESIDENTE: La parola al dr. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Dieser in Diskussion befindliche Gesetzentwurf stellt, wie bereits gesagt worden ist, eine Sondermaßnahme zur Behebung oder eine Hilfe bei der Behebung der Schäden der Unwetterkatastrophe an den Waldwegen dar. Aus der Diskussion anlässlich der Generaldebatte und aus den geäußerten Meinungen geht einwandfrei hervor, daß dieses Gesetz nicht nur als Sondermaßnahme hier im Regionalrat aufgefaßt wird, sondern als Ansatz für ein institutionelles Gesetz

zum Ausbau der Waldwege und zur Neuschaffung von Güterwegen, wie dies bereits abschließend mein Vorredner dargelegt hat.

Auf Grund dieser Auffassung möge diese Intervention meinerseits nicht als eine un gerechtfertigte Verlängerung der Sitzung ausgelegt werden, sondern ich möchte damit noch einige Gedanken vorbringen, die obwohl zum Teil bereits zum Ausdruck gebracht, vielleicht noch Anregung geben könnten, um diesen institutionellen Gesetzentwurf sich mehr zum Vorteil der Provinz Trient auswirken, als er sich zunächst für die Provinz Bozen auswirken kann, denn es muß zugegeben werden, daß dort anlässlich der Unwetterkatastrophe die Schäden an Waldwegen größer gewesen sind, da ja mehr Waldwege bereits bestehen, als dies in Südtirol der Fall ist. Meines Dafürhaltens besteht auch eine gewisse Begründung, weshalb die Kilometerzahl der Waldwege im Trentino größer ist: sind doch dort die Wälder zu 2/3 und mehr in Händen öffentlicher Körperschaften: der Gemeinden, der Separatverwaltungen für bürgerliche Nutzungsrechte. In Südtirol hingegen wird der Ausbau der Waldwege deswegen erschwert, weil der kleinere Teil des Waldes in den Händen öffentlicher Körperschaften ist und sich dazu noch meistens oberhalb der Privatwaldungen befindet, sodaß die Wege oft mit Schwierigkeiten durch diese Privatwaldungen durchgebaut werden müssen. Es muß zugegeben werden, daß besonders die Provinz Bozen an einer zu starken Parzellierung des Waldes leidet, sodaß durch diese Vielzahl der individuellen Eigentümer gewisse großzügigere Maßnahmen etwas erschwert werden. Wir müßten deswegen Wege und Möglichkeiten finden, die sich einstellenden Schwierigkeiten, die zumeist im Widerstand des Einzeleigentümers bestehen, auf möglichst kurzem Wege zu bereinigen. Man müste also hier eine

Möglichkeit finden, um diese Widerstände im Interesse des Waldes selbst und im Interesse einer größeren Gemeinschaft beseitigen zu können.

Wie dem auch sei, gestatten Sie mir, Herr Assessor, einen Standpunkt darzulegen, der anlässlich der Diskussion dieses Gesetzentwurfes nicht unerwähnt bleiben soll. Es ist sehr richtig gewesen, daß Sie den Wunsch der Kommission, wie bereits mein Vorredner Dr. Kapingger gesagt hat, angenommen haben und die Interventionen nicht vom Vorhandensein eines Wirtschaftsplans abhängig gemacht haben, sondern darüber hinweggegangen sind und die Geschädigten sozusagen gleichgestellt haben, unabhängig davon, ob diese Bedingung erfüllt ist oder nicht. Nach meinem Dafürhalten ist es aber berechtigt, dann von der öffentlichen Hand Geldmittel zu beanspruchen wenn im Dienste der Öffentlichkeit Opfer gebracht werden, in dem Sinne, daß dem Waldeigentümer z.B. bei Schlägerungen in jenen Waldgebieten, die zum Schutz da sind, Beschränkungen auferlegt werden. Wenn schon aus öffentlichem Interesse solche Beschränkungen auferlegt werden, dann sollten diese seitens der öffentlichen Hand durch entsprechende Maßnahmen irgendwie wettgemacht werden. Deswegen wird in diesem Gesetzentwurf richtigerweise für die Wiederinstandsetzung der Güterwege seitens der Körperschaften eine sehr geringe bürokratische Vorarbeit gefordert, da der Großteil derselben von der Forstbehörde selbst vorgenommen wird, dadurch daß sie bereit ist, bei der Berechnung der Schäden und bei der Projektierung behilflich zu sein. Ich bin sogar der Meinung, und zwar zum Unterschied zu dem was Herr Regionalratsabgeordneter Vinante gesagt hat, daß die in den Regionaldiensten tätigen Forsttechniker die Voraussetzungen haben, diese technischen Arbeiten zu

leisten. Wir sehen in der Forstbehörde und insbesondere in den Bezirksforstinspektoren zu meist allzusehr nur den Polizisten, der eine unrationelle Waldnutzung verhindern soll; wir sehen in ihm vielzuseher den Polizisten und zu wenig den helfenden Fachmann. Bei der Planung, bei der Ausarbeitung von Projekten für Wald- und Güterwege könnten diese Fachkräfte einen wesentlichen Dienst auch an der Allgemeinheit und an den Waldbesitzern, wer sie auch sein mögen, leisten. Deswegen wäre besonders zu befürworten, daß Waldwege direkt von behördlichen Einrichtungen projektiert werden, denn sobald für eine Initiative, die als richtig erkannt wird, ein Projekt da ist, läßt sich diese Initiative von der dazu berufenen Körperschaft wesentlich leichter verwirklichen. Das Projekt ist zumeist der große Hemmschuh, um gewisse als richtig erkannte Maßnahmen zu verwirklichen. Deswegen sollte von dieser Idee, die hier in diesem Gesetzentwurf bereits aufscheint, in der Zukunft noch viel mehr Gebrauch gemacht werden.

Ich wollte nur noch auf eine Anregung hinweisen, die vielleicht auch in diesem Gesetzentwurf noch eingebaut werden könnte und mit dem im Zusammenhang steht, was ich gesagt habe: wäre es nicht möglich, diese Hilfeleistungen außer den öffentlichen Körperschaften auch Gemeinschaften oder Interessentschaften zukommen zu lassen, die nicht gerade öffentliche Körperschaften sind, die aber auch solche Waldwege instandzuhalten haben und die unter dem italienischen Begriff « *comunioni private* » vielleicht einbezogen werden könnten. Es sollten auch private Gemeinschaften, — es müssen nicht unbedingt Rechtspersonen sein —, unterstützt werden. Ich wäre sehr dankbar, wenn man in diesem Gesetzentwurf auch diese « *comunioni private* » mitberücksichtigen könnte. Dies wäre ein zusätzlicher

Vorschlag, den ich nur deswegen vorbringe, weil ich der Auffassung bin, daß bei der Instandsetzung des durch das Unwetter geschädigten Waldwegenetzes die Privaten und die privaten Gemeinschaften genauso berücksichtigt werden sollten, denn auch sie sind den Einschränkungen in der Ausnützung ihres Eigentums im Interesse der Öffentlichkeit unterworfen.

Nur noch ein letztes Wort zu den Ausführungen des Herrn Regionalratsabgeordneten Corsini und zu den meines Vorredners Dr. Kapfinger, was die Methode der Hilfeleistung betrifft. Ich möchte die Ausführungen von Dr. Kapfinger hinsichtlich der direkten Zinsbeitragsgewährung an die Körperschaft selbst, nochwals unterstreichen. Wenn die Körperschaften verpflichtet, Darlehen aufzunehmen, dann kommt die Zinshilfe, also die Gelder, die die Region auswirft, in erster Linie den Kreditinstituten zugute. Wir können die Kreditinstitute auf die von Dr. Kapfinger vorgeschlagene Weise ausschalten, indem man versucht, Geldmittel, die eventuell örtlich aufgebracht werden können, zu einem etwas höheren Zinssatz aufzunehmen als das Kreditinstitut, die Sparkasse beispielsweise, demjenigen gibt, der das Geld hinterlegt. Und da ist eine sehr große Differenz zugunsten des Kreditinstituts. Warum kann man dieselbe nicht gleich der Körperschaft zugutekommen lassen, wenn die öffentliche Stelle bzw. die Region dabei nicht mehr auszugeben braucht? Aus den Erfahrungen, die wir mit dem Frostberechnungsgesetz gemacht haben und auf das sich mein Vorredner bezogen hat, müssen wir feststellen, daß es recht günstig gewesen ist, diese privaten örtlichen Geldmittel zu einem angemessenen Zinssatz zu leihen, damit dann ein niedrigerer Zinssatz für den Darlehensnehmer herauskommt. Ich glaube, daß wir uns

wohl darüber gleicher Meinung sind, die im Gesetz eingebaute Möglichkeit als vorteilhaft anzusehen. Ich bitte mir nachzusehen, wenn ich mich etwas länger mit diesem Gesetzentwurf befaßt habe. Ich hoffe aber, daß die gemachte Anregungen auch als Grundlage für einen zu erwartenden institutionellen Gesetzentwurf der Region Verwendung finden können, mit dem überhaupt das Güterwegeproblem und nicht nur das Problem der Waldwege durch ein gutes System und die Bereitstellung der wirklich erforderlichen Mittel angegangen werden kann.

(Il disegno di legge attualmente in discussione rappresenta, come già è stato detto, un provvedimento straordinario per la rimozione dei danni provocati dall'alluvione alle strade forestali. Dalla discussione in sede di dibattito generale, e dalle opinioni espresse, emerge chiaramente che questa legge non viene intesa, qui nel Consiglio regionale, solo quale provvedimento straordinario, bensì quale principio per una legge istituzionale preposta alla sistemazione delle strade forestali ed alla creazione di nuove strade poderali; ciò è stato già detto dal precedente oratore a chiusura delle sue argomentazioni.)

Stante la suddetta interpretazione, vorrei che non si considerasse questo mio intervento come un voler prolungare la seduta; io desidero semplicemente esprimere ancora alcune idee che, pur essendo in parte già state manifestate, potrebbero costituire un ulteriore spunto ad elaborare, conformemente alle esigenze, questo istituzionale disegno di legge. Certamente i suoi effetti torneranno più di vantaggio alla provincia di Trento, di quanto non lo potrebbero tornare, in un primo tempo, alla provincia di Bolzano, poiché bisogna ammettere che a Trento i danni causati dall'alluvione alle

strade forestali, sono stati maggiori, in quanto vi sono laggiù più strade boschive che non in Sudtirolo. Il mio parere, secondo cui il chilometrotraggio delle strade forestali è, nel Trentino, maggiore, ha un certo fondamento: infatti i boschi sono laggiù per i 2/3 e più in mano ad enti pubblici: ai Comuni, alle amministrazioni autonome per gli usi civici. Nel Sudtirolo, per contro, la sistemazione delle strade forestali è resa più difficoltosa dal fatto che la parte più piccola del bosco è in mano ad enti pubblici ed oltretutto si trova, per lo più, al di sopra delle proprietà boschive private, cosicché le strade di passaggio devono venir costruite, spesso con difficoltà, attraverso detti boschi privati. Bisogna ammettere che in particolare la provincia di Bolzano è assoggettata ad una troppo forte lottizzazione boschiva, per cui, causa questo gran numero di proprietari singoli, si rende più difficoltoso prendere certe misure in grande stile. Dovremmo pertanto trovare la via e la possibilità che consentano di eliminare gli ostacoli, conseguenti per la maggior parte alla opposizione del singolo proprietario, nella maniera più celere. Trovare dunque una possibilità di riuscire, nell'interesse del bosco stesso e di gran parte della comunità, a vincere l'opposizione anzidetta.

Comunque sia, mi consenta signor Assessore di esporre un punto di vista degno di menzione. Lei, come ha già detto il collega Kapfinger, ha fatto in modo, accogliendo la richiesta della Commissione, di non subordinare un intervento all'esistenza di un piano economico di sviluppo, e di avervi soprasseduto equiparando, per così dire, i diritti dei danneggiati, indipendentemente dal fatto che si provveda, o meno, alla realizzazione del succitato piano economico di sviluppo. Secondo me, comunque, la richiesta di fondi pubblici sarebbe però giustificata solo qualora dovesse venir sacrifi-

cato qualcosa per il bene della comunità, giustificato nel senso cioè che se al proprietario boschivo dovessero, nell'interesse pubblico, essere poste delle restrizioni in caso, ad esempio, di tagli in quelle zone boschive necessarie alla difesa del suolo, gli organi pubblici dovrebbero, mediante adeguati provvedimenti, provvedere a risarcire la perdita. Perciò nel presente disegno di legge si richiede, riguardo alla sistemazione delle strade poderali, un impegno minimo da parte degli enti su quanto concerne la preliminarizzare prassi burocratica, dato che gran parte del lavoro verrà espletata dalle stesse autorità forestali, disposte appunto a prestare il loro aiuto nella progettazione, nonché nel compimento dei danni. Io sono addirittura del parere, contrariamente a quanto espresso dal consigliere regionale Vinante, che i tecnici forestali alle dipendenze della Regione, abbiano tutti i numeri per svolgere questi lavori di natura tecnica. Noi, nelle autorità forestali ed in special modo negli ispettori del dipartimento forestale, vediamo per lo più solo il poliziotto che deve vietare un irrazionale sfruttamento del bosco; vediamo appunto troppo il poliziotto e troppo poco il tecnico. Queste forze specializzate potrebbero, nell'elaborazione dei progetti relativi a strade boschive e poderali, rendere un servizio di sostanziale importanza anche alla comunità ed ai proprietari dei boschi, chiunque essi possano essere. Sarebbe pertanto particolarmente da raccomandare che le strade forestali venissero progettate tramite l'autorità pubblica, poiché una volta che per un'iniziativa ritenuta valida, fosse stato elaborato il progetto, l'iniziativa stessa sarebbe sostanzialmente più facile da realizzare dagli organi preposti allo scopo. Il più delle volte, infatti, nell'attuazione di provvedimenti riconosciutamente validi, il cuneo d'arresto è rappresentato proprio dal progetto. Per questo si dovrebbe, in futuro,

sfruttare di più il concetto che già emerge da questo disegno di legge.

Vorrei inoltre accennare ad una iniziativa che potrebbe venire anch'essa incorporata in questo disegno di legge e che è connessa a quanto ho già detto, cioè: non sarebbe possibile far avere questi aiuti, oltre che ad enti pubblici, anche ad associazioni o interessenze cui, pur non essendo enti pubblici, competerebbero la manutenzione delle strade forestali, e che potrebbero forse venire incluse sotto la denominazione italiana « comunioni private »? Anche le associazioni private — e non è indispensabile che abbiano, per questo, personalità giuridica — dovrebbero venire sovvenzionate. Sarei grato, quindi, se si volesse tenere in considerazione, in questo disegno di legge, anche dette « comunioni private ». È questa la proposta supplementare che avanzo, in quanto sono dell'avviso che nella sistemazione delle strade forestali danneggiate dall'alluvione, debbano essere tenuti in considerazione anche i singoli proprietari e le « comunioni private », poiché riguardo allo sfruttamento cui, nell'interesse pubblico, viene sottoposta la loro proprietà, sono essi pure assoggettati a restrizioni.

Ancora poche parole sulle argomentazioni del consigliere regionale Corsini e del dott. Kapfinger in merito al metodo seguito per le provvidenze. Vorrei fare un'ulteriore precisazione sulle esposizioni del dott. Kapfinger in merito alla diretta concessione dei contributi in conto interessi, agli enti pubblici. Qualora noi si obblighi gli enti a contrarre un mutuo, il contributo in conto interessi, ovvero il denaro sborsato dalla Regione, tornerebbe a beneficio anzitutto degli Istituti di Credito. Noi si potrebbe escludere dalla faccenda le Banche nella maniera proposta dal dott. Kapfinger, tentando cioè di prestare del denaro, reperito

eventualmente in loco, ad un tasso d'interesse un po' più alto di quello che l'Istituto di Credito, per esempio la Cassa di Risparmio, concederebbe a chi depositasse il denaro. Ecco dove sta la grande differenza a vantaggio delle Banche. Perché non si potrebbero avvantaggiare quegli organismi mettendo il denaro direttamente a loro disposizione, visto che ciò non costituirebbe per l'ente pubblico, nella fattispecie la Regione, una spesa maggiore? Stante le esperienze da noi fatte con la legge sugli impianti anti-brina ed in base a ciò cui si è riferito il precedente oratore, dobbiamo constatare che sarebbe veramente vantaggioso prestare fondi, reperiti localmente in forma privata ad un tasso d'interesse minore, anche per il mutuatario. Credo che noi si sia certo concordi nel ritenere vantaggiose le possibilità emergenti dal testo di questa legge. Spero comunque che le iniziative suggerite possano servire alla Regione anche quale base per il tanto atteso disegno di legge, istituzionale, che consenta di affrontare mediante un buon sistema e la messa a disposizione dei mezzi realmente necessari, non solo il problema delle strade forestali, ma soprattutto quello relativo alle strade poderali.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Io voglio aggiungere qualche parola a quanto ho detto prima, perché gli interventi dei colleghi Kapfinger e Brugger hanno un poco puntualizzato la questione, ma a mio avviso non l'hanno affatto risolta. Perché una delle due: o questi enti interessati hanno la possibilità di fare i lavori senza ricorrere a mutui o a prestiti — e specifico poi perché aggiungo anche questo termine — e allora non vedo perché si debba ad essi concedere un concorso in conto interessi; o per lo meno non mi

pare che la legge dica la verità. Aumentiamo quello che è il concorso capitale per coloro che non ricorrono a mutui o a prestiti, ma non diciamo che concediamo dei concorsi in conto interessi a chi mutui e prestiti non accende. Perché non m'immagino che un ente pubblico si rivolga a dei privati per avere dei mutui o dei prestiti. Il problema è — e qui è ragionevolmente posto dalla S.V.P. — se si tratta di concedere il concorso in conto interessi, soltanto a chi ricorre a istituti di credito non locali, anche se operano localmente, Cassa di risparmio o altri istituti, o se si possa concedere il concorso in conto interessi anche a chi ricorre alle Casse rurali. E allora non c'è altro che da essere più espliciti e più veritieri, e invece che parlare di mutui soltanto, parliamo di mutui e di prestiti, e invece di parlare di istituti bancari — be', qui basterebbe anche questa terminologia — specifichiamo mutui bancari quivi comprese le Casse rurali, e possiamo effettivamente concedere il concorso in conto interessi, con il raggiungimento di quelle finalità che sembra — e giustamente — stiano così a cuore ai colleghi della S.V.P., cioè di vedere l'utilizzo del capitale locale ed eventualmente quell'interesse che al capitale viene retribuito, che sia l'interesse che rimane localmente e quel capitale locale. Altrimenti noi diciamo qualche cosa che non ha significato, perché affermiamo che diamo un concorso in conto interessi a chi non ha da pagare degli interessi, perché mutui o prestiti non accende. Perché questa è la verità. Dire che diamo un concorso a chi non intende accendere il mutuo, vuol dire che regaliamo qualche cosa in conto capitale, niente di più. Io aderisco alle osservazioni fatte dai colleghi della S.V.P. e se questo termine di mutui, come indubbiamente è, esclude il ricorso alle Casse rurali, le quali possono fare per il loro statuto soltanto dei prestiti quinquennali, che

poi si sa benissimo però vengono ulteriormente prorogati e via dicendo, inseriamo anche il termini di « prestiti », e inseriamo anche che può essere dato il concorso in conto interessi anche nei confronti delle Casse rurali presso cui si sia acceso un prestito. Ma adesso se si vuole addirittura dire che noi facciamo una pietosa bugia e diciamo che paghiamo un concorso in conto interessi a chi mutui non accende, io sinceramente non credo di poter addivenire, proprio per un atto di obiettività e di sincerità della legge, ad approvare un dispositivo di questo genere. Tutto qui. E mi pare che le cose potrebbero essere risolte con buona pace di tutti.

PRESIDENTE: La parola al cons. Sembenotti.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): Solo per dire che noi siamo, in linea generale, in linea di massima, d'accordo con questo provvedimento legislativo. Abbiamo comunque delle perplessità, perplessità che peraltro sono già state sollevate, prima di me, dal collega Vinante, ossia il contributo in conto capitale previsto nella misura massima del 50% della spesa ammessa. Qui si ammette che i comuni e gli enti minori debbano spendere circa 700 milioni per questa viabilità. La Regione concede un contributo del 50%, il che vuol dire che 350 milioni restano a carico di questi comuni, di queste comunità minori. C'è il caso di chiedere come faranno questi organismi, questi enti, a pagare questi 350 milioni. Noi non vediamo che ci sia una resa tale, nella spesa di 700 milioni, una resa tale che consenta a questi comuni di pagare, di ammortizzare questi debiti. Ci troveremo perciò di fronte, tra qualche anno, a dover fronteggiare ulteriori debiti dei comuni per 350 milioni. Dovremo reintegrare i bilanci deficitari e troveremo questi 350 milioni, o comunque in

qualche altro modo la Regione dovrà intervenire. Questo per quanto riguarda l'intervento in conto capitale. Per quanto riguarda il concorso nel pagamento degli interessi, io direi che la voce « mutui » è giusto che sia o è forse meglio che sia mutata nella voce « prestiti », proprio per dare la possibilità, come è stato detto qui, ai comuni e agli enti che intendono accendere questi mutui, di richiedere anche dei prestiti presso casse rurali o presso altri enti, e non vincolarsi semplicemente al mutuo, il quale, la stessa parola lo dice, è a lunga scadenza e perciò deve essere contratto necessariamente con determinati istituti di credito. Io penso che la Giunta regionale si sia già posto il problema e abbia già esaminato la possibilità di intervenire successivamente per sanare questo debito dei comuni, in un secondo tempo. Comunque, se ciò non fosse stato fatto, mi auguro che quanto prima esamini questo problema.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? La parola all'assessore.

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): Io sono molto grato ai signori consiglieri che hanno particolarmente sottolineato il quadro di impostazione di questa legge, indicandone non solamente le ragioni di carattere alluvionale, ma giudicandola come un anticipo di un provvedimento che affronti un tema fondamentale per l'economia alpina e soprattutto dell'Alto Adige, ma anche del Trentino, e che è quella della viabilità forestale o di montagna in generale, tema sul quale il Consiglio regionale si è intrattenuto qualche mese fa, e ricordiamo bene che ha anche votato un ordine del giorno conclusivo e piuttosto impegnativo. E sottolineo questo aspetto per dire che l'auspicio espresso qui, soprattutto dai con-

siglieri Martinelli, Kapfinger e Brugger, trova la piena rispondenza, nel senso che in effetti stiamo già adesso attendendo allo studio, all'impostazione tecnica, ancora prima che finanziaria — ed è tema evidentemente che dovrà andare alla specifica attenzione della Giunta — allo studio di un provvedimento di legge, che possa inquadrare i temi della viabilità di montagna, nell'ambito del 1968, a partire dal '68, considerando comunque gli specifici strumenti che già oggi possono proporre il Piano verde, sia pure in misura piuttosto modesta, o la nuova legge della montagna, il cui testo verrà presentato nelle prossime settimane al Consiglio dei Ministri. Dico che corrisponde in pieno l'auspicio che i consiglieri che ho citato hanno fatto e che è nelle nostre intenzioni arrivare alla proposta di uno specifico disegno di legge sulla viabilità forestale e di montagna. Ciò mi pare che possa anche in qualche modo fare intendere come il disegno di legge che ora presentiamo non è riepilogativo dell'intera tematica, tuttavia vorrei fare giustizia di alcune perplessità che sono state avanzate, di alcune ipotesi di dubbio, di qualche interrogativo, circa ciò che in effetti questa legge potrà rappresentare, anche sotto il solo profilo del ripristino post alluvionale, rispetto alla viabilità forestale. Dico che anche accogliendo suggerimenti che sono venuti dalla commissione consiliare, la quale appunto ha proposto l'ampliamento dei criteri attraverso i quali venire incontro a tutta la tematica della viabilità alluvionale, e quindi non solo per gli enti il cui patrimonio è fornito di piano economico, ma anche per tutti gli altri comunque aventi patrimonio boschivo, accettando questo criterio noi abbiamo notato come si andava incontro evidentemente a una maggiore previsione di spesa e un emendamento che abbiamo proposto, e che verrà poi letto all'art. 9 della legge, modifica le previsioni di

finanziamento, nel senso che lo stanziamento previsto nel primo tempo in conto capitale per 275 milioni, viene portato a 320 milioni, e il fondo che era previsto per i contributi in conto interessi, viene portato nel decennio da 250 a 275 milioni, il che evidentemente ci consente di affrontare, come ho detto, l'intera tematica e accogliere le richieste pervenute complessivamente, sia pure in questa fase interlocutoria che è precedente all'entrata in vigore della legge, da 138 enti beneficiari di questa legge, 111 dei quali sono provvisti di piano economico e 27 non hanno piano economico. E secondo la proporzione, mi ha accennato il dott. Brugger, corrispondente ai danni che sono effettivamente verificati, 102 di questi enti sono in provincia di Trento e 36 in provincia di Bolzano, con interventi che globalmente mobiliteranno una somma di 715 milioni in provincia di Trento e 235 milioni di opere in provincia di Bolzano. La media di intervento che abbiamo previsto nella programmazione di questa legge e delle opere conseguenti, non mi pare sia tale da scoraggiare iniziative da parte degli enti locali al punto che, come temeva il cons. Vinante, si possa ipotizzare il caso di comuni che rinunciano ai benefici di questa legge per insufficienza di interventi. Mediamente contiamo di venir incontro nell'intervento in conto capitale nella misura del 33-35% sud massimo del 50% che la legge prevede, ma è chiaro che nel predisporre questo intervento in conto capitale, noi terremo conto di alcuni criteri, terremo conto evidentemente del patrimonio interessato a questo intervento, terremo conto dello stato dei bilanci dei comuni o degli enti comunque che si presentano alle provvidenze della legge, terremo conto evidentemente dei danni che si sono verificati nell'ambito di tale patrimonio, e quindi vi saranno — cito Primiero per dire il caso più clamoroso — in cui si arriverà al

massimo evidentemente del contributo al totale della rimanente spesa che copriremo in conto interessi, ma comunque noi, a parte questa media del 33-35% in conto capitale, sulla rimanente parte prevediamo di intervenire in conto interessi con la percentuale massima prevista dalla legge, che è quella del 4,75 nel decennio. Quindi credo che, ripeto, talune preoccupazioni, almeno in linea generale, non si possono considerare fondate; vi potranno essere i casi particolari, ma essi evidentemente verranno alla luce dopo che la legge sarà stata approvata e saranno affrontati, secondo come la situazione merita. E neanche vorrei dire che vi sia una situazione così arretrata dal punto di vista della predisposizione dell'entrata in vigore della legge, quindi del meccanismo di attuazione di questa legge, perché fino a questo punto gli ispettorati distrettuali forestali hanno effettuato sopralluoghi su tutta l'area delle zone interessate a questi ripristini alluvionali. È rimasta parzialmente esclusa fino a questo momento la valle di Primiero; questo non per ragioni di volontà o di disponibilità di tecnici, ma per il fatto che la viabilità nella zona di Primiero, anche quella forestale, è subordinata poco o tanto alla tematica generale della viabilità statale e provinciale e si stanno in questo momento realizzando degli impieghi di coordinamento a questi altri livelli, perché di conseguenza anche la viabilità forestale vera e propria dovrà essere, più o meno, poco o tanto, modificata, in relazione appunto a tali intese. Ma per il resto posso dire che sulla intera area si sono fatti questi sopralluoghi, si sono fatti questi accertamenti di danno, si sono iniziate le progettazioni, cosicché già adesso, entrando in vigore la legge nei tempi presumibili, siamo in grado di mantenere quelle scadenze che gli articoli della legge prevedono e cioè della fornitura da parte degli ispettorati distrettuali

dei preventivi di spesa, rispettivamente dell'inoltro alla direzione dei servizi forestali delle delibere da parte dei comuni, degli enti richiedenti le provvidenze della legge, senza quindi che vi possano essere dei danni o dei ritardi eccessivi. E, ripeto, inoltre i comuni, gli enti hanno già avuto in data 18 aprile, quindi già 2 mesi e mezzo fa, una circolare da parte dell'assessorato, nella quale i criteri della legge venivano illustrati ampiamente, e già da quel momento comuni ed enti erano nella condizione di stipulare intese di massima con gli ispettorati distrettuali, e anzi di potersi mettere al lavoro per la riapertura della viabilità alluvionata, il che in moltissimi casi si è fatto, il che in qualche caso, o forse in molti casi, non si sarà fatto, ma questo in dipendenza forse di perplessità o di ritardi locali, non in dipendenza di impossibilità di ordine burocratico o tecnico, forse in dipendenza di qualche speranza che i comuni potevano avere in rapporto alla legge 1142, che prevede il totale carico del ripristino in sede regionale — poi si è chiarito che per le strade forestali non potrà avere luogo — il che può avere comportato un certo ritardo, ma comunque dipendente da queste situazioni che evidentemente sono connesse con l'intera tematica delle alluvioni e dei fatti post-alluvionali. Detto questo neanche vorrei preoccuparmi, mi pare non vi siano elementi di preoccuparsi per ragioni di carattere fito-sanitario, perché non mi risulta che fino a questo momento vi siano segnalazioni in questo senso. La situazione la teniamo controllata, abbiamo chiesto al consulente che è venuto dall'Austria in due occasioni e ha verificato lo stato dei boschi, sia pure per sondaggi di massima, abbiamo anche in qualche caso provveduto a qualche sperimentazione specifica nell'ambito delle foreste demaniali attraverso l'uso dei prodotti chimici, e questo per maggiore cautela, ma comunque non è che in

questo momento vi siano segnalazioni di fatti di bostrico in nessun modo tali che possano pregiudicare il valore del legname o lo stato fitosanitario in generale. Per il resto potremmo scendere in qualche dettaglio di richieste formulate.

C'è una prima obiezione, che mi pare piuttosto interessante e che è stata avanzata dal cons. Corsini, che riguarda quella dizione che c'è all'art. 2 della legge circa gli enti interessati che non intendano o non possono accedere al mutuo previsto. Qui è noto che l'origine di questa proposta, di questa modificazione, è nella osservazione fatta dalla commissione, che, secondo il testo predisposto dalla Giunta, e cioè quindi nel rapporto diretto con gli istituti di credito, le amministrazioni separate di uso civico per ragioni giuridiche non avrebbero potuto produrre le garanzie necessarie, e quindi sarebbero rimaste escluse da questo secondo tipo di provvidenza, quella in conto interessi. Ed allora si è ripetuta, direi letteralmente, la formulazione dell'art. 17 della legge dei lavori pubblici, tale che consentirà agli enti comunque denominati, diversi dai comuni, in sostanza, di potere sul posto, secondo quanto ha accennato il cons. Kapfinger, prevedere forme di assunzione di debito, che avranno il soccorso conseguente predisposto da questo articolo della legge in conto interessi. Io sarei del parere, salvo che non vi sia qualche dizione specifica che il cons. Corsini vuole proporre, di mantenere questo testo, anche perché questo testo è stato elaborato in modo specifico, riprendendo quello della legge 17, in sede di ufficio legislativo e di ragioneria della Regione, e anche se capisco che può dare qualche ombra, perché in effetti può configurare l'ipotesi di qualcuno che vuole ricorrere a un qualche gioco di furbizia. Se per un verso posso assicurare che queste situazioni verranno tenute d'occhio dagli uffici,

tuttavia è chiaro per altro verso che non vorrei, modificando qui una dizione, un testo, creare magari qualche situazione che sia di danno effettivo a enti, che anche in buona fede utilizzino queste dizioni, in sede di Corte dei conti o in qualche altra sede, così da rendere più onerosa, più difficile o più impegnativa la applicazione della legge per questo aspetto. Io quindi, se il cons. Corsini consente, sarei del parere di mantenere questo testo, anche se capisco come quel verbo « non intendano », di per sé può apparire eccessivo o pleonastico e come « non possano », invece, può avere una sua immediata possibilità di giustificazione anche rispetto a quei timori dal cons. Corsini espressi.

Circa altre osservazioni fatte, mi pare di essere debitore soltanto al cons. Brugger di una risposta. Il cons. Brugger vorrebbe che si potessero includere nelle provvidenze di legge anche proprietà giudicate e che giuridicamente si configurano come private, quali le interessenze e via dicendo. Io non sono di questo parere, cons. Brugger, anche perché andremmo a riaprire i confini di questa legge da un punto di vista finanziario, appesantendo ulteriormente la situazione e praticamente arrivando a voler fare troppe cose con i soldi che ci sono, che pur tuttavia sono tutt'altro che trascurabili, ma evidentemente riducendo mediamente la possibilità di intervento su tutto il settore. Io dico che le interessenze in quanto tali o comunque di proprietà privata, possono comunque già oggi ricorrere, in quanto le disponibilità esistano, alla legge 1142 per l'art. 20, lettera f), e potranno comunque io penso essere queste situazioni considerate anche da noi nell'ambito della legge della montagna o di interventi già predisposti, in modo comunque da tener conto, da fronteggiare le situazioni di danno, di disagio, che si fossero verificate in conseguenza dell'al-

luzione e quindi anche con una specifica generosità di considerazione da parte nostra. Ma non vorrei ripeto inserire novità in questo senso; manterrei fisso il criterio che solo enti pubblici, come tali considerati, abbiano ad accedere a questa legge. Ripeto, se altri casi vi fossero che riguardino proprietà private, queste le potremmo vedere a parte, sarò lieto se mi verranno segnalate; non le lasceremo evidentemente prive di un aiuto, ma non vorrei in questo momento riaprire discorsi di questo tipo. Per il resto concludo rispondendo ad una preoccupazione che ha espresso il cons. Vinante, mi pare, e che poi il cons. Brugger ha preso come forma di auspicio, circa la possibilità che in futuro, sullo schema di questa legge, le ulteriori iniziative che riguardino nuove costruzioni di strade forestali, quindi l'ampliamento della rete viabile forestale, vengano assunte direttamente dagli uffici forestali e dai ripartimenti e dai distretti. Qui evidentemente è chiaro che io non respingo questa ipotesi. Dico che per quanto riguarda — mi riferisco alle preoccupazioni del cons. Vinante — la situazione attuale, mi pare che la dotazione dei tecnici presso gli uffici ripartimentali sia sufficiente a venire incontro a queste esigenze di prestazioni di carattere straordinario. Certo è che se dovessimo in futuro ripetere lo schema per l'ulteriore piano della viabilità forestale, in quel momento si porrebbe un problema di potenziamento degli uffici e di nuove dotazioni tecniche, e questo evidentemente è tema da vedere a parte, è tema che in questo momento non consente una mia assicurazione, è tema che in questo momento comunque stiamo considerando, proprio in rapporto allo studio che stiamo facendo di una legge speciale che riguardi la viabilità forestale e la viabilità di montagna in generale.

Ho concluso, mi pare, e spero in modo

idoneo, la mia fase di replica, e passiamo ora alla discussione articolata.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa.

È stato presentato un ordine del giorno, che dice: « *In considerazione della urgente necessità di aprire alla vita economica le zone montane, il Consiglio regionale impegna la Giunta regionale a presentare ancora entro il corrente anno un disegno di legge per il finanziamento della costruzione di nuove strade forestali e poderali nelle zone montane in oggetto* ».

Firma: Volgger, Kapfinger, Unterpertinger, Fioreschy.

Chi chiede la parola all'ordine del giorno?
La parola al dott. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Die Wiederinstandsetzung von öffentlichen Anlagen und Bauten, die durch Naturkatastrophen beschädigt worden sind, ist sicher ein sehr löbliches Unterfangen. Deswegen geben wir diesem Gesetzentwurf auch unsere Zustimmung.

Man sollte aber trotz der Vordringlichkeit der Wiederinstandsetzung von Wegen und öffentlichen Anlagen nicht vergessen, daß auch Neubauten von größter Dringlichkeit und Notwendigkeit sind. Man kann nicht bloß, glaube ich, die augenblickliche Situation, die nach den Überschwemmungen entstanden ist, allein berücksichtigen. Der Herr Assessor weiß, daß diese Tagesordnung ja nichts Neues zum Inhalt hat; wir haben eine ähnliche Tagesordnung schon bei der Bilanzdebatte für das Jahr 1966 eingebracht und haben diese Wünsche bei der

Bilanzdebatte im Jahr 1967 wiederholt. Und wir benützen die heutige Gelegenheit, um noch einmal den Wunsch vorzubringen, daß die Region endlich ein organisches Gesetz für den Bau von Wald- und Güterwegen einbringen möge. Über die Notwendigkeit der Erstellung solcher Wege sind wir uns doch alle einig. Ich glaube, auch der Herr Assessor ist sich der Notwendigkeit genau so bewußt wie wir.

Wir haben bei der Bilanzdebatte für das Jahr 1966 erwähnt, daß die Regionen Sardinien, Aostatal und Friaul-Julisch Venetien bereits über regionale Gesetze auf diesem Sachgebiet verfügen. Man hat uns damals von seiten des Regionalausschusses zugesichert, die Einbringung eines solchen Gesetzes in Erwägung ziehen zu wollen. Inzwischen sind zwei Jahre vergangen und wir vermissen noch immer ein organisches Gesetz der Region zum Bau von Wald- und Güterwegen. Dieses Gesetz müßte unseres Erachtens mit den Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Grünen Plan, aus dem Berggesetz und mit einer zusätzlichen Finanzierung seitens der Region gemacht werden, denn Sie wissen, Herr Assessor, der jetzige Grüne Plan sieht nur mehr 50% für den Bau von Güterwegen vor. Und mit 50% Beitrag kann man, glaube ich, in den Berggebieten keine Güterwege machen. Vielleicht hat man früher manchmal auch zuviel gegeben, indem man bis zu 87% Zuschuß gab. Aber 50% sind zuwenig. Man müßte also diese Finanzierung, die im Grünen Plan und auch im hoffentlich bald genehmigten neuen Berggesetz einen Ansatzpunkt hat, durch eine zusätzliche Finanzierung mit regionalen Geldern ermöglichen. Deswegen, Herr Assessor, haben wir diese Tagesordnung eingebracht. Es muß endlich ein Weg gefunden werden zu einer organischen Erschliessung der Bergzonen. Sie sind sich sicher, Herr Assessor, wie wir bewußt, daß, wenn wir

nicht Wald- und Güterwege bauen, die Berggebiete keine Zukunft mehr haben. Wir sind der Auffassung — und ich habe diese Auffassung einmal von einem Fachmann auf dem Gebiet des Forstwesens bestätigt erhalten —, daß in zwanzig bis dreißig Jahren eine Holzschlängerung in den Wäldern, in den Bergen überhaupt unrentabel werden wird, wenn man nicht Wege baut, wenn man nicht die Möglichkeit schafft, die Arbeiter zur Arbeitsstelle zu bringen und das Holz zu Tal zu schaffen. Und wenn wir diese Gebiete nicht eines langsamen Todes sterben lassen wollen, dann müssen wir den Bewohnern die Möglichkeit verschaffen, zu ihren Wirtschaftsbetrieben, zu ihren Wäldern zu kommen und auch die Produkte wegbringen zu können. Deswegen würde ich Sie bitten, wirklich ein solches Gesetz ehestens einzubringen.

(Signor Presidente! Colleghe e Colleghi! Poiché il ripristino di costruzioni ed impianti pubblici danneggiati dalla alluvione è senz'altro un'impresa lodevole, approveremo indubbiamente questo disegno di legge.

Malgrado l'urgenza di provvedere a tali ripristini, non va però dimenticata la pressante necessità di costruzioni nuove. Infatti non si può, io credo, tenere in considerazione solo la situazione venutasi a creare causa le alluvioni. Il signor Assessore sa che questo ordine del giorno non contiene nulla di nuovo; noi ne avevamo presentato uno analogo nel 1966 in occasione del dibattito sul bilancio, ed avevamo espresso questi desideri durante il dibattito sul bilancio, nel 1967. Cogliamo oggi l'occasione per fare nuovamente presente il desiderio che la Regione voglia finalmente presentare una legge organica preposta alla costruzione di strade boschive e poderali. Sulla necessità di tali

strade siamo ben d'accordo tutti, compreso, io credo, il signor Assessore.

In occasione del dibattito sul bilancio del 1966, abbiamo ricordato come le regioni Sardegna, Val d'Aosta e Friuli-Venezia Giulia, dispongano in questo campo già di una legge regionale. Ci è stato a quel tempo assicurato dalla Giunta regionale che sarebbe stata presa in considerazione la presentazione di una legge del genere. Sono trascorsi nel frattempo due anni e noi lamentiamo ancor sempre la mancanza di una regionale legge organica preposta alla costruzione di strade boschive ed interpoderali. Una legge del genere dovrebbe, a nostro avviso, potersi avvalere delle possibilità di finanziamento relative al Piano Verde, della legge sulla montagna e da un finanziamento suppletivo da parte della Regione, in quanto, come lei sa signor Assessore, è previsto ormai solo il 50% dei fondi necessari alla costruzione delle succitate strade, e non credo che ciò possa essere sufficiente, per costruire strade poderali nelle zone montagnose. Forse in passato si è qualche volta anche troppo largheggiato, giungendo all'87% di contributo, ma resta comunque il fatto che il 50% è troppo poco. Si dovrebbe quindi rendere possibile questo finanziamento, il cui punto di partenza consisterebbe nel Piano Verde e nella legge sulla montagna, sperabilmente prossima all'approvazione, renderlo possibile, ripeto, mediante un finanziamento supplementare da parte della Regione. Per tale motivo, signor Assessore, abbiamo appunto presentato questo ordine del giorno. È necessario trovare finalmente la via che consenta di risolvere il problema relativo all'accessibilità nelle zone di montagna. Lei, come noi, è certamente consapevole che non provvedendo alla sistemazione delle strade boschive e poderali, non vi sarebbe più futuro per le zone montane. Noi siamo del parere — ed uno specialista nel cam-

po della silvicoltura mi ha una volta confermato essere della stessa opinione — che fra 20 o 30 anni un taglio di alberi nei boschi o sui monti potrà risultare addirittura infruttuoso, qualora non si costruiscano le strade necessarie, qualora non si crei la possibilità di poter portare gli operai sul posto di lavoro, e di trasportare il legname a valle. Se non vogliamo perciò lasciar morire di morte lenta quelle zone, dobbiamo provvedere a che la gente possa raggiungere i propri possedimenti, i propri boschi, ed inoltre, che possa trasportare a valle i propri prodotti. Per questo la pregherei, signor Assessore, di voler presentare al più presto una legge in tal senso.)

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'ordine del giorno? La parola all'assessore.

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): Vorrei dire al consigliere Volgger e ai colleghi della S.V.P., che quanto alla opportunità di ampliare la rete forestale, essi trovano nella Giunta e nell'assessore che parla una piena comprensione, nel senso che là dove abbiamo realizzato una migliore viabilità forestale e anche dove l'abbiamo costruita ex novo, abbiamo visto subito che il prezzo del legname andava a crescere fra le 1.500 e le 2.000 lire al mc., per questo solo fatto. È chiaro quindi che questo significava un incremento per i patrimoni e per le possibilità locali che era del tutto considerevole. Vorrei d'altra parte sottolineare che la legge che ora stiamo votando significherà, in termini direi di previsione concreta, un intervento su 575 km. di strade forestali, la maggior parte lo ammette nel Trentino in dipendenza dei fatti che si sono verificati e

su 235 strade. Quindi non vorrei che il fatto di dare a questa legge un significato soltanto alluvionale e un significato di questo tipo, quale indubbiamente che essa ha, faccia quasi pensare che il tipo di intervento configuri mediocri possibilità di ripresa per le vallate alpine. No, dico che si tratta in molti casi, anche attraverso tracciati nuovi — il cons. Brugger o Kapfinger, mi pare, si riferivano a questo — si tratta veramente di ripristinare o ricostruire, a volte ricostruire ex novo, un tipo di viabilità che veramente significa molto per i paesi, per le comunità, per i patrimoni di montagna. Detto questo vorrei aggiungere che accanto a questa legge e a queste provvidenze, opera normalmente la disponibilità che già esiste in bilancio regionale, e se la memoria non mi tradisce mi pare che quest'anno prevediamo in provincia di Bolzano di realizzare, attraverso i normali provvedimenti di bilancio, un altro centinaio di km. di strade di montagna. Anche questo mi pare che si debba mettere nel conto. Vi sono poi, cons. Volgger, dei provvedimenti che attualmente sono allo studio in sede nazionale: mi riferisco alla legge della montagna che poco fa ho citato; il Ministro Restitvo cinque giorni fa ne ha annunciato la prossima presentazione. Anche dovesse essere piuttosto lontana la approvazione di questa legge, dico per la fine dell'anno, perché non mi faccio molte illusioni, certo è che la dotazione finanziaria di questa legge che ha da venire, consentirà anche a noi di avere una parte notevole in queste provvidenze che lo Stato va disponendo. E poi vi sarà il bilancio della Regione, che nell'ambito del '68, accanto a queste altre provvidenze dello Stato, potrà fare la sua parte. Quindi io al massimo potrei accettare un ordine del giorno in questo senso, come una raccomandazione ad accelerare i tempi, perché lo studio che stiamo avviando sia rapidamente completato. Ho già

detto che in questi giorni, esattamente il 6 luglio, ho convocato una riunione dei miei tecnici per mettere allo studio questo tipo di provvedimento, per configurarne la dimensione e in sede tecnica e in sede finanziaria. È un modo di affrontare il tema, nella previsione di quello che si potrà fare dal '68 in avanti. Ma io non mi sentirei di prendere l'impegno adesso di dire che entro la fine dell'anno il disegno di legge sia pronto, perché il cons. Volgger intende come questo impegno possa essere eventualmente conseguenza di una valutazione collegiale di Giunta; la Giunta che esamina il bilancio '68 fa le sue valutazioni, dice quale parte debba avere ogni settore economico in questa valutazione globale dell'economia regionale, e di conseguenza prende le sue decisioni. Quindi se è una raccomandazione per mettere allo studio questa legge, già ci siamo, perché già ho detto che siamo in questa direzione. Se è un impegno a fare questa legge entro l'anno, dico di no. Qui c'è una valutazione collegiale che auspico possa avere questo sbocco auspicato dalla S.V.P., ma che evidentemente non può in questo momento costituire un impegno; e questo, ripeto, non per questione di buona volontà, ma per questione di procedura, di correttezza, di collegialità.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola?

VOLGGER (S.V.P.): Io.

PRESIDENTE: Ha già parlato una volta . . .

VOLGGER (S.V.P.): (*Interrompe*).

PRESIDENTE: Ah, come partito? Come partito può parlare. La parola al cons. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Herr Assessor! Ich habe mit einer gewissen Befriedigung Ihre Antwort zur Kenntnis genommen. Nun müssen wir aber zwei Dinge unterscheiden: eines ist die Finanzierung und eines ist das Gesetz. Wir würden vor allem auf die Einbringung des Gesetzes bestehen. Die Möglichkeiten der Finanzierung können in der Zukunft variieren: Man muß sehen, was der Staat gibt und was er nicht gibt und was die Region flüssig machen kann und was sie nicht flüssig machen kann. Wir wollen ein organisches Gesetz, das die bürokratischen Schwierigkeiten vermindert. Sie wissen selbst aus eigener Erfahrung, daß heute ein Bauer einen dringend notwendigen Güterweg ein Jahr lang verhindern kann. Man muß doch erreichen können, daß nicht ein Mann allein 300 Personen einen Wegbau verhindern kann. Wir legen also vor allem Wert darauf, daß man ein Gesetz schafft, welches sagt, so und so werden die Waldwege und die Güterwege in Zukunft gebaut. Das ist vor allem vordringlich, damit man hundert Schwierigkeiten vermeidet. Etwas anderes ist die Finanzierung. Daß Sie uns heute die Möglichkeiten der Finanzierung nicht nennen können, dafür haben wir sogar Verständnis. Aber auf die Einbringung des Gesetzes selbst, auch wenn in demselben keine Lire zur Finanzierung vorgesehen ist, müssen wir bestehen.

(Signor Assessore! Ho preso atto con un certo compiacimento della sua risposta. È d'uopo però fare una distinzione: una cosa, infatti, è il finanziamento ed una è la legge. Noi insisteremo anzitutto sulla presentazione della legge. Le possibilità del finanziamento potreb-

bero, in futuro, variare; bisognerà vedere cosa darà e cosa non darà lo Stato, e cosa potrà, o meno, mettere a disposizione la Regione. Noi desideriamo una legge organica che riduca le difficoltà burocratiche. Lei sa, per esperienza personale, che oggi un contadino può impedire per la durata di un anno la costruzione di una strada poderale di assoluta necessità. Si deve pur poter conseguire che non sia consentito ad un solo uomo di impedire a 300 persone la costruzione di una strada del genere. Per noi è quindi importante che si crei anzitutto una legge, la quale disponga come e quando costruire in futuro le strade boschive e quelle poderali. Ciò è pressante più di ogni altra cosa al fine di evitare un monte di difficoltà. Altra cosa è il finanziamento. Che lei non possa oggi illustrarci le possibilità di finanziamento, questo possiamo anche comprenderlo. Ma dobbiamo insistere sulla presentazione della legge, anche se la stessa non prevede neppure una lira di finanziamento.)

PRESIDENTE: Ecco, mettiamo in votazione l'ordine del giorno preletto.

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Io non sono portato a fare le cose a metà e anche sicuramente lei. Io non faccio, ho detto prima, esercitazioni letterarie; se dobbiamo fare solo un bellissimo quadro, ma poi facciamo mancare la tela che è all'interno, facciamo una cosa che delude noi e delude la gente per la quale ci preoccupiamo. Quindi lasci il tempo. Io consiglierei: ritirate l'ordine del giorno, accettate questo impegno che io prendo, ma che già avevo annunciato, indipendentemente dall'ordine del giorno, di mettere allo studio questo provvedimento, di por-

tarlo all'attenzione della Giunta e la Giunta farà le valutazioni che riterrà di fare. Il tema è presente alla Giunta, tanto quanto è presente ai signori consiglieri della S.V.P., perché è un tema vitale, lo conosciamo tutti; ma non andiamo più in là di questo impegno che prendiamo in piena coscienza e con piena responsabilità.

PRESIDENTE: Ecco. Metto in votazione l'ordine del giorno.

VOLGGER (S.V.P.): (*Interrompe*).

PRESIDENTE: Adesso non si parla più . . .

VOLGGER (S.V.P.): Wir sind nach diesen Zusicherungen des Herrn Assessors einverstanden, die Tagesordnung zurückzuziehen.

(*Dopo queste assicurazioni da parte del signor Assessore, siamo d'accordo a ritirare l'ordine del giorno.*)

PRESIDENTE: Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: è approvato all'unanimità.

Art. 1

Al fine di consentire il ripristino della viabilità forestale danneggiata a seguito delle eccezionali avversità meteoriche dei mesi di agosto e novembre dell'anno 1966, l'Amministrazione regionale è autorizzata a concedere a favore dei Comuni, di altri enti pubblici e delle Amministrazioni separate dei beni frazionali di

uso civico, proprietari di boschi, contributi in conto capitale per le spese occorrenti alla riparazione e ricostruzione delle strade che sono al servizio del loro patrimonio forestale.

I contributi possono essere concessi, a domanda degli enti interessati, fino al 50 per cento della spesa riconosciuta ammissibile, sulla base di un preventivo predisposto d'ufficio dal competente Ispettorato distrettuale delle foreste e rimesso all'ente interessato entro quarantacinque giorni dall'entrata in vigore della presente legge.

Chi chiede la parola all'art. 1? Nessuno.

Metto in votazione l'art. 7: è approvato all'unanimità.

Art. 2

Al medesimo fine l'Amministrazione regionale ha facoltà di concedere, per la parte di spesa non coperta dal contributo di cui all'articolo precedente, un concorso annuo costante fino al 4,75 per cento annuo, per un periodo non superiore ai dieci anni, sull'ammontare originario dei mutui eventualmente accesi dagli enti di cui all'articolo 1 presso istituti di credito.

Agli enti interessati che non intendano o non possano accendere il mutuo previsto dal comma precedente, il concorso viene corrisposto direttamente.

Nel caso in cui l'ente interessato abbia acceso un mutuo, il concorso è corrisposto direttamente all'istituto mutuante, in due semestralità posticipate al 30 giugno e al 31 dicembre di ogni anno, ed è dovuto per tutto il periodo di ammortamento.

Chi chiede la parola all'art. 2? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Sì, signor Presidente, io, accogliendo quello che è stato il tacito, cioè abbastanza esplicito, invito del signor assessore, non insisto a presentare un emendamento su questo secondo comma dell'art. 2. Però non vorrei neanche che giocassimo un poco fra di noi a rimpiattino. Perché, rimeditato ancora ulteriormente il fatto, ho pensato, e ho anche domandato qualche parere a qualche collega, se i comuni, come ha detto la S.V.P., accendono dei mutui o dei prestiti presso dei privati, una volta che i mutui possano essere convenienti per l'amministrazione regionale o per gli enti comunque, potrebbero anche essere approvati regolarmente. È una procedura un poco strana, che un ente pubblico si rivolga a un privato per domandare un prestito o un mutuo, ma da un punto di vista della legge potrebbe avvenire anche questo. Per cui, anche sopprimendo quel « non intendano », è chiaro che gli enti possono accendere mutui — se avessimo introdotto la parola « prestiti » sarebbe anche stato meglio — presso gli istituti di credito, presso le casse rurali e anche presso privati. Se non lo intendono è perché hanno i soldi per fare il lavoro, indipendentemente dal domandare danaro in prestito, o perché — e questo sarebbe peggio — o perché ricorrono a qualche prestito che non compare da un punto di vista della amministrazione comunale. Il che è qualche cosa di molto diverso, di molto meno bello e di molto meno chiaro. E pertanto faccia la Giunta, io non è che faccia una battaglia per questa questione, ma proprio quel « non intendano » è un modo per consentire una certa larghezza amministrativa, che a mio avviso arriva anche fino ai limiti della non correttezza, ove venga effettivamente applicata, o altrimenti ricadiamo nell'altra ipotesi, che questi enti hanno il danaro per fare le loro opere, possono avere il concorso in conto capitale e

in più anche hanno il concorso in conto interessi per mutui o prestiti che non accendono. Ecco, chiarita così la cosa, la Giunta veda poi se intenda lasciarlo andare o meno.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola all'art. 2? La parola al cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Nur ganz kurz, um dem Herrn Kollegen Corsini zu antworten. Unter « enti » wird hier immer nur an die Gemeinden gedacht. Gerade bei diesen Waldwegen haben wir sehr oft den Fall, daß die Eigentümer Separatverwaltungen sind. Ich kann mir gut vorstellen, daß die Bürger, die Benützer (utenti) von diesen Sonderverwaltungen sich gegenseitig weiterhelfen, wie sie es ja bis heute schon verschiedene Male getan haben, um endlich wieder zu einem benutzbaren Waldweg zu kommen. Und wenn ein Privater inzwischen Kapital zur Verfügung stellt, immer nur für diese Sache, dann glaube ich nicht, daß da so horrende Unregelmäßigkeiten geschehen könnten. Ich kann verstehen, daß eine Gemeinde einen regelrechten Beschluß einreichen müßte, aber wir haben ja nicht nur Gemeinden als Waldeigentümer, die ihre Wege durch die Vermurungen beschädigt bekommen haben.

(Solo poche parole per rispondere al collega Corsini. Dicendo « Enti » qui si intendono sempre e soltanto i Comuni. Proprio in merito a queste strade forestali abbiamo assai spesso casi in cui le proprietà sono amministrazioni a se stanti. Posso ben immaginare che i cittadini, gli utenti di queste amministrazioni speciali continuino ad aiutarsi a vicenda, come hanno fatto fino ad oggi, onde riavere finalmente una praticabile strada forestale. E se un pri-

vato cittadino mettesse, nel frattempo, a disposizione dei capitali sempre per questa faccenda, non credo proprio che potrebbero verificarsi delle irregolarità poi così spaventose. Capisco che un Comune dovrebbe presentare una regolare delibera, ma noi non abbiamo mica solo Comuni che, quali proprietari boschivi, abbiano avuto le loro strade danneggiate dallo sfasciume.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Volevo dire al cons. Corsini che io mi guardo bene dal non dare peso alle osservazioni da lui fatte; per carità, me ne guardo bene. Voglio però, per sua e mia e nostra comunque tranquillità, anche fare presente che in ogni modo gli enti debbono deliberare di accedere alle provvidenze di questa legge, e che in ogni caso esiste in sede di Giunta provinciale una verifica che, anche rispetto alle ipotesi o alle preoccupazioni espresse dal cons. Corsini, mi pare costituisca una sede presso la quale un giudizio viene espresso.

PRESIDENTE: La parola al Dr. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Wenn ich richtig verstanden habe, so liegt den Ausführungen des Herrn Kollegen Corsini keine Verdächtigung zugrunde, sondern er ist besorgt, daß auf diese Weise Körperschaften zu Beiträgen kommen, die ohne weiteres die Wiederinstandsetzung von sich aus machen könnten, ohne daß sie Geld aufleihen müssen. Und um zu verhindern, daß diejenigen, welche die Arbeiten von selbst machen könnten, auch noch diese Bei-

träge bekommen, möchte der Kollege Corsini, daß diese Beiträge nach den Vorschriften der öffentlichen Verwaltung über Kreditinstitute gehen. Nun mache ich darauf aufmerksam, daß im Art. 1 des Gesetzes gesagt wird, daß die regionale Verwaltung ermächtigt ist (è autorizzata a dare...), diese Beiträge zu geben. Ich nehme an, daß die Regionalverwaltung auf Grund der Möglichkeiten, die sie durch diese Textierung des Art. 1 hat, auch Beitragsleistungen für Wiederinstandsetzungsarbeiten an diesen Forstwegen gegenüber jenen Körperschaften ablehnen kann, von denen sie weiß, daß sie die Instandsetzungsarbeiten aus eigenen Mitteln vornehmen können. Man wird in diesen Fällen die Intervention der öffentlichen Mittel ablehnen. Soviel mir scheint, besteht die Sorge des Regionalratsabgeordneten Corsini darin, daß auf diese Weise Körperschaften, die sowieso schon etwas vermögend sind, noch zusätzlich Geldmittel bekommen. Um das zu verhindern, hat aber die Regionalverwaltung die Möglichkeiten, solchen, die die Arbeiten von selbst machen können, die Hilfeleistung zu verweigern, nachdem es sich ja in diesem Falle nur um eine Ermächtigung (autorizzazione) Beiträge zu geben, handelt. Aus diesem Grunde bin ich in dieser Hinsicht nicht so besorgt, wie dies Herr Dr. Corsini zu sein scheint.

(Se ho ben capito non vi è alla base delle esposizioni del collega Corsini alcun sospetto, bensì solo preoccupazione per il fatto che in tal modo ricevono contributi certe organizzazioni che potrebbero cavarsela con mezzi propri, senza cioè ricorrere a prestiti. E per evitare appunto che coloro, i quali siano in condizione di fare da sé, ricevano anche questi contributi, il collega Corsini desidererebbe che il denaro in parola venisse elargito, in conformità alle disposizioni della pubblica amministrazione, at-

traverso Istituti di Credito. Voglio in merito far rilevare che nell'articolo 1 della legge è detto che l'amministrazione regionale è autorizzata a dare contributi. Ritengo che l'amministrazione regionale possa, in base alla possibilità offerta dal testo dell'art. 1, rifiutare il pagamento dei contributi, che dovrebbero servire per il ripristino dei sentieri boschivi, quelle organizzazioni di cui conosce la possibilità di effettuare suddetti lavori con mezzi propri. In questi casi verrebbe appunto negato l'aiuto di mezzi pubblici. Ho l'impressione, ripeto, che la preoccupazione del collega Corsini consista nel fatto che le organizzazioni, già di per sé abbastanza ricche, ricevano anche fondi supplementari. L'amministrazione regionale ha comunque la possibilità di rifiutare contributi a coloro che sono in condizioni di sopperire da soli alle spese, dato che in questo caso si tratterebbe poi soltanto di una autorizzazione per la concessione, o meno, dei contributi in parola. Pertanto io non sono, in merito alla faccenda, così preoccupato come sembra esserlo invece il collega Corsini.)

PRESIDENTE: Metto in votazione l'articolo 2: è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 3

Le domande per l'ammissione ai benefici previsti dagli articoli 1 e 2 devono essere presentate dagli enti interessati entro sessanta giorni dall'entrata in vigore della presente legge e devono essere corredate dal preventivo di spesa di cui al secondo comma dell'articolo 1.

Sul preventivo di spesa, approvato dalla Direzione generale dei servizi forestali, non è richiesto il parere degli organi consultivi di cui alla legge regionale 25 novembre 1963, n. 31.

La Giunta regionale, su proposta dell'Assessore al quale è affidata la materia dell'economia montana e delle foreste, determina in via di massima l'ammontare del contributo in conto capitale e la misura del concorso di cui all'articolo 2.

La concessione del contributo e del concorso previsti dalla presente legge viene disposta con decreto del Presidente della Giunta regionale, previa presentazione — da parte degli enti interessati — della deliberazione dell'organo competente che autorizza l'esecuzione dei lavori, corredata dal relativo piano finanziario. Lo stesso decreto stabilisce anche i termini per l'esecuzione dei lavori.

Metto in votazione l'art. 3: è approvato all'unanimità.

Art. 4

Il competente Ispettorato ripartimentale delle foreste esercita la vigilanza in corso d'opera e provvede all'accertamento della regolare esecuzione dei lavori in conformità del preventivo approvato.

La liquidazione del contributo e del concorso previsti dalla presente legge è disposta dopo l'accertamento della regolare esecuzione dei lavori. In corso d'opera è tuttavia ammessa la liquidazione di acconti fino all'80 per cento dell'ammontare del contributo in conto capitale in base a stati di avanzamento dei lavori accertati dal competente Ispettorato ripartimentale delle foreste.

Le semestralità del concorso di cui all'art. 2 saranno erogate, dopo l'ultimazione delle opere, alle scadenze indicate allo stesso articolo 2, a decorrere dall'esercizio 1968.

Metto in votazione l'art. 4: è approvato all'unanimità.

Art. 5

Le provvidenze previste dalla presente legge non sono cumulabili con quelle disposte dal decreto-legge 18 novembre 1966, n. 976, convertito nella legge 23 dicembre 1966, numero 1142.

Metto in votazione l'art. 5: è approvato all'unanimità.

Art. 6

La mancata regolare esecuzione delle opere nel termine previsto, salvo proroga, comporta la revoca dei benefici concessi.

Metto in votazione l'art. 6: è approvato all'unanimità.

Art. 7

Le provvidenze previste dai precedenti articoli 1 e 2 possono essere concesse anche per le opere effettuate in dipendenza dell'evento dannoso prima dell'entrata in vigore della presente legge.

Metto in votazione l'art. 7: è approvato all'unanimità.

Art. 8

Per il conseguimento degli scopi previsti dall'art. 1 della presente legge è autorizzata a carico dell'esercizio 1967 la spesa di Lire 275 milioni.

Per la concessione del concorso di cui all'art. 2 è autorizzato a carico dell'esercizio 1968 il limite di impegno di Lire 25 milioni. Le relative annualità saranno iscritte nel bilancio della Regione degli esercizi dal 1968 al 1977.

Alla copertura dell'onere di Lire 275 milioni a carico dell'esercizio 1967 si provvede mediante prelevamento di pari importo dal fon-

do speciale iscritto al Cap. n. 1030 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario medesimo.

All'onere di Lire 25 milioni a carico di ciascuno degli esercizi dal 1968 al 1977 si farà fronte con parte della disponibilità derivante dalla cessazione della spesa di Lire 275 milioni di cui al comma precedente.

Gli stanziamenti, eventualmente non impegnati negli esercizi finanziari in cui vennero disposti, non decadono sino a quando, a giudizio della Giunta regionale, permanga la necessità della spesa.

La Giunta presenta un nuovo testo dell'art. 8, del seguente tenore:

Per il conseguimento degli scopi previsti dall'articolo 1 della presente legge è autorizzata a carico dell'esercizio 1967 la spesa di lire 320.000.000.

Per la concessione del concorso di cui all'articolo 2 è autorizzato a carico dell'esercizio 1968 il limite di impegno di lire 27.500.000. Le relative annualità saranno iscritte nel bilancio della Regione degli esercizi dal 1968 al 1977.

Alla copertura dell'onere di lire 320 milioni a carico dell'esercizio 1967 si provvede mediante prelevamento di pari importo dal fondo speciale iscritto al capitolo n. 1030 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario medesimo.

All'onere di lire 27.500.000 a carico di ciascuno degli esercizi dal 1968 al 1977 si farà fronte con parte della disponibilità derivante dalla cessazione della spesa di lire 320.000.000 di cui al primo comma.

Gli stanziamenti, eventualmente non impegnati negli esercizi finanziari in cui vennero disposti, non decadono sino a quando, a giudizio della Giunta regionale, permanga la necessità della spesa.

Chi chiede la parola all'art. 8? Nessuno.

Metto in votazione l'art. 8 nel testo della Giunta: è approvato all'unanimità.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno.

Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Votanti 36.

33 sì.

1 no.

2 schede bianche.

La legge è approvata.

Passiamo ora all'esame del *disegno di legge n. 95: « Norma integrativa dell'articolo 1 della legge regionale 8 luglio 1966, n. 10, concernente la concessione di contributi per il miglioramento e il potenziamento delle produzioni agricole pregiate ».*

La parola all'assessore Segnana per la lettura della relazione.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): *(legge).*

PRESIDENTE: La parola al Presidente della commissione legislativa finanze, per la lettura della relazione.

MARGONARI (D.C.): *(legge).*

PRESIDENTE: Chi chiede la parola in

discussione generale? Nessuno. La discussione generale è chiusa.

Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: è approvato all'unanimità.

Articolo unico

La misura massima del contributo di cui al primo comma dell'articolo 1 della legge regionale 8 luglio 1966, n. 10, quando trattasi di iniziative effettuate secondo i criteri previsti dall'articolo 7 della legge 2 giugno 1961, numero 454, è elevata al 75 per cento.

Chi chiede la parola su questo articolo? Nessuno.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno.

Prego allora distribuire le schede per la votazione segreta.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Votanti 31.

25 sì.

1 no.

5 schede bianche.

La legge è approvata.

Con questa seduta la sessione straordinaria è chiusa. Il Consiglio regionale è riconvocato il giorno 6 luglio 1967, ad ore 10.

La seduta è tolta.

(Ore 18.12).